

# Das Parlament

Berlin, Montag 23. Dezember 2013

www.das-parlament.de

63. Jahrgang | Nr. 52 | Preis 1 € | A 5544

**KOPF DER WOCHE**

## Die große Überraschung

**Ursula von der Leyen** Ihr Wechsel ins männerdominierte Verteidigungsministerium ist eine der größten Überraschungen in der neuen Regierung.



Zuerst sollte Ursula von der Leyen das Gesundheitsressort führen, nun folgt sie Thomas de Maizière (beide CDU). Das neue Amt der ambitionierten Tochter des früheren niedersächsischen Ministerpräsidenten Ernst Albrecht (CDU)

ist internationaler angelegt als ihre vorigen Stationen als Bundesfamilien- und -arbeitsministerin. Das kommt der 55-jährigen Ärztin und siebenfachen Mutter mit Lebensstationen in Brüssel und Kalifornien nicht ungenaug. Das Verteidigungsressort mit seinen Reformen und Auseinandersetzungen um Auslandseinsätze oder Euro-Hawk ist für von der Leyen zwar eine große Herausforderung. Meistert sie sie, könnte das die Reifeprüfung als Kanzlerin sein. *kru*

**ZAHL DER WOCHE**

114

**Tags** fehlen Angela Merkel noch, gezählt am Tag ihrer erneuten Kanzlerwahl am 17. Dezember, bis sie im Amt Helmut Schmidt (SPD) überundet haben wird. Schmidt war 3.061 Tage von Mai 1974 bis Oktober 1982 Bundeskanzler. Am 12. April 2014 wird Merkel dann Schmidt überundet haben. Noch länger im Amt waren die Kanzler Helmut Kohl und Konrad Adenauer (beide CDU).

**ZITAT DER WOCHE**

»Der demonstrative Beifall ersetzt die Wahl nicht.«

**Norbert Lammert**, Bundestagspräsident, vergangene Woche zu Beginn der Wahl von Kanzlerin Angela Merkel (beide CDU) im Bundestag, als es im Plenum schon Applaus gab

**IN DIESER WOCHE**

- INNENPOLITIK**  
Koalition Die Mühen der Regierungsbildung nach der Wahl **Seite 3**
- WIRTSCHAFT UND FINANZEN**  
Bundesfinanzen Der Bundesrechnungshof legt den Bericht für 2012 vor **Seite 11**
- POLITISCHES BUCH**  
Rezensionen Elf Sachbücher aus Politik und Geschichte werden vorgestellt **Seite 12, 13**
- KEHRSEITE**  
Weihnachtsrätsel 14 Fragen zur Ausgabe von „Das Parlament“ **Seite 14**
- MIT DER BEILAGE**



Das Parlament  
Frankfurter Societäts-Druckerei GmbH  
60268 Frankfurt am Main



# Groko, die dritte

**NEUE REGIERUNG** Bundestag bestätigt Angela Merkel mit klarer Mehrheit als Kanzlerin

Nach einer langwierigen und komplizierten Regierungsbildung ist die dritte Große Koalition auf Bundesebene nun offiziell im Amt. Auf die neuen Bündnispartner wartet ein Berg von Arbeit, denn CDU, CSU und SPD haben sich für die kommenden vier Jahre viel vorgenommen. Nach der Wahl der Kanzlerin und der Ernennung der Minister am vergangenen Dienstag trat das Kabinett bereits am selben Tag erstmals zusammen. Der Parlamentsalltag rückte schon in Sichtweite, aber der Antritt der neuen Bundesregierung war noch einmal von Glanz, ein wenig Aufregung und Aufbruchsstimmung geprägt.

**Familienbesuch** Es ist der Tag der Kanzlerin und sie scheint es irgendwie auch zu genießen. Ein schlichtes tiefschwarzes Kostüm hat Angela Merkel gewählt für den besonderen Anlass, der ihr die dritte Amtszeit beschert. Es ist kurz vor 9 Uhr, als die CDU-Vorsitzende pünktlich den gut gefüllten Plenarsaal im Reichstag betritt. Sie lächelt gewogen, nicht bedächtig nach allen Seiten und steuert so dann zielstrebig auf jene Frau zu, der in diesen Tagen die wohl größte Aufmerksamkeit gilt: Ursula von der Leyen (CDU) trägt ein helles Sakko, strahlt, als die Kanzlerin ihr zur Begrüßung die Hand reicht und winkt noch schnell zur Besuchertribüne hinauf, wo ihr Mann und ihre sieben Kinder einträchtig nebeneinander sitzen, um mitzuerleben, wie Mama zur Verteidigungsministerin gekürt wird.

Lange drei Monate sind seit der Bundestagswahl am 22. September vergangen – eine gefühlte Ewigkeit – und jetzt erst stehen im Wallot-Bau die Wahl der Kanzlerin und die Vereidigung der Großen Koalition an, die neuerdings „Groko“ genannt wird, ein feierlicher Augenblick so kurz vor den Weihnachtstagen. Seit der Konstituierung des 18. Bundestages am 22. Oktober hatte sich das Parlament mehr mühsam als machtbewusst über die Runden geschleppt. Der eilends erfundene Hauptausschuss, der die vom Grundgesetz eigentlich vorgesehenen Fachausschüsse in der Zeit der geschäftsführenden Regierung ersetzten sollte, sorgte eher für erregte Debatten über dessen Zulässigkeit und den Sinn der ganzen Veranstaltung denn für klare Entscheidungen. Die meisten Punkte wurden rasch verhandelt, sehr zum Ärger der Opposition von Linken und Grünen, die mehrfach vergeblich einen Beginn der klassischen parlamentarischen Ausschussarbeit anmahnten.

**Vertragsfest** Gebannt schauten derweil die Verhandlungsführer von CDU, CSU und SPD, aber auch die Opposition, die Verantwortlichen in der Bundestagsverwaltung und die Journalisten auf das SPD-Mitgliedervotum über den Koalitionsvertrag. Würden die Sozialdemokraten das in wochenlanger Kleinarbeit mühsam austarierte Vertragswerk womöglich noch kippen? Hätte jemand in dem Fall einen Plan B zur Hand und wie sähe der aus? Gäbe es am Ende gar Neuwahlen? Die Erleichterung war den Unterhändlern anzusehen, als die SPD-Spitze schließlich Entwarnung geben konnte und stolz eine satte



Der entscheidende Augenblick: Bundestagspräsident Norbert Lammert nimmt Kanzlerin Angela Merkel (beide CDU) die Eidesformel ab.

Zustimmung von rund 76 Prozent zu dem Vertrag präsentierte. Wer hätte das gedacht. Schien doch die SPD-Basis schwerer berechenbar als eine Horde Kitakinder bei Lego-Land.

Gleich zwei Mal haben die neuen politischen Weggefährten den 185 Seiten starken Koalitionsvertrag unterschrieben, einmal vorläufig am 27. November unmittelbar nach Verhandlungsende unter dem Vorbehalt, dass die SPD-Genossen zustimmen, und noch einmal am 16. Dezember, diesmal untersetzt von den Parteibeschlüssen der drei Partner. Festlich ging es zu im Paul-Löbe-Haus, wo die „Groko“ endgültig vertragsfest gemacht wurde bei einem kombinierten Steh- und Sitzempfang mit Sekt und Häppchen, mit Blick auf einen bunten Weihnachtsbaum und das wuchtige Kanzleramt am Horizont, das sich, um mit Boris Becker zu sprechen, so langsam zu Merks Wohnzimmer entwickelt.

»Herr Präsident, ich nehme die Wahl an.«  
*Angela Merkel (CDU)*

**Alle mit Gott** Kabinett Merkel III wird nun in den Geschichtsbüchern und im Internet zum Nachlesen stehen, und nach acht Jahren an der Regierungsspitze mit weiteren vier Jahren, die nun voraussichtlich noch folgen, darf wohl auch schon von einer Ära gesprochen werden. Routiniert und scheinbar gelassen lässt die 59-jährige Kabinettschefin am Tag ihrer Wiederwahl das penibel vorgeschriebene Prozedere über sich ergehen: Wahlgang, Auszählung, Bekanntgabe des Ergebnisses, Blumen, Dank, Ernennung durch Bundespräsident Joachim Gauck im Schloss Bellevue, Vereidigung durch Parlamentspräsident Norbert Lammert (CDU). Glückwünsche. Nach der

Kanzlerin erhalten auch die 15 Bundesminister einschließlich Kanzleramtsminister Peter Altmaier (CDU) von Gauck ihre Ernennungsurkunden, und alle sprechen im Bundestag die Eidesformel mit dem Zusatz „so wahr mir Gott helfe“.

**Faire Opposition** Zweifel daran, dass Merkel bereits im ersten Wahlgang die erforderliche absolute Mehrheit erreichen würde, sind angesichts der überklaren Kräfteverhältnisse nicht angebracht. Um 10.12 Uhr verkündet Lammert das in der Tendenz erwartete Ergebnis: Von 621 abgegebenen Stimmen entfallen 462 auf Merkel, 150 Abgeordnete votieren mit Nein, 9 enthalten sich der Stimme. Somit haben auch mindestens 23 Abgeordnete der Koalition von Union und SPD gegen die Kanzlerin votiert, denn die Oppositionsfaktionen von Linken und Grünen kommen zusammen nur auf 127 Sitze. Ausgehend von den insgesamt 631 Mandaten im neuen Bundestag hat die Regierungschefin rechnerisch 42 Stimmen weniger bekommen, als die Große Koalition Abgeordnete stellt (504). Linksfraktionschef Gregor Gysi spricht später von einem „Schatten“, der über der neuen Regierung liege.

Gauck erinnert die Große Koalition an die anstehenden großen Aufgaben.

Falls sich Merkel geärgert haben sollte, es ist ihr nicht anzusehen. Pflichtbewusst antwortet sie auf die Frage Lammerts, ob sie die Wahl annimmt. „Herr Präsident, ich nehme die Wahl an und bedanke mich für das Vertrauen.“ Sie nimmt vom befreundeten Unionsfraktionschef Volker Kauder (CDU) einen hübschen Strauß Blumen entgegen, den sie rasch wieder unter dem Tisch verschwinden

lässt. Typisch Merkel, den Glanz des Augenblicks scheint die Expertin für kontrollierte Gefühlslagen allenfalls heimlich zu genießen.

Es geht harmonisch zu an diesem klaren Wintertag in Berlin, die Stimmung im neuen Kabinett ist bestens, es wird viel gelacht, man gratuliert sich gegenseitig, richtig reingeklotzt wird ohnehin erst im nächsten Jahr. Seit dem erfolgreichen Mitgliederentscheid wirkt auch der SPD-Vorsitzende Sigmar Gabriel wie von einer Last befreit und kann nun politisch auf Augenhöhe mit dem stärkeren Partner umgehen. Wie selbstverständlich sitzt der neue Vizekanzler am Nachmittag neben Merkel auf der Regierungsbank und lächelt zufrieden. Die kleine Opposition, das wird wieder allzu deutlich, ist zwischen den großen politischen Blöcken schwer wahrzunehmen. Gleichwohl zeigen Linke und Grüne Sportsgeist und gratulieren der neuen Regierung. Gauck erinnert die Koalition sicherheitshalber daran, dass sie mit ihrer Mehrheit auch einen „erheblichen politischen Gestaltungsspielraum“ habe, den es zu nutzen gelte. Die Opposition kämpft derweil weiter für mehr Rederechte im Parlament.

**Autogrammstunde** Von der Besuchertribüne aus verfolgt auch Guido Westerwelle das Geschehen. Der frühere FDP-Vorsitzende verliert an diesem Tag sein Amt als Außenminister, das er an den SPD-Kollegen Frank-Walter Steinmeier abtreten muss. In der Pause unterhält sich Westerwelle, angetert über die Lage in der Ukraine, bis ein kleiner Junge ihn unterbricht. Ninjo ist zwölf Jahre alt und mit seiner 7. Klasse aus Berlin-Lichtenberg in den Reichstag gekommen. Schüchtern fragt der Junge den gerade noch amtierenden Minister nach einem Autogramm und tritt dann stolz wie ein Großwildjäger mit der Trophäe auf seinen Platz zurück. Auch die neue Familienministerin Manuela Schwesig (SPD) ist im Foyer von Kindern umringt und schreibt Autogramme. Die Siebtklässler haben in Sozialkunde über Politik gesprochen und sind nun mittendrin im parlamentarischen Geschehen. Wählen dürfen die Kleinen noch nicht, aber vielleicht steht irgendwann einer von ihnen auch mal da unten im Plenarsaal und ist dann ein Großer.

Ein Tag nach der Wiederwahl von Kanzlerin Angela Merkel (CDU) und der Vereidigung des neuen Kabinetts ist der Bundestag wieder in die inhaltliche Arbeit eingestiegen. Vieles war ungewohnt, etwa die Besetzung der Regierungsbank oder die veränderte Zuteilung der Redezeiten. Und doch war allenthalben eine gewisse Erleichterung darüber zu spüren, dass es jetzt, ein halbes Jahr nach der letzten regulären Sitzungswoche, endlich wieder losgeht. Auf diese Große Koalition rollen große Aufgaben zu. Es gilt, die Europäische Union und den Euro zu festigen, die Energiewende voranzutreiben, die Strukturen im Land der demografischen Entwicklung anzupassen. Diese vorrangigen Ziele sind in der Politik unstrittig, auch über die Regierenden hinaus. Wie diese Ziele allerdings am besten zu erreichen sind, darüber dürfte noch manch heftige Debatte geführt werden, auch unter den Regierenden.

Eine Große Koalition ist eine Partnerschaft politischer Gegner auf Zeit. Schon wird eine begrenzte Handlungsfähigkeit befürchtet, weil bei Union wie SPD deutlich vor dem nächsten regulären Wahlkampf in vier Jahren der Balzreflex zum Stimmenfang einsetzen könnte. Auch aus dieser Warte dürfte übrigens die Europawahl in fünf Monaten spannende Akzente setzen.



Das neue Bundeskabinett nach dem Erhalt der Ernennungsurkunden durch Bundespräsident Joachim Gauck im Schloss Bellevue

Weiterführende Links zu den Themen dieser Seite finden Sie in unserem E-Paper







Am Wahlabend jubelten die Unionsanhänger. Fast drei Monate später dann auch die SPD-Mitglieder, nachdem das deutliche Ja des Mitgliederentscheids bekannt geworden ist.

# Raus aus dem Wartestand

## RÜCKBLICK Die Koalitionsfindung war lang und ungewöhnlich. Nun kann die Legislatur beginnen

Politik besteht immer aus Kompromissen. Aber Kompromisse mit den Sozialdemokraten sind die besseren.“ Das sagte einst Willy Brandt, der erste sozialdemokratische Bundeskanzler der Bonner Republik, dessen 100. Geburtstag die SPD in der vergangenen Woche feierte. Zitiert hat diesen Satz aber der aktuelle SPD-Chef Sigmar Gabriel, als er vor einer Woche den Koalitionsvertrag unterzeichnete. Diesmal endgültig und nicht nur vorläufig setzten auch CDU-Chefin Angela Merkel und CSU-Chef Horst Seehofer ihre Unterschriften darunter. Erleichtert, ja fast gelöst wirkten alle drei, denn der Weg dahin war ungewöhnlich. Dafür sorgte vor allem die SPD, weshalb derzeit nicht nur Willy Brandt vielfach geehrt, sondern auch Sigmar Gabriel als Held der Stunde gefeiert wird. Das konnten selbst eingefleischte Politikbeobachter am 22. September nicht ahnen.

Das hat aber noch einen anderen Grund. Denn nach dem Abgang der FDP hängt schon an diesem Tag das Damoklesschwert der Großen Koalition über der SPD. Aus Sicht der Sozialdemokraten ist die Angst nicht unbegründet, denn die letzte Große Koalition unter Merkel von 2005 bis 2009 nutzte ihr wahltaktisch nichts. Strahlende Siegerin hieß auch 2009 Merkel. Die aber versucht vier Jahre später – dass Verenden ihres bisherigen Koalitionspartners FDP schon abgehakt – der SPD die Angst zu nehmen: „Die SPD wird sich das heutige Ergebnis angucken und vielleicht merken, dass es nicht allein an mir gelegen haben könnte“, sinniert Merkel. Zu diesem Zeitpunkt ist aber auch die rechnerisch ebenfalls mögliche schwarz-grüne Option noch nicht vom Tisch.

**Flucht nach unten** Aber die Aufregung und der Widerstand an der SPD-Basis gegenüber einem Bündnis mit der Union ist groß. Vom Untergang der Partei ist die Rede, von der „Schwarzen Witwe“ Merkel, die nicht nur die FDP auf dem Gewissen habe, sondern vielleicht bald auch die SPD. Gabriel bleibt also nur ein Ausweg: die Flucht nach vorne oder besser nach „unten“, nämlich an eben diese widerwillige und besorgte Basis. Zuerst holt er sich das Plazet für Sondierungsgespräche mit der

Union auf einem Parteikonvent eine Woche nach der Wahl, auf dem sich 200 Funktionäre nach harter Diskussion dafür aussprechen. Sein eigentlicher Coup ist aber die Ankündigung eines Mitgliederentscheids über den Koalitionsvertrag, getreu dem Motto „Mehr Demokratie wagen“. Ein absolutes Novum und ein riskantes Spiel – auch für ihn persönlich. Nicht wenige sprechen

Andreas Nahles verströmt ebenfalls Optimismus: „Wir packen das gemeinsam an.“ Soweit der übliche Optimismus bei solchen Ereignissen. In zwölf Arbeitsgruppen müssen fortan viele Themen beachtet werden, in denen Union und SPD noch im Wahlkampf weit auseinander lagen: Die Union lehnte bisher einen flächendeckenden Mindestlohn, die doppelte Staatsbürgerschaft, die Homo-Ehe und Steuererhöhungen ab – alles zentrale Forderungen der SPD, die ihrerseits wichtige Unionsprojekte wie das Betreuungsgeld, die PKW-Maut und die Mütterrente ablehnte.

**Nervös sind die anderen** Wie also Lösungen finden, bei der beide Seiten behaupten können, sich durchgesetzt zu haben? Für die SPD ist diese Frage viel essentieller als für die Union. Auf dem Parteitag der SPD am 14. November in Leipzig versucht Gabriel den Spagat zwischen dem Beharren auf den eigenen Positionen und dem gleichzeitigen Werben um Kompromissfähigkeit. Eine Große Koalition bezeichnet er vor seinem immer noch skeptischen Publikum als „befristete Koalition der nüchternen Vernunft“, der sich die SPD nicht verweigern könne, wenn sie die Chance hat, Verbesserungen für die Menschen zu erreichen. „Wir werden kein zweites Mal eine Politik betreiben, bei der die SPD wieder gegen ihr Selbstverständnis verstößt“, ruft er den Genossen zu. Das weiß auch Angela Merkel, aber Ängste um das Selbstverständnis ihrer eigenen Partei, der CDU, plagen sie offenbar nicht. Nervös sind während der Koalitionsverhandlungen deshalb nur die Sozis, wohingegen Merkel sich vor dem Vorwurf einer Sozialdemokratisierung der Union nicht mehr fürchten muss. Der ist zum einen nicht neu, und mit ihrer Popularität nimmt sie diesem regelmäßig den Wind aus den Segeln. Also macht sie sich rar in der Öffentlichkeit und lässt nur entspannt verlauten: „Nichts ist vereinbart, so lange nicht alles vereinbart ist.“

doch deutlich, denn künftig müssen sich in Deutschland geborene Kinder ausländischer Eltern nicht mehr zwischen zwei Pässen entscheiden.

**Die Ämterverteilung** Über Personalfragen wird zu dieser Zeit noch gar nicht offiziell geredet, denn nun sind die Mitglieder der SPD gefragt. Bis Mitte Dezember haben sie Zeit über einen Koalitionsvertrag abzustimmen, der nur deshalb so einen deutlichen sozialdemokratischen Stempel trägt, weil sie darüber abstimmen dürfen. Und sie stimmen zu. Eine deutliche Mehrheit von 76 Prozent der abgegebenen Stimmen votiert für den Vertrag. Nun jubelt auch die SPD. War da nicht was? Hatte diese Partei nicht die Wahl verloren? Aber davon redet kurz vor Weihnachten niemand mehr. Wochenlang hatte die SPD die Schlagzeilen beherrscht. Nun lässt sich Gabriel auch noch bei der Besetzung der Ministerien die Butter nicht vom Brot nehmen, besetzt wichtige Ministerposten mit eigenen Leuten. Für Aufsehen sorgt aber vor allem eine Personalie: der Wechsel Ursula von der Leyens ins Verteidigungsministerium. Nach wochenlangem Zurückhaltung landet Merkel damit ihrerseits einen Coup. Sie ist wieder erkennbar im Spiel. Und sie weiß, Koalitionsverträge sind keine in Stein gemeißelten Vorgaben und abgerechnet wird zum Schluss. Die SPD kann sich also keineswegs zurücklehnen, denn die Legislatur beginnt jetzt erst. Endlich. *Claudia Heine*

**Parlamännchen**  
Politik für Kinder

**Koalitionsvertrag**

Wer ganz sicher gehen will, dass Vereinbarungen eingehalten werden, schließt einen Vertrag. Wenn mehrere Parteien zusammen regieren, wie jetzt CDU, CSU und SPD, nennt man das Koalition. Bevor es losgeht, wird ein Koalitionsvertrag geschlossen. Mit der Unterschrift erklären die Parteien ihre Bereitschaft, sich an die Verhandlungen zu halten. Sollte später mal Streit aufkommen in der Regierung, gilt im Zweifel, was vertraglich vorher festgelegt worden ist. Wer den Vertrag bricht, sich also nicht an die Vereinbarungen hält, riskiert das Ende des Regierungsbündnisses. Die Folge wären dann Neuwahlen. Da das nicht sehr beliebt ist, halten sich die Parteien meist an den Koalitionsvertrag.

angesichts der Stimmung unter den SPD-Mitgliedern schon von Neuwahlen. Doch zunächst treffen sich vier Wochen nach der Wahl Union und SPD zum ersten Koalitionsgespräch. CSU-Generalsekretär Alexander Dobrindt gibt sich danach ungewohnt milde: „Wir haben uns alle umarmt. Das war sehr hilfreich.“ Seine SPD-Kollegin



Setzte mit dem Mitgliederentscheid alles auf eine Karte: Sigmar Gabriel (SPD) sendet seinen Stimmzettel ab.

- CHRONOLOGIE**
- 22. September:** Aus der Bundestagswahl geht die Union mit 41,5 Prozent als Wahlsiegerin hervor. Die SPD landet bei 25,7 Prozent. Die FDP fliegt mit 4,8 Prozent aus dem Parlament heraus. Für Rot-Grün reicht es nicht, eine Große Koalition wird erwogen.
- 27. September:** Die SPD beschließt auf einem Parteikonvent Sondierungsgespräche mit der Union. Zugleich soll ein Vertrag per Mitgliederentscheid gebilligt werden.
- 22. Oktober:** Der 18. Deutsche Bundestag konstituiert sich. Bundestagspräsident Norbert Lammert (CDU) wird mit einem Rekordergebnis von 94 Prozent wiedergewählt.
- 23. Oktober:** Nach mehreren Sondierungen beginnen CDU, CSU und SPD mit Koalitionsverhandlungen. Gebildet werden eine große Verhandlungsrunde mit 75 Teilnehmern und mehrere kleine Arbeitsgruppen.
- 14. November:** Mitten in den Koalitionsverhandlungen veranstaltet die SPD einen Bundesparteitag in Leipzig und beschert ihrem Vorsitzenden Sigmar Gabriel mit 83,6 Prozent ein mäßiges Wahlergebnis. Gabriel verspricht, mit ihm werde es keinen Ausverkauf sozialdemokratischer Ideen geben.
- 21. November:** Die Verhandlungen gehen in die entscheidende Phase. Bundeskanzlerin Angela Merkel ruft beide Seiten zur Kompromissbereitschaft auf.
- 22. November:** Die Unterhändler erzielen einen Durchbruch in der heftig umstrittenen Gesundheits- und Pflegepolitik. Zuvor waren die Verhandlungen festgefahren.
- 27. November:** In einer 17-stündigen Nachtsitzung räumen die Parteien letzte große Streitpunkte aus. Die Parteichefs Merkel, Gabriel und Horst Seehofer (CSU) unterschreiben vorläufig den 185 Seiten starken Koalitionsvertrag.
- 29. November:** Die CSU billigt den Vertrag. Das Votum ist einstimmig.
- 30. November:** Die SPD versendet die Unterlagen für das Mitgliedervotum.
- 9. Dezember:** Die CDU votiert einmütig für das Vertragswerk.
- 14. Dezember:** Der Weg für die „Gruko“ ist frei. Die SPD-Mitglieder stimmen dem Bündnisvertrag mit rund 76 Prozent zu.
- 15. Dezember:** CDU, CSU und SPD benennen ihre Kabinettsmitglieder. Größte Überraschung: Arbeitsministerin Ursula von der Leyen (CDU) wird Verteidigungsministerin.
- 16. Dezember:** Die drei Parteichefs unterzeichnen im Paul-Löbe-Haus zum zweiten Mal den Vertrag mit dem Titel „Deutschlands Zukunft gestalten“.
- 17. Dezember:** Bundeskanzlerin Merkel wird im Bundestag wiedergewählt. Sie erhält 462 von 621 abgegebenen Stimmen. Bundespräsident Joachim Gauck ernennt das Kabinett. *kos*

Weiterführende Links zu den Themen dieser Seite finden Sie in unserem E-Paper

**Anzeige**

## Zukunft ohne Parteibuch?

**Parteien ohne Mitglieder?**

Herausgegeben von Ulrich von Alemann, Martin Morlok und Tim Spier  
2013, 330 S., brosch., 64,- €  
ISBN 978-3-8487-0812-3  
(Schriften zum Parteienrecht und zur Parteienforschung, Bd. 46)

Kostenlose Leseprobe

Seit mehr als zwei Jahrzehnten verlieren die deutschen Parteien kontinuierlich an Mitgliedern. Pessimistische Diagnosen sprechen vom „Ende der Mitgliederpartei“. Droht eine Entkopplung von Parteiapparaten und Fraktionen von ihrer gesellschaftlichen Basis? Liegt die Zukunft also bei den Parteien ohne Mitglieder? Dieser Band geht der Frage nach und gibt Antworten.

Bestellen Sie jetzt telefonisch unter 07221/2104-37.  
Portofreie Buch-Bestellungen unter [www.nomos-shop.de/21615](http://www.nomos-shop.de/21615)

# Die neue Regierung



**Angela Merkel (CDU)**  
Die gebürtige Hamburgerin, die in der Uckermark aufwuchs, wurde zum dritten Mal seit 2005 als Bundeskanzlerin wiedergewählt und steht nun im Zenit ihrer Macht. Politisch aktiv wurde die Physikerin zur Wendezeit, als sie zum Demokratischen Aufbruch stieß und dann 1990 CDU-Mitglied wurde. Seit 1990 sitzt die 59-Jährige im Bundestag, seit 2000 ist sie CDU-Vorsitzende. Unter ihrem Förderer Kanzler Helmut Kohl (CDU) war sie in den 1990er Jahren Frauen- und dann Umweltministerin.

## BUNDESKANZLERAMT



**Staatsminister**  
Helge Braun (CDU, oben links)  
Monika Grütters (Kultur, CDU, oben r.)  
Aydan Özoğuz (Integration, SPD)



**Peter Altmaier (CDU)**  
Der Kanzleramtsminister muss die Fäden im Kanzleramt zusammenhalten und die Arbeit der Ministerien koordinieren. Der bisherige Umweltminister und frühere Erste Parlamentarische Geschäftsführer der Unions-Bundestagsfraktion, einer der engsten Vertrauten von Kanzlerin Angela Merkel (CDU), kann hier seine kommunikativen Fähigkeiten ins Spiel bringen. Der 55-jährige Jurist aus dem Saarland sitzt seit 1994 im Bundestag und war 2005 bis 2009 Parlamentarischer Staatssekretär im Bundesinnenministerium.



**Heiko Maas (SPD)**  
Die Ernennung des 47-jährigen Juristen von der Saar zum Bundesjustizminister ist eine der größten Überraschungen der Kabinettsbildung. Heiko Maas hat sich bisher vor allem in der saarländischen Landespolitik einen Namen gemacht. 1992 wurde er Chef der Jungsozialisten im Land, 1996 Staatssekretär im Landes-Umweltministerium, 1999 bis 2012 führte Maas die oppositionelle SPD-Fraktion im Landtag. In der schwarz-roten Koalition an der Saar wurde Maas Wirtschaftsminister.

## JUSTIZ, VERBRAUCHERSCHUTZ

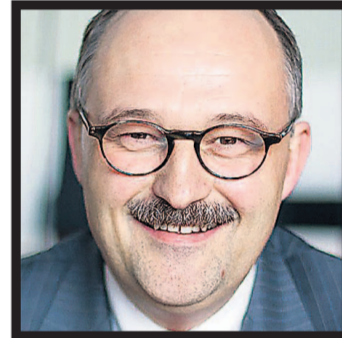


**Parlamentarische Staatssekretäre**  
Ulrich Kelber (SPD, oben)  
Christian Lange (SPD)



**Wolfgang Schäuble (CDU)**  
Der gebürtige Freiburger führt sein Amt als Bundesfinanzminister, das er seit 2009 innehat, weiter und gehört damit zum fünften Mal einem Bundeskabinett an. Der 71-jährige CDU-Politiker ist einer der größten Stützen für Kanzlerin Angela Merkel (CDU) in der Europapolitik und beim Umbau der Euro-Zone. Der Jurist sitzt seit 1972 im Deutschen Bundestag und hat schon viele Spitzenpositionen bekleidet: So war er CDU-Vorsitzender, Kanzleramtsminister und Bundesinnenminister.

## FINANZEN



**Parlamentarische Staatssekretäre**  
Michael Meister (CDU, oben)  
Steffen Kampeter (CDU)



**Hans-Peter Friedrich (CSU)**  
Der bisherige Innenminister führt jetzt das Landwirtschaftsressort, aus dem allerdings der Bereich des Verbraucherschutzes ins Justizministerium ausgegliedert wurde. Der 56-jährige Franke arbeitete nach seinem Studium zunächst im Bundeswirtschaftsministerium. Hans-Peter Friedrich ist seit 1974 CSU-Mitglied und sitzt seit 1998 im Deutschen Bundestag. 2009 bis 2011 führte er im Parlament die CSU-Landesgruppe. Im März 2011 wurde der Jurist Bundesinnenminister.

## LANDWIRTSCHAFT



**Parlamentarische Staatssekretäre**  
Peter Bleser (CDU, oben)  
Maria Flachsbarth (CDU)



**Ursula von der Leyen (CDU)**  
Erstmals bekommt Deutschland mit Ursula von der Leyen eine Frau als Verteidigungsministerin. Die Berufung der ehrgeizigen 55-jährigen CDU-Politikerin aus Niedersachsen ist eine der größten Überraschungen der Kabinettsbildung. Die Ärztin und siebenfache Mutter trat 1990 der CDU bei, zog in den niedersächsischen Landtag ein und war 2003 bis 2005 Landes-Sozialministerin. Danach wurde sie Bundesfamilien- und 2009 Bundesarbeitsministerin. Im Bundestag sitzt sie seit 2009.

## VERTEIDIGUNG



**Parlamentarische Staatssekretäre**  
Ralf Brauksiepe (CDU, oben)  
Markus Grübel (CDU)



**Alexander Dobrindt (CSU)**  
Der neue Verkehrsminister wird wichtigster Mann für CSU-Chef Horst Seehofer im Bundeskabinett. Als bisheriger CSU-Generalsekretär war Dobrindt für die erfolgreichen Wahlkämpfe in Bayern 2013 verantwortlich. Der 43-jährige Diplom-Soziologe soll nun als Minister die Pkw-Maut umsetzen, eine der CSU-Hauptforderungen im Bundestagswahlkampf. Den wichtigen Bereich Bauen und Wohnen musste Dobrindt abgeben, dafür bekam er die Zuständigkeit für digitale Infrastruktur. Dobrindt trat 1990 in die CSU ein und sitzt seit 2002 im Bundestag.

## VERKEHR, INTERNET



**Parlamentarische Staatssekretäre**  
Katherina Reiche (CDU, oben links)  
Enak Ferlemann (CDU, oben rechts)  
Dorothee Bär (CSU)



**Barbara Hendricks (SPD)**  
Die neue Bundesumweltministerin hatte zuletzt vor allem mit Finanzen zu tun. 1998 bis 2007 war Barbara Hendricks Parlamentarische Geschäftsführerin im Bundesfinanzministerium, seit 2007 ist die 61-jährige Schatzmeisterin der SPD. Dem Deutschen Bundestag gehört die Gymnasiallehrerin vom Niederrhein seit dem Jahr 1994 an. Den wichtigen Energiebereich musste Hendricks abgeben, dafür wurden ihrem Ressort die Aufgaben für Bauen und Wohnen zugeschlagen.

## UMWELT, BAU



**Parlamentarische Staatssekretäre**  
Florian Pronold (SPD, oben)  
Rita Schwarzelühr-Sutter (SPD)



**Frank-Walter Steinmeier (SPD)**  
Der bisherige Fraktionsvorsitzende und frühere Kanzlerkandidat der SPD ist schon länger auf dem internationalen Parkett zuhause. 2005 bis 2009 war er in der Großen Koalition schon Bundesaußenminister, zuvor hatte Frank-Walter Steinmeier als Kanzleramtschef von Kanzler Gerhard Schröder (SPD) mit Herausforderungen wie dem Balkankrieg, den Anschlägen vom 11. September und dem Afghanistan-Einsatz zu tun. Der Westfale mit Wahlkreis in Brandenburg sitzt seit 2009 im Bundestag.

**AUSWÄRTIGES AMT**



**Staatsminister**  
Maria Böhmer (CDU, oben)  
Michael Roth (SPD)



**Thomas de Maizière (CDU)**  
Das Innenministerium ist ein Ressort, das der bisherige Verteidigungsminister schon 2009 bis 2011 führte. Der gebürtige Bonner und Sohn des früheren Bundeswehr-Generalinspektors ist eine Vielzahl von Ämtern für die CDU: Thomas de Maizière war Chef des Kanzleramts unter Kanzlerin Angela Merkel (CDU) war er 2005 bis 2009, zuvor Minister für Finanzen, Justiz und Inneres im Land Sachsen. Nach der Wende 1990 war der Jurist zuerst Kultus-Staatssekretär und Staatskanzleiführer in Mecklenburg-Vorpommern.

**INNERES**



**Parlamentarische Staatssekretäre**  
Ole Schröder (CDU, oben)  
Günter Krings (CDU)



**Sigmar Gabriel (SPD)**  
Der neue Bundeswirtschaftsminister und Vizekanzler wird gerne als „Superminister“ gehandelt, weil er auch für den wichtigen Bereich Energie verantwortlich ist, was bisher dem Umweltressort unterstand. Damit muss SPD-Chef Sigmar Gabriel die schwierige Umsetzung der Energiewende vorantreiben. Der studierte Gymnasiallehrer aus Goslar war schon 2005 bis 2009 Bundesminister, und zwar für Umwelt. In die SPD ist Gabriel 1977 eingetreten. 1999 bis 2003 war er Ministerpräsident von Niedersachsen. Im Bundestag sitzt Gabriel seit 2005.

**WIRTSCHAFT, ENERGIE**



**Parlamentarische Staatssekretäre**  
Iris Gleicke (Aufbau Ost, SPD, oben l.)  
Brigitte Zypries (SPD, oben rechts)  
Uwe Beckmeyer (SPD)



**Andrea Nahles (SPD)**  
Die 43-Jährige ist schon seit ihrer Gymnasialzeit SPD-Mitglied. Die Literaturwissenschaftlerin aus Rheinland-Pfalz saß von 1998 bis 2002 im Bundestag und ist seit dem Jahr 2005 erneut im Parlament. Seit 2009 war die verheiratete Mutter einer Tochter SPD-Generalsekretärin. Die frühere Jusso-Chefin hat den Wahlkampf, die Koalitionsverhandlungen und den SPD-Mitgliederentscheid organisiert. Nun muss sich die frühere Arbeitsmarktexpertin der SPD-Fraktion in der Exekutive bewähren.

**ARBEIT, SOZIALES**



**Parlamentarische Staatssekretäre**  
Anette Kramme (SPD, oben)  
Gabriele Lösekrug-Möller (SPD)



**Manuela Schwesig (SPD)**  
Die gebürtige Brandenburgerin hat eine der steilsten Karrieren in der SPD hingelegt. 2003 trat die heute 39-jährige Diplom-Finanzwirtin der SPD in Schwerin bei und wurde Fraktionschefin im Stadtrat, 2008 wurde sie mit 34 in Mecklenburg-Vorpommern als Sozialministerin jüngste Ressortchefin im Land. Manuela Schwesig war schon 2009 im Schattenkabinett von Frank-Walter Steinmeier (SPD) für die Aufgabe einer künftigen Familienministerin vorgesehen.

**FAMILIE, SENIOREN, FRAUEN, JUGEND**



**Parlamentarische Staatssekretäre**  
Elke Ferner (SPD, oben)  
Caren Marks (SPD)



**Hermann Gröhe (CDU)**  
Der neue Gesundheitsminister stammt vom Niederrhein und ist seit Jahren einer der engsten Vertrauten von Bundeskanzlerin Angela Merkel (CDU). Der 52-jährige Jurist war 1989 bis 1994 Vorsitzender der Jungen Union und sitzt seit 1994 im Deutschen Bundestag. Von 2008 bis 2009 war Gröhe Kanzleramtsminister, danach CDU-Generalsekretär. In dieser Position zeigte sich der engagierte Protestant mit Attacken auf den politischen Gegner allerdings eher zurückhaltend.

**GESUNDHEIT**



**Parlamentarische Staatssekretäre**  
Annette Widmann-Mauz (CDU, oben)  
Ingrid Fischbach (CDU)



**Johanna Wanka (CDU)**  
Die Mathematikerin bleibt im Amt, nachdem sie im Januar 2013 Nachfolgerin der zurückgetretenen Bildungsministerin Annette Schavan (CDU) wurde. Die 62-Jährige bringt hohe fachliche Qualifikationen für diese Aufgabe mit und kann im Bund auf ihrer 13-jährigen Tätigkeit als Wissenschaftsministerin in Brandenburg und dann in Niedersachsen aufbauen. Die gebürtige Sächsin wurde 1989 zunächst Gründungsmitglied des Neuen Forums und trat 1991 der CDU bei.

**BILDUNG, FORSCHUNG**



**Parlamentarische Staatssekretäre**  
Thomas Rachel (CDU)  
Stefan Müller (CSU)



**Gerd Müller (CSU)**  
Der neue Bundesminister für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung war seit 2005 Parlamentarischer Staatssekretär im Agrarministerium, wo er sich um die Exportinteressen der Landwirtschaft kümmerte. Schon 2008, als der damalige Landwirtschaftsminister Horst Seehofer (CSU) nach Bayern wechselte, war der Diplom-Wirtschaftspädagoge als Minister-Nachfolger im Gespräch. Der 58-Jährige saß 1989 bis 1994 für die CSU im Europa-Parlament. Seither gehört Müller dem Bundestag an.

**ENTWICKLUNG**



**Parlamentarische Staatssekretäre**  
Hans-Joachim Fuchtel (CDU, oben)  
Christian Schmidt (CSU)





Die 1970er-Jahre in Deutschland West (links) und Ost: Mütter, die in diesen Jahren ihre Kinder bekommen haben, sollen künftig mehr Rente bekommen – die sogenannte Mütterrente.

## Mehrheit will Gleichstellung

**Familie** Über die Frage, ob Homosexuelle das Recht zur Eheschließung erhalten dürfen, sollten die Abgeordneten des Bundestages abseits des Fraktionszwangs frei entscheiden können. Dieser Forderung der Opposition schloss sich während der ersten Lesung eines Gesetzentwurfes der Linksfraktion (18/8) am vergangenen Donnerstag auch die SPD an. Im Falle einer freigegebenen Abstimmung werde sich zeigen, dass es auch in der Union Befürworter für eine vollständige Gleichstellung Homosexueller gibt, sagte Johannes Kahrs (SPD). Ebenso wie Harald Petzold (Die Linke) und Volker Beck (Grüne) vertrat Kahrs den Standpunkt, dass eine Nicht-Gleichstellung eine Diskriminierung darstelle. Zu bewerten sei dies an den Fragen Ehe, Adoption und sexuelle Identität. „Hier müssen wir ran“, forderte er. „Mit der Ungleichbehandlung muss Schluss sein“, verlangte der Linkenpolitiker Petzold. Das sehe auch das Bundesverfassungsgericht so, das ständig eine Gleichstellung fordere. Das traditionelle Rechtsverständnis, wonach nur Mann und Frau die Ehe bilden könnten, sei vom Gericht selbst in Frage gestellt worden, betonte Volker Beck. Auch die Bevölkerung halte an der Differenzierung nicht fest, die die Union einbetonen wolle. Thomas Silberhorn (CSU) bewertete die Situation anders: „Eine Gleichstellung wäre verfassungswidrig.“ **hau**

## SPD hält sich an die Spielregeln

**BETREUUNGSGELD** Zu den unzähligen Debatten über das Betreuungsgeld gesellte sich am vergangenen Donnerstag eine weitere: Die nutzten Linke und Grüne, um die SPD wieder und wieder an ihre ursprüngliche Ablehnung der familienpolitischen Leistung zu erinnern. Ein Antrag der Linksfraktion (18/5), in dem diese die Abschaffung des Betreuungsgelds forderte, wurde zur Beratung in den Ausschuss überwiesen. Noch im September habe Familienministerin Manuela Schwesig (SPD) das Betreuungsgeld „grundsätzlich falsch“ genannt, sagte für die Linke Diana Golze. Sie frage sich, was die SPD dazu gebracht habe, sich ihre Ablehnung „abpressen“ zu lassen. Dass im Koalitionsvertrag nicht ein Wort zum Betreuungsgeld stehe, sei eine „Kapitulationserklärung“. In Bundesländern mit ausreichenden Krippenplätzen werde diese Leistung nicht nachgefragt, so Golze. Die Grünen hielten es grundsätzlich für „Privatsache“, ob und wie Familien ihre Kinder betreuen lassen. Für deren Fraktion sagte Franziska Brantner, Familienministerin Schwesig müsse „an dieser Kröte fast erstickt“ sein. Zu behaupten, das Betreuungsgeld ermögliche Wahlfreiheit, sei falsch: Von 150 Euro könne in Deutschland niemand leben. Die SPD-Familienpolitikerin Dagmar Ziegler sagte, es gelte das Gleiche wie vor der Wahl: Das Betreuungsgeld sei bildungspolitisch „falsch“. Dies werde auch in den kommenden vier Jahren SPD-Sicht sein. In der Großen Koalition werde ihre Partei sich aber „an die Spielregeln“ halten. Die CSU-Abgeordnete Dorothee Bär, die im Plenum nicht als Parlamentarische Staatssekretärin, sondern als Abgeordnete sprach, warf der Linken vor, mit ihrem Antrag eine „nervige Schaufensterpolitik“ zu betreiben, weil der Kampf gegen das Betreuungsgeld „absolut aussichtslos“ sei. **suk**

# Mütterrente sorgt für Streit

**RENTEN** Die Beitragssätze sollen 2014 nicht wie vorgesehen sinken. Denn die Koalition braucht das Geld

Entscheidend müssten die Rentenbeiträge ab dem 1. Januar 2014 sinken. Die Rentenkasse ist prall gefüllt und laut Gesetz schmälert das ab einer bestimmten Rücklage die Beiträge der Versicherten. Theoretisch müssten die demnächst also nicht mehr 18,9 Prozent, sondern nur noch 18,3 Prozent zahlen. Doch kurz nach der Wahl ist mit diesem Automatismus Schluss: Aus den Mehreinnahmen der Rentenkasse will die schwarz-rote Regierung ihre im Wahlkampf versprochenen Rentenpläne finanzieren. Wichtigstes Projekt dabei: die Mütterrente. Erziehungszeiten für Kinder, die vor 1992 geboren wurden, sollen den Müttern ab dem 1. Juli 2014 einen Rentenpunkt mehr bringen – das entspricht 28 Euro pro Monat und Kind. Um das finanzieren zu können, braucht die Koalition Geld, rund 6,5 Milliarden Euro pro Jahr. Das soll aus der Rentenkasse kommen, die anstehende Beitragssenkung wird daher gestoppt. Der entsprechende Gesetzentwurf (18/187) wurde am vergangenen Donnerstag erstmals im Bundestag beraten. Das Urteil der Opposition könnte harscher nicht ausfallen: Grüne und Linke bezeichneten das Vorhaben als Trickerei und Plünderung der Rentenkasse. Mit ihrer Renten-

politik setze die neue Regierung den Kurs von Schwarz-Gelb fort, nur mit einer „schöneren Verpackung“, sagte die Linken-Politikerin Sabine Zimmermann. Die Anerkennung der Erziehungszeiten von vor 1992 sei „zwar mehr als überfällig“, warum es aber keine vollständige Gleichstellung von Ost und West gebe und damit die Erziehungsleistung der Mutter im Osten weniger wert sei als die der Mutter im Westen, müsse die Koalition den Beitragszahlern erklären. Die SPD zahle nun den Preis dafür, dass sie ihre „richtigen und nötigen“ Forderungen nach Umverteilung im Wahlkampf aufgeben habe. Für die Grünen sagte Kerstin Andreae, die Begründung des Gesetzentwurfes sei ein „Hohn“, denn es gehe nicht um die Stabilität der Finanzierung der Gesetzlichen Rentenversicherung, sondern um die Finanzierung von Wahlkampfversprechen. Die Mütterrente müsse steuerfinanziert werden, sie werde in vier Jahren 26 Milliarden Euro kosten. So, wie sie jetzt geplant sei, verlagere sie die Lasten auf zukünftige Generationen. Das werde auf den „entschlossenen Widerstand“ der Grünen-Fraktion treffen, kündigte Andreae an.



»Was wir wirklich brauchen, ist eine Stabilisierung des Rentenniveaus.«  
Sabine Zimmermann (Linke)

Die Große Koalition dagegen warb für das Projekt: Damit werde „ein stabiles System gerechter“ gemacht, sagte die Parlamentarische Staatssekretärin Gabriele Lösekrug-Möller (SPD). Die Stichtagsregel bei den Kindererziehungszeiten aufzulösen, sei „gut und richtig“. Für die Union betonte der CDU-Arbeitsmarktspezialist Karl Schiewerling, die Anerkennung der Erziehungszeiten für vor 1992 geborene Kinder sei sozial gerecht. Damit erkenne man die Leistung von Müttern an, die ohne Krippen und entsprechende Rahmenbedingungen Kinder geboren und so erzogen hätten, dass sie „mit ihrer Hände Arbeit“ zur Sicherung der Solidarsysteme beitragen. Weil ein Drittel der Rücklagen der Rentenkasse aus Steuermitteln stamme, werde die Allgemeinheit angemessen an dem Vorhaben beteiligt. Wenn alles gut gehe und man „auf Anhörungen verzichtet“, werde man das Gesetzesvorhaben im Februar im Bundesrat verabschieden können.

**Kritik an »Trickerei«** Genau dieses Verfahren hält die Opposition für Trickerei. Der Bundesrat wird frühestens in seiner Sitzung am 14. Februar über den Gesetzentwurf entscheiden, die Beiträge sollen aber ab 1. Januar gelten. Das Gesetz wirkt dann rückwirkend. Dies sei „mitnichten ein geordnetes Verfahren“, sagte Kerstin Andreae. Schwarz-Rot könne nicht ernsthaft Sachverständige zu einer Anhörung laden und deren Expertise gar nicht zur Kenntnis nehmen, weil alles schon vorgegeben sei.

Auf eine Zwischenfrage des Linken-Politikers Matthias Birkwald, warum die Koalition sich nicht einem Antrag der Linken angeschlossen habe, mit dem man das Vorhaben noch in diesem Jahr hätte umsetzen können, sagte Schiewerling, der Vorschlag der Linken sei „ordentlich“ gewesen, „unsere war ordentlicher“. Auch die im Bundestag nicht mehr vertretene FDP äußerte ihren Protest: Der sächsische Minister für Wirtschaft, Arbeit und Verkehr, Sven Morlok, sagte im Plenum, das Vorhaben belaste „die Leistungsträger der Gesellschaft“. Gefragt, ob dies die

Haltung der schwarz-gelben Landesregierung sei, sagte Morlok, Ministerpräsident Stanislaw Tillich (CDU) habe sich schon angesichts voller Kassen bei den Rundfunkbeiträgen dafür eingesetzt, dass die Beiträge an jene zurückgingen, die sie bezahlt hätten. Gleiches gelte in der Frage der Renten. Die Mütterrente ist nicht das einzige, milliardenschwere Rentenprojekt der Koalition. Sie hat auch eine abschlagsfreie Rente mit 63 Jahren, höhere Erwerbsminderungsrenten und Rentenaufschläge für Geringverdiener angekündigt. **Susanne Kailitz**

**STICHWORT**

**RENTEN – Die Pläne der Großen Koalition**

> **Gesetzliche Rentenversicherung** Derzeit liegt der Beitragssatz bei 18,9 Prozent. Die Rentenkasse ist aber mit 31 Milliarden Euro prall gefüllt. Da dieser Betrag die vorgesehene Reserve übersteigt, müsste der Beitragssatz eigentlich auf 18,3 Prozent im kommenden Jahr gesenkt werden.

> **Mütterrente** Die Große Koalition will Mütter, deren Kinder vor 1992 geboren wurden, rentenrechtlich den Müttern mit danach geborenen Kindern gleichstellen. Dazu sollen sie ab 1. Juli 2014 pro Kind und Monat einen Rentenpunkt mehr bekommen. Kosten: 6,5 Milliarden Euro pro Jahr.

> **Rente mit 63** Auch die abschlagsfreie Rente nach 45 Beitragsjahren, ein wichtiges Versprechen der SPD im Wahlkampf, kostet bis zu 4,5 Milliarden Euro pro Jahr.

ANZEIGE

**DAS WILL ICH ONLINE LESEN!**

Jetzt auch als E-Paper.

Mehr Information.  
Mehr Themen.  
Mehr Hintergrund.  
Mehr Köpfe.  
Mehr Parlament.

www.das-parlament.de  
parlament@fs-medien.de  
Telefon 069-75014253

Direkt zum E-Paper

Weiterführende Links zu den Themen dieser Seite finden Sie in unserem E-Paper

## Umstrittene Personalie

**DATENSCHÜTZER** Andrea Voßhoff folgt auf Peter Schaar

Andrea Voßhoff ist neue Bundesbeauftragte für den Datenschutz und die Informationsfreiheit. Am vergangenen Donnerstag wählte der Bundestag auf Vorschlag der Bundesregierung die 55-Jährige CDU-Politikerin zur Nachfolgerin von Peter Schaar, dessen Amtszeit abgelaufen war. Voßhoff erhielt 403 von 587 abgegebenen Stimmen. Die Christdemokratin gehörte von 1998 bis 2013 dem Bundestag an. Von 2010 bis zum Ende der 17. Wahlperiode war sie rechtspolitische Sprecherin der Unionsfraktion. Ein erneuter Einzug in den Bundestag gelang der Juristin aus dem brandenburgischen Rathenow nicht. Schon kurz nachdem Voßhoff von der Bundesregierung als Kandidatin für das Amt genannt wurde, gab es Kritik an der Personalie. Die Fraktionsvorsitzende der Grünen, Katrin Göring-Eckardt, sprach von einer „Postenvergabe nach Gefälligkeit“. Jan Korte, Fraktionsvize der Linken, sagte, er hätte sich eine „überparteiliche, profilierte Person“ gewünscht.

Noch am Donnerstagvormittag hatte seine Fraktion daher versucht, per Geschäftsdienstantrag die Wahl der neuen Datenschutzbeauftragten von der Tagesordnung abzusetzen, was mit der Mehrheit aller anderen Fraktionen aber abgelehnt wurde. Korte stellte klar, dass er Andrea Voßhoff zwar für eine „integre Person“ halte. Gleichwohl dürfe nicht vergessen werden, dass sie als Unionsabgeordnete die Vorratsdatenspeicherung, die Online-Durchsuchung und die Erweiterung der Kompetenzen der Geheimdienste unterstützt habe. Aus Sicht von Michael Grosse-Brömer, Erster Parlamentarischer Geschäftsführer der Unionsfraktion, ist Voßhoff eine Kollegin, die fraktionsübergreifend als gute Juristin anerkannt gewesen sei und daher „eine gute und richtige Entscheidung für dieses Amt“ darstelle. Das bewertet die Grünen-Fraktion anders, wie deren Erste Parlamentarische Geschäftsführerin Britta Haßelmann deutlich machte. Doch auch wenn ihre Fraktion den Personalvorschlag für falsch halte, sei man für einen nahtlosen Übergang in dem Amt. Auch Christine Lambrecht, neue Geschäftsführerin der SPD-Fraktion, lehnte den Linken-Antrag ab. Gerade zu Zeiten des NSA-Skandals müsse man in Sachen Datenschutz handlungsfähig sein, erklärte sie. Daher brauche man eine Entscheidung „hier und heute.“ **hau**

## 22 Ausschüsse eingesetzt

**NEUE FACHGREMIIEN** Ausschuss für Digitales kommt später

Mit 22 ständigen Fachausschüssen startet der Bundestag in die 18. Legislaturperiode. Der gemeinsame Antrag aller vier Fraktionen fand am vergangenen Donnerstag im Plenum einhellige Zustimmung. Zugleich erübrigt sich ab Mitte Januar der Hauptausschuss, mit dem die Zeit bis zur Regierungsbildung überbrückt worden war. **Digitales** Die Ausschüsse spiegeln üblicherweise den Zuschnitt der Ministerien wieder, weshalb sie erst gebildet werden, wenn die neue Regierung im Amt ist. Verfassungsrechtlich vorgeschrieben sind lediglich die Ausschüsse für Verteidigung, Äußeres, Europaangelegenheiten und Petitionen. Je stärker eine Fraktion ist, umso mehr Ausschussvorsitzende darf sie stellen. So wird die Union elf Ausschüsse leiten, die SPD sieben, Linke und Grüne jeweils zwei. Traditionell fällt der Haushaltsausschuss der stärksten Oppositionsfraktion zu, das ist die Linke. Über die Aufteilung der Gremien und den Vorsitz wird im Januar entschieden. Ein 23. Fachgremium, der Ausschuss für Digitales und Internet, soll erst im Februar gebildet werden. Noch gibt es Streit über Zuständigkeiten und Themen, die dort behandelt werden sollen. Die SPD-Abgeordnete Christine Lambrecht betonte im Plenum, dass die Digitalisierung inzwischen in alle

Lebensbereiche hineinwirke. Es sei daher wichtig, einen eigenen Ausschuss zu bilden und es nicht wie bisher beim Unterausschuss Neue Medien zu belassen. Mehrheitlich abgelehnt wurden hingegen Anträge der Linksfraktion, zwei weitere Ausschüsse zum Thema Kommunales und Deutsche Einheit einzurichten. Die Parlamentarische Geschäftsführerin der Grünen-Fraktion, Britta Haßelmann, hält einen „Ost-Ausschuss“ für überflüssig. Fast 25 Jahre nach dem Mauerfall gehe es darum, strukturschwache Regionen in Ost und West zu unterstützen. Ein Kommunalausschuss sei hingegen sinnvoll, da sich der bisherige Unterausschuss als wirkungslos herausgestellt habe. Der Linke-Abgeordnete Roland Claus gab zu bedenken, dass die Ost-Landkreise im Vergleich zu denen im Westen immer weiter zurückfielen. Derweil verteidigte Manfred Grund (CDU) den umstrittenen Hauptausschuss, mit dem die Arbeitsfähigkeit des Parlaments hergestellt worden sei. Haßelmann befand hingegen: „Ein Parlament im Wartestand, das war falsch und das kann man nicht schön reden.“ Der CDU-Abgeordnete Eckhardt Rehberg hielt dagegen, der Hauptausschuss sei keine Posse gewesen, wie behauptet, sondern eine „Notwendigkeit in einer schwierigen Übergangszeit.“ **Claus Peter Kosfeld**

# Aufstand in Not

**OPPOSITIONSRECHTE** Mit der Bildung der Großen Koalition fühlen sich Linke und Grüne im Parlament zunehmend machtlos. Sie kämpfen für mehr Rechte und wollen wahrgenommen werden



Linksfraktionschef Gregor Gysi zählt als Oppositionsführer zu den entschiedenen Befürwortern von Gesetzesänderungen zugunsten der parlamentarischen Minderheit.

Große Koalition bedeutet kleine Opposition. In der gerade begonnenen Legislaturperiode ist sie sogar noch kleiner als zur Zeit der letzten Großen Koalition von 2005 bis 2009. Damals saßen mit der FDP, der Linken und Bündnis 90/Die Grünen drei oppositionelle Fraktionen im Bundestag, die zusammen auf 27 Prozent der Sitze kamen. Damit konnten sie gemeinsam jenes Viertel der Stimmen aufbringen, das beispielsweise zur Einsetzung eines Untersuchungsausschusses oder einer Enquete-Kommission erforderlich ist. Diesmal dagegen bringen Linke und Grüne gerade noch ein Fünftel der Stimmen auf.

**Neue Spielregeln** Schon als sich nach der Bundestagswahl die Bildung einer Großen Koalition abzeichnete, mahnten daher die voraussichtlichen Oppositionsparteien eine Änderung der Spielregeln an, um ihnen eine wirkungsvolle Kontrolle der Regierung zu ermöglichen. Die künftigen Koalitionäre signalisierten auch umgehend Entgegenkommen. In ihrem Koalitionsvertrag hielten sie fest: „Eine starke Demokratie braucht die Opposition im Parlament. CDU, CSU und SPD werden die Minderheitenrechte im Bundestag schützen. Auf Initiative der Koalitionspartner wird der Bundestag einen Beschluss fassen, der den Oppositionsfraktionen die Wahrnehmung von Minderheitenrechten ermöglicht sowie die Abgeordneten der Opposition bei der Redezeitverteilung angemessen berücksichtigt.“ Von verlängerten Redezeiten konnte die Opposition bereits während der Plenardebatten der zurückliegenden Woche profitieren.

Die Parlamentarischen Geschäftsführer von CDU/CSU, SPD und Linke hatten sich zuvor auf eine Neuordnung verständigt, allerdings gegen das Votum der Grünen, die noch höhere Anteile an den Redezeiten wollten. Nunmehr erhält die Opposition bei sogenannten Kurzdebatten von 25 Minuten drei Minuten mehr, als ihr rechnerisch zustünden. Damit kommt sie auf einen Zeitanteil von 20 Prozent. Dafür verzichtete die Union auf zwei und die SPD auf eine Redeminute. Bei längeren Debatten kommt die Opposition auf Redezeitanteile zwischen 25 und 27 Prozent.

**Mehr Redezeit** Sofern ein von der Opposition eingebrachter Gesetzentwurf in erster Lesung behandelt wird, erhält die antragstellende Fraktion eine zusätzliche Redeminute. Gleiches gilt bei Entschließungsanträgen der Opposition. Des Weiteren wird den kleinen Fraktionen zugestanden, bei allen Debatten von 38 Minuten und mehr Länge ihre Redezeit auf mehrere Abgeordnete zu verteilen. Da Redezeiten selten genau eingehalten werden, kann die Opposition so noch Zeit herauswinden. Vor allem aber kann sie so auch in einer zweiten Runde noch auf Redner der Koalition regieren. Entgegenkommen zeigten die Koalitionsfraktionen auch bei den Grundsätzen, nach denen die Tagesordnung von Plenardebatten gestaltet wird. Dabei geht es darum, die Opposition zu den Tageszeiten mit größerer Medienaufmerksamkeit angemessen zum Zuge kommen zu lassen, also während der sogenannten Kernzeit am Vormittag und auch noch am frühen Nachmittag. Zu diesen Tageszeiten soll in den Sitzungswochen jeweils am Donnerstag und Freitag eine längere

Debatte abgehalten werden, die auf einen Gesetzentwurf oder Antrag aus der Opposition zurückgeht. Für die zeitlich später gelegenen Donnerstags-Debatten wurde vereinbart, Initiativen von Koalition und Opposition im Wechsel zu behandeln. Der – inzwischen auf einen Staatssekretärs-Posten gewechselte – Parlamentarische Geschäftsführer Stefan Müller (CSU) erklärte kurz nach der Kanzlerwahl, die Koalition wolle wegen der Redezeiten Anfang nächsten Jahres noch einmal mit der Opposition sprechen und versuchen, eine Einigung auch mit den Grünen zu finden. Dann soll auch über andere Forderungen der Opposition gesprochen werden. Im Plenum am Donnerstag forderte die Parlamentarische

## KOMPAKT

> **Redezeit** Sie wird den Fraktionen für jeden Debattenpunkt zugeteilt. Die Fraktionen bestimmen in dem Rahmen selbst, wer für sie wie lange redet.

> **Untersuchungsausschuss** Nach Artikel 44 des Grundgesetzes kann der Bundestag jederzeit einen Untersuchungsausschuss einsetzen. Auf Antrag eines Viertels seiner Mitglieder muss er das.

> **Enquetekommission** Der Bundestag kann sie zur Vorbereitung von Entscheidungen „über umfangreiche und bedeutsame Sachkomplexe“ einsetzen. Auf Antrag eines Viertels seiner Mitglieder ist er dazu verpflichtet.

Geschäftsführerin der Grünen, Britta Haßelmann, „verbriefte“ Minderheitsrechte etwa für den Parlamentarischen Untersuchungsausschuss, die Einsetzung einer Enquetekommission oder die Frage des Verlangens von öffentlichen Anhörungen. Die Opposition wolle nicht angewiesen sein auf den „Goodwill“ der großen Fraktionen. Gesetze und Geschäftsordnungen seien entsprechend zu ändern.

**Rote Linie** Da hatte Müller schon eine rote Linie markiert: Eine Grundgesetzänderung komme nicht in Frage. Sie wäre erforderlich, um das Quorum für die Einsetzung eines Untersuchungsausschusses von einem Viertel auf beispielsweise ein Fünftel der Mitglieder des Bundestags zu senken. Die Union möchte für den Fall, dass einmal Extremisten in den Bundestag kommen sollten, deren Möglichkeiten beschränkt seien. Müller versicherte stattdessen, auf die Zusage der Koalitionsfraktionen sei Verlass, einen Untersuchungsausschuss mit einzusetzen, falls die Opposition ihn wolle. Während der ersten Großen Koalition von 1965 bis 1969 brachte es im Übrigen die FDP als einzige Oppositionsfraktion nicht einmal auf zehn Prozent der Sitze im Parlament. Damals entstand eine Außerparlamentarische Opposition (APO), die sich schnell radikalisierte. Schon weil niemand will, dass sich Derartiges wiederholt, ist das Interesse der Koalitionäre an einer wirkungsvollen Opposition wohl nicht geübelt.

Mehr zu den Oppositionsrechten auf den Seite 2 und 3

## Hessens neue Farbenlehre

**REGIERUNGSBILDUNG** Schwarz und Grün haben sich gefunden

Das schwarz-grüne Paket unter dem Weihnachtsbaum in Hessen ist eine echte Überraschung: Noch vor vier Monaten hätte niemand mit einer Koalition von CDU und Grünen gerechnet – am wenigsten die Akteure selbst. „Wir haben es uns beide nicht träumen lassen“, sagte Grünen-Landeschef Tarek Al-Wazir und fügte an: „Man hat Jahrzehnte in unterschiedlichen Welten gelebt.“

**Politiklabor** Nach drei Monaten Sondierung und drei Wochen harten Verhandlungen legten CDU und Grüne vergangenen Mittwoch den fertigen Koalitionsvertrag für die erste schwarz-grüne Regierung in einem bundesdeutschen Flächenland vor. Auf 106 Seiten stehen dort unter dem Motto „Verlässlich gestalten – Perspektiven eröffnen“ die gemeinsamen Vorhaben für die kommenden fünf Jahre. Die Sanierung des Landeshaushalts, eine Nachmittagsbetreuung mit Bildungsgarantie an Grundschulen und die Beschleunigung der Energiewende sind die wichtigsten Themen, dazu erhalten Integration und Ehrenamt einen hohen Stellenwert.

Der Vertrag sei eine „sehr gute Grundlage“ für eine kluge, gestaltende, stabile und erfolgreiche Politik in den kommenden fünf Jahren, sagte Ministerpräsident Volker Bouffier (CDU) bei der Vorstellung des Vertrages in Wiesbaden. Nein, er habe nicht gezählt, wer sich wo durchgesetzt habe, „das ist ein Gemeinschaftswerk“, betonte der alte und auch künftige Ministerpräsident, der just an dem Tag seinen 62. Geburtstag feierte. Hessen wird damit wieder einmal zum Politiklabor der Republik. 1985 bildete der damalige SPD-Ministerpräsident Holger Börner mit Joschka Fischer die erste rot-grüne Koalition in Deutschland, viele andere folgten. Nun dürfen die Hessen also wieder einmal eine neue Machtoption erproben. „Wir wissen, dass wir beobachtet werden“, sagte Bouffier. „Wenn es erfolgreich wird, wird es auch in der gesamten Politik seine Bedeutung haben.“

Entgegenkommen von Flughafen-Betreiber Fraport und der Lufthansa angewiesen. SPD-Landeschef Thorsten Schäfer-Gümbel, statt auf der Regierungsbank in der Opposition gelandet, kritisierte das als „Täuschungsmanöver“ und „Beruhigungsspiel“ für die grüne Basis. Der schwarz-grüne Koalitionsvertrag sei nicht mehr als ein „schwarz-grüner Waffenstillstand“, zudem täusche die neue Koalition die Bürger bei der Haushaltssanierung. Tatsächlich hat Schwarz-Grün zwar angekündigt, den Haushalt um eine Milliarde Euro struktureller Schulden zu entlasten, eine solide Rechnung dafür aber bislang nicht vorgelegt. Gespart werden soll vorwiegend bei den Beamten, nicht aber bei den Lehrern, dazu hebt Hessen die Grunderwerbssteuer auf sechs Prozent an. Auch dürfen die Grünen zwar die Energiewende anschieben, dafür wird ihre Vollendung auf das Jahr 2050 verlegt.

**Kabinetts** Zwei Minister werden die Grünen in der neuen Regierung stellen, die am 18. Januar gewählt wird: Minister für Wirtschaft, Verkehr und Landesentwicklung wird Al-Wazir, der damit auch für den Flughafen verantwortlich ist, und als wichtigste Aufgabe „die Versöhnung der Ökonomie mit der Ökologie“ nannte. Die bisherige Bundestagsabgeordnete Priska Hinz soll das zweite Grünen-Ministerium führen, das für Umwelt, Landwirtschaft und Verbraucherschutz. Hinz war schon einmal von 1998 bis 1999 hessische Umweltministerin. Die Grünen bekommen ferner einen Staatssekretär im Sozialministerium für Integration und Anti-Diskriminierung. Die CDU besetzt sechs der acht Ministerien, darunter Finanzen und Inneres. „Dieser Koalitionsvertrag wird Hessen grüner machen“, befand Al-Wazir. Gelungen ist den Partnern abseits der inhaltlichen Details vor allem eines: die Überwindung einer Kulturbarriere. „Wir haben uns vom Klima wie vom Inhalt her immer besser gefunden“, sagte Volker Bouffier.

Im rauffreudigen Hessen ist jetzt ein ganz neuer Zustand vor dem politischen Gegner auszumachen. Am Ende, sagte Bouffier, sei ein „verlässliches, vertrauensvolles und durchaus auch freundschaftliches Verhältnis“ entstanden. Die Stimmung war so gut, dass sich die neuen politischen Bündnispartner zum Schuss sogar anspielungsreiche Geschenke machen konnten: Für den Fleisch-Fan Bouffier gab es einen veganen Fleischsalat, für den Krawatten-Hasser Al-Wazir einen schicken Binder – in Schwarz, Grau und Grün.

Die Autorin ist freie Journalistin in Hessen. ■



Volker Bouffier (links) und Tarek Al-Wazir präsentieren den Koalitionsvertrag.

## Arzneimittelpreise bleiben gedeckelt

**PREISMORATORIUM** Der Zwangsabatt soll bei sieben Prozent liegen

Der neue Bundesgesundheitsminister Hermann Gröhe (CDU) hatte kaum die Eidesformel gesprochen, da lagen auch schon die ersten beiden Gesetzentwürfe der Fraktionen von Union und SPD zur Beratung vor. Die Zeit drängte, weil eine wichtige Preisbremse für Arzneimittel zum Jahresende ausgelaufen wäre. Einmütig stimmten alle vier Fraktionen einem Eilverfahren zur Verlängerung des Preismoratoriums für patentgeschützte Medikamente zu. Mit dem am Donnerstag im Bundestag bei zwei Enthaltungen verabschiedeten Gesetz (18/200) wird nunmehr die geltende Regelung zunächst bis Ende März 2014 verlängert. Das Verfahren verhindert, dass Preissteigerungen der Pharmaindustrie zulasten der Krankenkassen gehen. So steht den Kassen ein Abschlag in Höhe der jeweiligen Preiserhöhung zu. Ohne den Preisstopp, der im nächsten Jahr bis Ende 2017 verlängert werden

soll, kämen auf die Kassen und damit auf die Beitragszahler geschätzt 600 Millionen Euro Mehrkosten zu.

**Mengenrabatt** Wie im Koalitionsvertrag vereinbart, soll außerdem ab 2014 der gesetzlich vorgeschriebene Mengenrabatt für alle verschreibungspflichtigen, patentgeschützten Medikamente, die nicht dem Festbetragsystem unterliegen, bei sieben Prozent festgelegt werden. Bis Ende dieses Jahres gelten aufgrund einer befristeten Ausnahmebestimmung noch Abschläge von bis zu 16 Prozent. Im Gegenzug soll künftig darauf verzichtet werden, Medikamente, die schon länger auf dem Markt sind, einer Nutzenbewertung zu unterziehen. Dieses aufwendige Verfahren zulasten der Pharmaindustrie soll für den sogenannten Bestandmarkt entfallen. Da die Abgeordneten hier aber noch Beratungsbedarf sehen, wird der

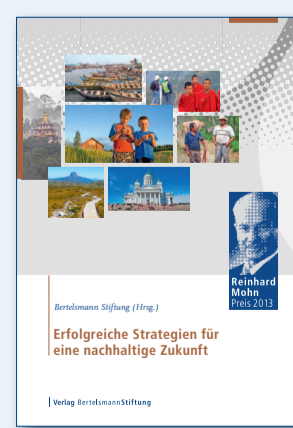
Gesetzentwurf (18/201) erst Anfang nächsten Jahres abschließend behandelt. In der Übergangszeit bis Ende März gilt der übliche Zwangsabatt von sechs Prozent, ab 1. April sollen es dann sieben Prozent sein. Der CDU-Gesundheitsexperte Jens Spahn sprach von einem guten Kompromiss, sein SPD-Kollege Karl Lauterbach von einer Regelung „mit Augenmaß“. Die Linke-Abgeordnete Kathrin Vogler kritisierte den Verzicht auf die Nutzenbewertung. Harald Terpe (Grüne) gab zu bedenken, dass die Rabattänderung von 16 auf 7 Prozent erst einmal mit Mehrkosten verbunden sei. ■

Weiterführende Links zu den Themen dieser Seite finden Sie in unserem E-Paper



Anzeige

## Erfolgreiche Strategien für eine nachhaltige Zukunft



Bertelsmann Stiftung (Hrsg.) **Erfolgreiche Strategien für eine nachhaltige Zukunft**

2013, 220 Seiten, Broschüre € 20,- [D] / sFr. 28,90 ISBN 978-3-86793-490-9

Auch in englischer Fassung und als E-Book erhältlich.

Seit dem ersten Erdgipfel in Rio de Janeiro 1992 sind zahlreiche Staaten auf der Suche nach einem neuen Verständnis von wirtschaftlichem und gesellschaftlichem Fortschritt. Die Umweltkrisen der letzten Jahre sowie die globale Wirtschafts- und Finanzkrise erfordern ein noch stärkeres Umdenken, weg vom tradierten Verständnis von Wachstum und Wohlstand, hin zu einer nachhaltigen, generationengerechten Politik. Doch wie lässt sich das erreichen? Um die Diskussion und das Lernen voneinander voranzutreiben, wurde eine weltweite Recherche durchgeführt, mit dem Ziel, Best Practices zu identifizieren. Weitere Informationen unter [www.reinhard-mohn-preis.de](http://www.reinhard-mohn-preis.de).

Verlag BertelsmannStiftung

Postfach 103, 33311 Gütersloh | ☎ 05241/80-88280 | ✉ 05241/46970 [www.bertelsmann-stiftung.de/verlag](http://www.bertelsmann-stiftung.de/verlag) | sabine.reimann@bertelsmann-stiftung.de

# Auf der langen Bank

**EU-GIPFEL** In Europa müssen viele Fragen dringend geklärt werden. Wichtige Entscheidungen wurden aber erneut vertagt

Das Ende des traditionellen EU-Gipfels im Dezember bedeutet auch für die EU-Staats- und Regierungschefs den Beginn der Weihnachtszeit. Dennoch wollte die große Harmonie auf dem Gipfel nicht aufkommen. Zwar gelang es den 28 Staats- und Regierungschefs, einen Durchbruch bei der Bankenunion zu erzielen. Die schon seit langem diskutierte Frage, wie die Europäische Union der Zukunft aussehen soll, wurde aber wie andere drängende Fragen erneut vertagt. Aufgeschoben wurde etwa die drängende Diskussion, wie die Zukunft der Wirtschafts- und Währungsunion aussehen soll. Nach den Erfahrungen der Finanzkrise wünscht sich vor allem Deutschland mehr Reformen, um die Haushaltsdisziplin und die Wettbewerbsfähigkeit der Europäischen Union weiter zu stärken. „Wir dürfen doch nicht erst dann reagieren, wenn uns die Märkte die rote Ampel zeigen“, sagte Bundeskanzlerin Angela Merkel (CDU) am ersten Gipfeltag. Doch der Vorschlag der Kanzlerin, Reformverträge der EU-Staaten mit der Brüsseler Kommission zu vereinbaren, wurde erst einmal auf Oktober verschoben. Mit den Verträgen soll erreicht werden, dass die EU-Staaten eine moderne Wirtschaftspolitik verfolgen. Im Gegenzug sollen sie dafür Fördergelder aus EU-Mitteln erhalten.

»Wir dürfen nicht erst dann reagieren, wenn uns die Märkte die rote Ampel zeigen.«

Angela Merkel (CDU)

Eigentlich sollte der Gipfel auch neue Impulse für eine gemeinsame Sicherheits- und Verteidigungspolitik liefern. Zwar wurde hier eine engere Zusammenarbeit vereinbart, was das konkret bedeuten soll, blieb aber weitgehend offen. Dabei hatte gerade Frankreich eine ganz konkrete Frage mit nach Brüssel gebracht. Staatspräsident François Hollande wollte wissen, ob die Europäische Union den französischen Militäreinsatz in Zentralafrika mit einer Militärmismission unterstützen werde. Doch auch hier wurde Hollande auf Januar vertröstet. Auch beim bislang gescheiterten Assoziierungsabkommen zwischen der Europäischen Union und der Ukraine hielt man sich alle Optionen offen. „Die Tür steht offen, hier gibt es kein Datum, wann sie geschlossen wird“, sagte Merkel am vergangenen Freitag in Brüssel.

**Menschenrechte einhalten** Voraussetzung dafür sei aber, dass das Land, bestimmte Bedingungen erfüllt: „Jeder Staat ist zur Einhaltung der Menschenrechte verpflichtet“, sagte die Kanzlerin. So wollte die EU zwar weiterhin die friedlichen Proteste

gegen den ukrainischen Präsidenten Viktor Janukowitsch unterstützen, aber gleichzeitig weiter mit der Regierung in Kiew sowie mit Moskau sprechen. Am Mittwoch hatte sich Bundeskanzlerin Merkel im Rahmen einer Regierungserklärung zum EU-Gipfel für eine Änderung der EU-Verträge ausgesprochen. Es gehe darum, mehr Verbindlichkeit zu erreichen. Dies sei bei der Schaffung der Wirtschafts- und Währungsunion vor 20 Jahren versäumt worden, sagte Merkel bei der ersten Rede nach ihrer erneuten Vereidigung. Von Seiten der Opposition gab es Kritik an der Ausrichtung der schwarz-roten Europapolitik.

»Wahlbetrug« Sahra Wagenknecht (Die Linke) warf der SPD Wahlbetrug vor. Anders als von den Sozialdemokraten angekündigt, müssten auch künftig die Steuerzahler für Schulden der Banken geradestehen. Aus Sicht der Fraktionsvorsitzenden der Grünen, Katrin Göring-Eckardt, orientiert sich die Europapolitik der Bundesregierung „nur an Wirtschaft und Finanzen“. Die europäischen Werte hingegen hätten in der Regierungserklärung der Kanzlerin keine Rolle gespielt. Angela Merkel hatte zu Beginn ihrer Rede deutlich gemacht, dass es das Ziel der Bundesregierung sei, „Deutschland zukunftsfähig zu gestalten und Europa mitzugestalten“. Auf dem Weg hin zu Stabilität und Wachstum sei Europa durchaus vorangekommen, konstatierte die Kanzlerin. Aber: „Der Aufschwung ist nicht garantiert.“ Außerdem habe die europäische Glaubwürdigkeit gelitten, sagte Merkel. Als Beispiel führte sie die schon im Jahr 2000 festgeschriebene Drei-Prozent-Quote für Forschungsausgaben an. Deutschland habe 2012 erstmals an diesem Wert „von unten gekratzt“. Die meisten anderen Länder lägen deutlich unter dem Wert. Merks Forderung lautete daher: Weniger Indikatoren, die dann aber auch eingehalten werden.

Die Kanzlerin ging auch auf das Verfahren der EU-Kommission gegen die (EEG) enthaltenen Industrierabatte ein. „Solange es europäische Länder gibt, in denen der Industriestrom billiger ist als in Deutschland, kann ich nicht einsehen, warum wir zur Wettbewerbsverzerrung beitragen“, betonte Merkel. Gemeinsam mit Wirtschafts- und Energieminister Siegmund Gabriel (SPD) wird sie in Brüssel deutlich machen, dass Europa nicht dadurch gestärkt werde, wenn in Deutschland Arbeitsplätze gefährdet werden. Sahra Wagenknecht warf der Union eine „unchristliche Politik“ vor. Während



Beim traditionellen Familienfoto zeigten sich die EU-Staats- und Regierungschefs gut gelaunt. Doch 2014 dürfte für die EU erneut ein schwieriges Jahr werden.

man monatelang mit der SPD über den Koalitionsvertrag gefeilscht habe, hätten sich in Griechenland mehr als 100 Menschen „aus Verzweiflung über ihre soziale Situation“ das Leben genommen. Rund 45.000 Familien hätten in Spanien ihre Häuser aufgrund von Zwangsversteigerungen räumen müssen. Auf der anderen Seite habe sich das Vermögen der Millionäre in derselben Zeit um fast eine Milliarde Euro erhöht. „So sehen die Folgen ihrer Politik aus, die sie ganz Europa diktieren“, sagte Wagenknecht an die Kanzlerin gewandt. Die stellvertretende Vorsitzende der Linksfraktion übte auch Kritik am Regierungspartner SPD. Das Versprechen, dass Banken künftig für sich selbst haften würden, sei „keinen Pfifferling wert“. In der entsprechenden EU-Richtlinie

sei eine Ausnahme vereinbart, „die bis einen Tag vor der Abwicklung erlaubt, die Bankeneigentümer mit Steuergeldern freizukaufen“. Aus Wagenknechts Sicht braucht es auch keine Bankenunion, sondern vielmehr eine Bankenregulierung. Niels Annen (SPD) wies Wagenknechts Vorwürfe zurück. Die SPD arbeite in der Großen Koalition daran, „dass sich die Krise nicht wiederholt“. Annen räumte ein, dass es unterschiedliche Sichtweisen bei Union und SPD gebe. „Im Unterschied zu Ihnen sind wir aber überzeugte Europäer, die in der Lage sind, sich auf eine gemeinsame Politik zu verständigen, statt nur alte Klischees zu bedienen“, sagte er. Sein Fraktionskollege Dietmar Nietan machte deutlich, dass Bundeskanzlerin Angela Merkel auf den

kommenden EU-Gipfel für die neue Bundesregierung sprechen werde. Deren Politik sei durch den Beitrag der SPD „sozialer und gerechter“. Allerdings nur, „wenn die Bundesregierung den Koalitionsvertrag ernst nimmt und mehr tut als die vorherige Regierung“. Der Außenexperte der Unions-Bundestagsfraktion, Andreas Schockenhoff (CDU), ging auf die Situation in der Ukraine ein. Die Menschen dort suchten die Annäherung an die EU und wollten nicht unter einem Moskauer Diktat leben, sagte er. „Dafür haben sie die vollste Unterstützung der CDU/CSU-Fraktion“, betonte Schockenhoff. Zugleich machte er deutlich, dass die Zusammenarbeit der EU mit der Ukraine nicht gegen Russland gerichtet sei. „Das

sollten wir Moskau nochmal besser vermitteln“, schlug er vor und stimmte damit der Bundeskanzlerin zu, die vor einem „Entweder/Oder-Szenario“ gewart hatte. Katrin Göring-Eckardt (Bündnis 90/Die Grünen) forderte Bundesaußenminister Frank-Walter Steinmeier (SPD) auf, Klartext gegenüber Russland zu reden, da es ohne eine Modernisierung in dem Land keine Fortschritte bei den Nachbarstaaten geben könne. Zugleich zeigte sich die Grünen-Politikerin skeptisch, ob dies gelingen werde. Schließlich falle der Koalitionsvertrag hinter dem zurück, was der Bundestag unlängst mehrheitlich zur Unterstützung der Zivilgesellschaft beschlossen habe. Sie befand: „Das ist ein europäisches Armutszeugnis“. Götz Hausinger/Annette Sach

## Kein Grund zum Feiern

**BILANZ** Auch wenn die Euro-Krise etwas abgeflaut ist, dauern die Rettungsarbeiten an. 2014 wird ein Jahr des politischen Umbruchs auf dem Kontinent sein

Verglichen mit den Vorjahren hat die Euro-Krise 2013 an Schärfe verloren. Trotzdem mahnt Bundeskanzlerin Angela Merkel (CDU): „Die europäische Staatsschuldenkrise ist ohne Zweifel noch nicht überwunden.“ Die Krisenbewältigung wird auch im kommenden Jahr eine wichtige Rolle auf der europäischen Ebene spielen. Neue Gesetzesinitiativen wird es aus Brüssel im kommenden Jahr nicht geben. Weil im Mai ein neues Europa-Parlament gewählt wird und im November eine neue EU-Kommission antritt, legt die Gesetzesmaschinerie 2014 erst einmal eine Pause ein.

**Hilfe für Zypern** In Brüssel begann 2013 mit einem Generationenwechsel: Der 47-jährige Jeroen Dijsselbloem, in den Niederlanden keine drei Monate als Finanzminister im Amt, übernahm im Januar den Vorsitz der EuroGruppe von dem 59-jährigen Veteranen, Jean-Claude Juncker. Im März 2013 eskalierte die Eurokrise noch einmal: Das Rettungspaket von zehn Milliarden Euro für das kleine Zypern musste nachverhandelt werden. Erst in einer zweiten Sitzung binnen zehn Tagen kam es zu einer Lösung, bei der Anleger mit Einlagen von bis zu 100.000 Euro geschützt waren, wie es europäisches Recht vorsieht. Zypern war nach Griechenland, Irland, Portugal und Spanien das fünfte Land der Eurozone, das Hilfe von außen benötigte. Immerhin gab es in diesem Jahr auch gute Nachrichten aus der Eurozone. Slowenien bekräftigte gerade erst im Dezember, dass es seine angeschlagenen Banken aus eigener Kraft sanieren will. Die größte Erleichterung herrscht in Brüssel über Irland, das am



Auch 2013 mussten die Griechen auf Geheiß der EU eisern sparen. Ihren Unmut darüber brachten sie auf vielfältige Weise zum Ausdruck – wie beim Karneval in Patras mit einem Wagen, auf dem Kanzlerin Angela Merkel (CDU) gezeigt wurde.

15. Dezember als erstes Land der Eurozone ein internationales Rettungsprogramm beendet hat. In Brüssel wird Irlands Weg zurück an die Finanzmärkte als Beweis gesehen, dass der EU-Ansatz zur Krisenbewältigung funktionieren kann. „Das erfolgreiche Ende des irischen Programms ist ein starkes Signal, dass unsere gemeinsame Antwort auf die Krise Ergebnisse erzielt“, betont etwa EU-Währungskommissar Olli Rehn. In anderen Ländern zeigt die EU-Strategie allerdings sehr viel weniger Ergebnisse. Grie-

chenland verschleppt weiter Reformen. Die jüngste Tranche des Rettungspakets, die im Juli ausgezahlt hätte werden sollen, wurde gerade erst frei gegeben, weil das Land die Voraussetzungen wieder einmal nicht erfüllt hat. Im kommenden Jahr steht eine Grundsatzfrage zu Griechenland an: Müssen nach dem Schuldenschnitt der privaten Anleger eventuell auch die öffentlichen Anleger auf einen Teil ihrer Ansprüche verzichten? Die Finanzminister haben bisher geflissentlich ausgeklammert, dass Grie-

chens Schuldenberg immer noch so groß ist, dass ihn das Land nicht wird abtragen können. Ohne Schuldentragfähigkeit wird der Internationale Währungsfonds aber bei der Rettungssaktion nicht an Bord bleiben können. In Portugal ist zwar Fortschritt zu erkennen, aber noch ist nicht klar, ob das Land wie geplant das Hilfsprogramm Mitte 2014 verlassen kann. In diesem Jahr gab es Verunsicherung, weil im Sommer die Regierung zu zerbrechen drohte und das Verfassungsgericht zum vierten Mal die Politik zu

Nachbesserungen bei der Sparpolitik zwang.

2014 wird die Politik zu einem großen Teil damit beschäftigt sein, bestehende Tagesordnungspunkte abzuarbeiten. Ein zentrales Projekt, das es weiterzuführen gilt, ist die Bankenunion. Auf den letzten Metern haben die Finanzminister vergangene Woche in der Nacht vor dem EU-Gipfel eine Grundsatzvereinbarung für die Bankenabwicklung erzielt. Damit stehen nun alle drei Säulen der Bankenunion: Die gemeinsame Aufsicht, die harmonisierten Regeln für die nationale Einlagensicherung und die Abwicklung. Bei der Abwicklung sind allerdings noch Details zu klären, was die Minister bis Februar erreichen wollen. Außerdem gibt es Kritik aus dem Parlament, das noch zustimmen muss.

Bevor die gemeinsame Bankenaufsicht unter dem Dach der Europäischen Zentralbank im Herbst 2014 an den Start geht, werden die Bankenaufsichter zunächst die Bilanzen der rund 130 betroffenen Banken gründlich überprüfen und anschließend einen Stresstest absolvieren. Experten gehen davon aus, dass dabei Lücken in den Kapitaldeckungen der Banken zu Tage kommen. Schätzungen variieren zwischen 50 und 650 Milliarden Euro. Noch ist nicht geklärt, wer in einem solchen Fall einspringt.

Vor den Europa-Wahlen Ende Mai 2014 möchten einige Kommissare gerne noch laufende Dossiers abschließen. Justizkommissarin Viviane Reding treibt die Arbeit an der Datenschutzrichtlinie an. Sie fühlt sich durch den NSA-Skandal bestätigt, dass Europa strengere Regeln zum Datenschutz benötigt. Allerdings hat die Bundesregierung die Brüsseler Pläne bisher blockiert. Daran dürfte sich auch mit einer großen Koalition in Berlin wenig ändern. Die deutsche Energiewende wird 2014 verstärkt aus Brüssel unter Druck kommen. In der letzten Kommissionssitzung vor Weihnachten hat Wettbewerbskommissar Joaquín Almunia

ein Beihilfungsverfahren gegen die Ausnahmen für stromintensive Unternehmen beim Erneuerbare-Energien-Gesetz (EEG) eröffnet, das bis Sommer 2014 abgeschlossen sein könnte. Almunia kritisiert die deutschen Subventionen für Solar- und Windenergie als zu dirigistisch. Energieminister Günther Oettinger (CDU) hat bereits zu verstehen gegeben, dass er die Korrekturen der großen Koalition beim EEG für zu geringfügig hält. Das Thema Energie wird 2014 mit Sicherheit für Konflikte zwischen Berlin und Brüssel sorgen.

**EU-Erweiterung** Im aktuellen Jahr hat die EU mit Kroatien zum ersten Mal seit sechs Jahren ein neues Mitglied aufgenommen. Gleichzeitig hat Island seine Beitrittsambitionen aufgegeben. Die neue Mitte-Rechts-Regierung des Inselstaats hat nach dem Wahlsieg im April Brüssel eine Absage erteilt. Somit wird unwahrscheinlich, dass die EU auf die schnelle wächst. Nach dreijähriger Pause hat Brüssel im November erstmals ein neues Verhandlungskapitel mit der Türkei eröffnet. Aber niemand in Brüssel rechnet mit schnellem Fortschritt – zumal sich in Berlin die Koalitionspartner einig sind, dass die Verhandlungen „ergebnisoffen“ geführt werden sollen. Die Beitrittsgespräche mit Serbien werden im Januar 2014 eröffnet, Albanien muss dagegen weiterhin auf den Kandidatenstatus warten.

2013 haben Europäer und Amerikaner nach langen Diskussionen die Verhandlungen für ein transatlantisches Freihandelsabkommen aufgenommen, von denen sich Europa einen Wachstumsschub von 119 Milliarden Euro erhofft. EU-Handelskommissar Karel de Gucht möchte die Gespräche noch vor Ablauf seines Mandats im Herbst 2014 beenden. Doch dieser Zeitplan erscheint wenig realistisch. Wahrscheinlich wird sein Nachfolger übernehmen müssen. Silke Wettach

Die Autorin ist Korrespondentin in Brüssel.





# »Mitgliederentscheid war falsch«

**KLAUS VON DOHNANYI** Der Sozialdemokrat über die Bildung der Großen Koalition, die Herausforderungen der Zukunft und sein Engagement beim »Konvent für Deutschland«

**Herr von Dohnanyi, ist eine Große Koalition eine gute Lösung?**  
Das hängt von der Situation ab. Es gibt Lagen, in denen eine Große Koalition notwendig ist. Das gilt besonders für Krisensituationen, wie wir sie von 2008 bis 2010 hatten. Damals war die Zusammenarbeit von Union und SPD sehr nützlich. Nur: Gegenwärtig haben wir keine Krise. Darum wäre es vielleicht besser gewesen, Schwarz-Grün wäre zustande gekommen. Aber die Grünen waren dazu offenbar noch nicht bereit.

**Warum bevorzugen Sie ein schwarz-grünes Bündnis?**  
Ich präferiere Schwarz-Grün genauso wie ich ein sozial-liberales Bündnis präferiere. Ich bin der Meinung, beide Parteien, sowohl die Union wie die SPD, brauchen einen Korrekturfaktor auf der anderen Seite. Wir haben sehr gute sozial-liberale Regierungen gehabt unter Willy Brandt und Helmut Schmidt. Auf der anderen Seite bin ich davon überzeugt, dass die Union mit den Grünen grundsätzlich besser dran wäre als mit der FDP, zumal sich letztere Alternative ja diesmal gar nicht stellt.

**Nun also Große Koalition. SPD und Union haben für die Regierungsbildung reichlich Zeit gebraucht ...**  
... ja, aber besser als zu wenig Zeit wie beim Mal davor ...

**... gut, aber könnte das nicht auch ein schlechtes Omen für die gemeinsame Arbeit sein?**  
Nein, gar nicht. Gründliche Vorbereitung ist gewiss besser als zu schnelle Absprachen. Wenn zu schnell über die Dinge hinweggegangen wird, gibt es hinterher nur Streit.

**Ist der SPD-Mitgliederentscheid zum Koalitionsvertrag ein Modell auch für andere Parteien?**  
Das finde ich nicht, denn ich halte diesen Entscheid im Prinzip für falsch. Solche Entscheidungen gehören in die gewählten Gremien, also in das Präsidium, den Parteivorstand oder einen Parteitag. Ich bin grundsätzlich gegen eine Verlagerung zurück an die Menschen, die gerade erst entschieden haben, wer für sie entscheiden soll.

**Das heißt, so wie es Ihr neuer Koalitionspartner gemacht hat, war es der richtige Weg?**  
Das finde ich, ja.

**Und generell? Brauchen wir mehr direkte Bürgerbeteiligung in der Politik?**  
Auf der kleinen Ebene, im lokalen oder vielleicht in den Stadtbezirken: ja. Das muss aber fein justiert und lange geübt werden. Die Schweiz zum Beispiel hat Jahrhunderte gebraucht, um ihr heutiges System zu entwickeln. Je abstrakter nämlich ein Problem ist, je weiter weg die Ebene der Entscheidung, umso problematischer ist es, die Bevölkerung einzuschalten. Dafür leisten die Medien auch heute nicht genug verständliche Information.

**Wir erleben, dass mit der SPD ein Wahlverlierer im Koalitionsvertrag die deutsche**

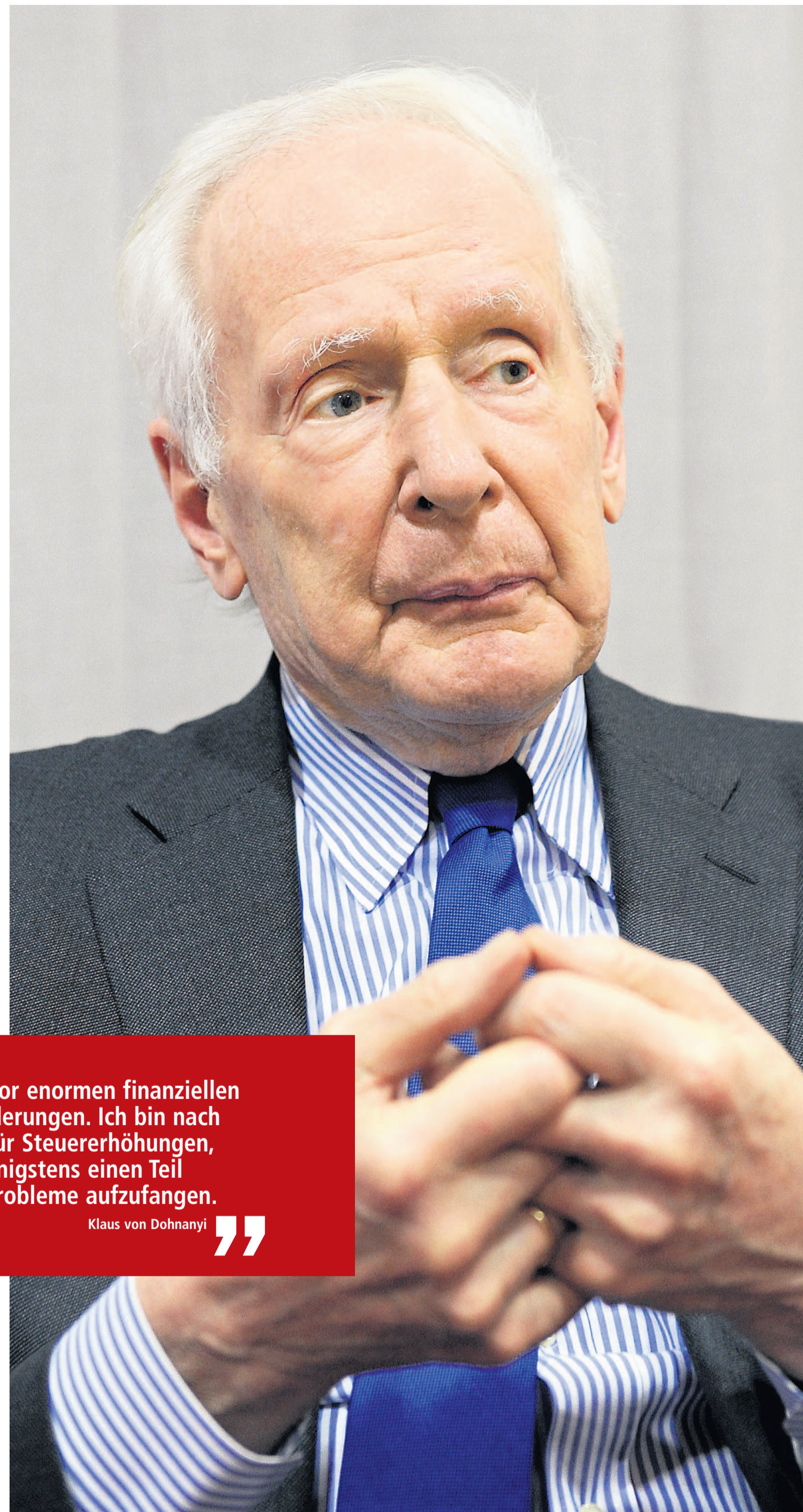
**Politik der nächsten vier Jahre maßgeblich prägt.**  
Die SPD war kein Wahlverlierer, sondern sie hatte weniger Stimmen als die Union. Das ist doch ganz normal: Immer hat einer weniger Stimmen als der andere. Deshalb ist der Schwächere noch lange nicht der Wahlverlierer. Bei der Wahl 2009 war auch die FDP nicht der Wahlverlierer, obwohl sie nur 14 Prozent der Stimmen hatte. Einer ist eben stärker, der andere schwächer, und dann muss es Koalitionen geben.

**Der »Konvent für Deutschland« plädiert für gesellschaftliche Reformen im**

**Land. Nun haben die Deutschen mit dem klaren Votum für die Union und damit für die Kanzlerin eher Kontinuität statt Veränderung gewählt. Ist der Konvent ein einsamer Rufer im Wald?**

Nein, das würde ich nicht sagen. Wir plädieren ja nicht für eine Partei, sondern versuchen Anstöße zu geben für bestimmte, aus unserer Sicht wichtige Fragen. Wir haben das insbesondere im Zusammenhang mit den großen Föderalismusreformen gemacht. Jetzt sind wir sehr stark interessiert an der Frage, welche Zuständigkeiten der Europäischen Union zuzuordnen sind. Was gehört auf die Ebene der Union? Was gehört auf die Ebene der Nationalstaaten? Was gehört auf die Ebene der Länder oder der Kommunen? Es ist das Thema »Subsidiarität«. Diese Frage ist sehr wichtig, weil die Menschen heute das Gefühl verlieren, gut vertreten und behandelt zu werden, wenn die EU über Einzelfragen ihres täglichen Lebens entscheidet.

**Blieben wir beim Föderalismus. Zum Beispiel die Bildung. Sind wir da gut genug aufgestellt?**  
Bildung ist nach dem Grundgesetz Aufgabe der Länder. Im Bildungssektor muss zwischen den Bundesländern also Konkurrenz bestehen. Ich halte deswegen gar nichts von einem Zentralabitur. Wie soll das denn gehen? Wird den Bayern dann vorgeschrieben, sie sollen ihr Abitur wie die Bremer organisieren oder umgekehrt? Das kann doch nicht funktionieren. Man kann gewisse gemeinsame Maßstäbe aufstellen, was zum Beispiel Abiturienten in Mathematik, Deutsch oder Englisch können müssen. Das ist messbar. Aber im Übrigen müssen die Länder unterschiedliche Auf-



„Wir stehen vor enormen finanziellen Herausforderungen. Ich bin nach wie vor für Steuererhöhungen, um wenigstens einen Teil unserer Probleme aufzufangen.“

Klaus von Dohnanyi

fassungen von der Bildungsentwicklung haben dürfen, schon weil auch die Parteien unterschiedliche Vorstellungen haben. Ich bin also für ein hohes Maß an Länderverantwortung und gegen zu starke Einmischung des Bundes. Wenn sich die Kultusminister untereinander abstimmen, ist das gut und etwas anderes, als wenn der Bund sich einbringt.

**Das heißt, Sie begrüßen das Kooperationsverbot, wonach der Bund sich aus Bildungsfragen weitgehend heraushalten muss?**

Ich teile nicht die Stimmen derer, die auf Abschaffung des Kooperationsverbotes drängen, weil ich der Meinung bin, dass in der Vergangenheit die Kooperationsmöglichkeit die Länder korumpiert hat. Ich weiß, dass wir in der Bundesregierung Länder wie das Saarland oder Bremen gelegentlich durch besondere Zuwendung im Bildungsbereich dazu gebracht haben, auf ganz anderen Gebieten im Bundesrat zuzustimmen. Das ist keine gute Sache. Gewiss: Die Länder müssen die notwendigen Mittel für ein gutes Bildungssystem

bekommen. Aber ich bin dagegen, dass der Bund punktuell intervenieren kann, etwa nach dem Motto: Wenn du jetzt bei der Steuerreform nett zu mir bist, dann kriegst du ein Max-Planck-Institut. Das geht nicht.

**Wie ehrlich gehen wir mit den Herausforderungen um, die der demografische Wandel an uns stellt?**  
Nicht ehrlich genug.

**Was heißt das?**

Das heißt, dass wir auf diesem Gebiet sehr schnell vor dramatischen Fragen stehen werden. Bald drängen die geburtenstarken Jahrgänge in die Rente. Dann stehen wir vor enormen finanziellen Herausforderungen, wenn wir die Schuldenbremse einhalten wollen.

**Was ist also zu tun?**

Ich bin nach wie vor für Steuererhöhungen. Ich kann verstehen, dass die Union diesen Schritt nicht gehen wollte. Aber die Steuerquote in Deutschland liegt etwas unter dem Durchschnitt der OECD und ich hätte nichts

gegen eine gewisse Erhöhung an der Spitze, um einen Teil unserer Probleme aufzufangen.

**Nun sieht der Koalitionsvertrag eher Lockerungen in der Rentenpolitik vor. Ist das ein Fehler?**

Grundsätzlich sollten wir an der Rente mit 67 festhalten, auch wenn man begründen kann, dass in Ausnahmefällen ein früherer Renteneintritt ohne Abschläge aus Gerechtigkeitsgründen gewährt werden sollte. Aber ich glaube eher, dass wir in Zukunft länger arbeiten müssen und nicht kürzer.

**Apropos Finanzen: Kann ein Land wie Deutschland, das mehr als zwei Billionen Euro Staatsschulden hat, in Europa glaubwürdig den Schulmeister geben?**

Wir sind ja kein Schulmeister! Außerdem: Die Schulden sind nicht das entscheidende Kriterium. Entscheidend ist, ob Schulden finanzierbar sind. Da unterscheidet sich ein Staat im Prinzip nicht von einem Unternehmen. Wenn ein Unternehmen Anleihen aufnimmt, aber in der Lage ist, damit im Wett-

## ZUR PERSON

In den 1970er Jahren war er Bundesminister für Bildung und Wissenschaft, in den 1980er Jahren Erster Bürgermeister Hamburgs, heute engagiert er sich im »Konvent für Deutschland«. Klaus von Dohnanyi. Der 85-jährige Jurist ist seit 1957 Mitglied der SPD und gehörte von 1969 bis 1981 dem Deutschen Bundestag an. 1976 wurde er als Staatsminister in das Auswärtige Amt berufen. Im »Konvent für Deutschland« ist von Dohnanyi Stellvertreter des ehemaligen Bundespräsidenten Roman Herzog, der als Vorsitzender fungiert. Der Konvent ist ein überparteiliches Gremium mit namhaften Mitgliedern, das die gesellschaftliche Entwicklung kritisch begleitet.

bewerb zu bestehen, dann ist das etwas anderes, als wenn ein Unternehmen schwach auf der Brust ist und hohe Anleihen aufnimmt. Das Zweite ist, dass der deutsche Schuldenberg zu einem erheblichen Teil durch die Wiedervereinigung entstanden ist. Bis 1989 hatte Deutschland eine Schuldenquote von etwa 40 Prozent, die dann durch die Wende auf mehr als 60 Prozent gestiegen ist. Damals habe ich Helmut Kohl immer geraten, Steuern zu erhöhen, und fand es falsch, dass das nicht geschah. Durch die Krise liegen wir jetzt bei einer Schuldenquote von rund 80 Prozent. Das ist eindeutig zu viel. Wenn wir weiter Wachstum zu verzeichnen haben, müssen wir – bei gleichzeitig vernünftiger Arbeitsmarktpolitik – diesen Berg wieder abbauen.

**Glauben Sie, dass der europäischen Gedanke in der deutschen Bevölkerung ausreichend verankert ist?**

Grundsätzlich sicherlich. Wenn die Europäische Kommission sich aber darum kümmert, ob unsere Kloschüssel, Staubsauger oder Glühbirnen die richtigen sind, dann sagen die Leute nachvollziehbar: Nein! Wenn die Europäische Kommission aber eine gemeinsame europäische Außenpolitik betreibt, würden die Leute eine parlamentarische Debatte darüber mit Interesse verfolgen. Gegenwärtig werden aber diese großen Fragen nicht wirklich angefasst. Es geht eben um die Frage: Was muss Europa entscheiden und was bleibt besser bei den sehr verschiedenen Nationalstaaten. Wir im »Konvent für Deutschland« beschäftigen uns sehr intensiv mit diesem Thema »Subsidiarität«.

**Der Stellenwert der Parteien hat in der öffentlichen Wertschätzung kontinuierlich abgenommen. Brauchen wir andere Formen der politischen Organisation?**

Das Internet wird es erzwingen. Aber wir haben gegenwärtig im Vergleich zu anderen Ländern noch immer einen ordentlichen Zustand bei der Akzeptanz von Politik. Wir müssen die neue Medienwelt akzeptieren, dürfen aber nicht Abstand von der repräsentativen Demokratie nehmen. Der »Konvent für Deutschland« plädiert für Volksbegehren oder Volksinitiativen, wodurch die Bevölkerung Themen an die Politik herantragen kann, die dann im Parlament behandelt werden müssen.

**Wie können jüngere Menschen stärker für Politik begeistert werden?**

Vielleicht wenn Politik, jedenfalls ein Teil davon, mehr regionalisiert wäre. Wenn die Leute die Sache verstehen, weil diese sie direkt angeht. Und das trifft ganz besonders auf junge Menschen zu, die gar nicht so politikverdrossen sind, wie oft behauptet wird. ■

Das Interview führten Jörg Biallas und Helmut Stoltenberg.

Weiterführende Links zu den Themen dieser Seite finden Sie in unserem E-Paper





Nelson Mandela (Mitte) tanzte vor Freude, nachdem er 1996 die neue Verfassung unterzeichnen konnte. Sie garantiert allen Bürgern gleiche Rechte und verbietet jede Rassendiskriminierung.

## Bürgerprogramm kann kommen

**EUROPA** Der Bundestag hat mit Ausnahme der Linksfraktion für die Fortsetzung des EU-Programms „Europa für Bürgerinnen und Bürger“ gestimmt. Die Fraktionen von CDU/CSU, SPD und Bündnis 90/Die Grünen votierten am vergangenen Donnerstag für einen entsprechenden Gesetzentwurf der Bundesregierung in der vom Hauptausschuss geänderter Fassung (18/13, 18/177). Damit kann die Bundesregierung einer entsprechenden Verordnung des Europäischen Rates für das EU-Programm zustimmen, das damit mit Beginn 2014 erneut starten kann. Gemäß Artikel 23 Grundgesetz muss eine Zustimmung Deutschlands zu dem Programm vom Bundestag per Gesetz beschlossen werden. Im Rahmen des bisherigen Programms „Europa für Bürgerinnen und Bürger“ werden nach Angaben der Bundesregierung Kommunen, Vereine, Verbände, Bildungseinrichtungen, Forschungsinstitute, Stiftungen, Gewerkschaften und andere zivilgesellschaftliche Organisationen gefördert, die mit ihren Aktivitäten zur Stärkung einer aktiven europäischen Bürgerschaft beitragen. Inhaltliche Schwerpunkte des neuen Programmzeitraums von 2014 bis 2020 sollen die Themen „Europäisches Geschichtsbewusstsein“ und „Demokratisches Engagement und Bürgerbeteiligung“ sein. Das Programm soll aus dem Gesamthaushalt der Europäischen Union finanziert werden. Der Anteil Deutschlands am EU-Budget liegt derzeit bei rund 20 Prozent. *ahelaw*

## Linke will Ende des Bündnisfalls

**AUSWÄRTIGES** Deutschland soll sich dafür einsetzen, den 2001 ausgerufenen Nato-Bündnisfall „umgehend“ zu beenden. Wie die Fraktion Die Linke in einem entsprechenden Antrag (18/202) ausführt, hätten die Voraussetzungen für den Bündnisfall von Beginn an nicht vorgelegen. Der Antrag wurde vergangenen Donnerstag in die Ausschüsse überwiesen. Als „einzige Fraktion im Bundestag“ habe sich die damalige PDS-Fraktion nicht die Begrifflichkeit der „uneingeschränkten Solidarität mit den USA“ zu eigen gemacht. Selbst diejenigen, die die Position vertreten hätten, dass die Angriffe vom 11. September 2001 ein bewaffneter Angriff im Sinne der UN-Charta gewesen seien, könnten zumindest 13 Jahre später nicht mehr „vernünftigerweise“ behaupten, dass eine militärische Reaktion zur Abwehr dieses Angriffs noch erforderlich sei. Das heute noch mit dem Nato-Bündnisfall begründete Mandat „Operation Active Endeavour“ sei schon im letzten Antrag der Bundesregierung (17/11466) politisch nicht mehr mit dem Nato-Bündnisfall begründet worden, schreibt die Fraktion. Wolfgang Gehrecke (Die Linke) bezeichnete die Aufhebung des Nato-Bündnisfalls als „Gebot der Stunde“. Als „sinnvoll und erforderlich“ bezeichnete hingegen der CDU-Parlamentarier Ingo Gädchens die „Operation Active Endeavour“. Der Kampf gegen eine „latente Instabilität“, auch im maritimen Bereich, sei noch lange nicht beendet. „Wachsamkeit ist deshalb notwendig“. Lars Klingbeil (SPD) machte klar, dass man die Überwachung und Aufklärung im Mittelraum nicht ablehne, sondern als „sinnvoll“ empfinde. Lediglich die Rechtsgrundlage sei für die Sozialdemokraten „problematisch“. Omid Nouripour (Bündnis 90/Die Grünen) warf der Linken unter anderem ein „verkrampftes Verhältnis“ zu Einsätzen der Vereinten Nationen vor. *bob*

# Auf den Schultern von Riesen

**SÜDAFRIKA** Nach dem Tod des großen Vorbilds Nelson Mandela schaut das Land mit Sorge in die Zukunft

**W**enn ein Land sich seiner Unterdrückung entledigt, verläuft seine Geschichte oft nach einem vertrauten Muster: Auf die Euphorie der Befreiung und das Versprechen, fortan alles besser zu machen, folgen nicht selten Ernüchterung und Wut. Oft finden die neuen Machthaber das Regieren weit mühsamer als sie anfangs glaubten. Ebenso schwer fällt ihnen die Überwindung der eigenen Vergangenheit. Zumeist zeigt sich erst hier, in der zweiten Phase des Übergangs, wohin sich ein Land nach einer größeren Umwälzung bewegt.

**Korruption** Dies gilt auch für den Wandel Südafrikas von der Apartheid zur Demokratie. Viele Menschen am Kap sind heute bitter enttäuscht über das Ausmaß an Korruption und Inkompetenz der Regierenden – und erinnern sich mit viel Nostalgie der politischen Führer, die das Land vor 20 Jahren von den Weißen übernahmen und die damals noch mehrheitlich dem Gemeinwohl verpflichtet waren. Mit dem Tod des südafrikanischen Gründervaters Nelson Mandela ist nun auch der letzte der großen Widerstandskämpfer aus dieser Generation verschwunden. Seine enttäuschenden Nachfolger Thabo Mbeki und vor allem Jacob Zuma sind zu einer Projektionsfläche für den Verrat und die Ängste geworden, die viele Südafrikaner in dieser zweiten Phase des Übergangs

nun empfinden. Viele begreifen erst jetzt, dass auf das zunächst weltweit bewunderte Land am Kap womöglich doch nicht das Happy End wartet, das seine Bürger nach der friedlichen Überwindung der Apartheid fast automatisch als Belohnung dafür erwartet hatten. Stattdessen werden sie fast täglich daran erinnert, dass sich Stadtverwaltungen und Behörden aber auch staatliche Schulen und Hospitäler heute in einem weit schlechteren Zustand als zum Machtantritt des Afrikanischen Nationalkongress (ANC) vor 20 Jahren befinden und ihm durch den Tod von Nelson Mandela nun auch noch der moralische Kompass abhanden gekommen ist. Während sich die einen in ihrer Verzweiflung an den Mythos der Regenbogennation klammern und die Zustände verklären, beschwören andere nach dem Tod Mandelas düster eine Nacht der langen Messer.

**Bürgergesellschaft** Beides sind Extreme, die wenig mit der Realität am Kap zu tun haben. Sie verdecken, dass zwar nicht die stark angeschlagene Wirtschaft, aber zumindest das politische System am Kap seit dem Rückzug Mandelas im Jahre 1999 gewisse Fortschritte gemacht hat. Das Land hat zwar eine oft schwierige und frustrierende, aber gleichzeitig auch lebendige und deshalb auch hoffnungsvolle Demokratie. Dass es dem ANC bislang nicht gelungen ist, die 1996 verabschiedete und 1997 in Kraft getretene Verfassung des Landes gleich wieder zu unterhöhlen, ver-

dank Südafrika der Widerstandskraft seiner Bürgergesellschaft, allen voran den kritischen Medien aber auch der (noch) unabhängigen Justiz. Beide haben sich in den vergangenen 20 Jahren trotz aller Rückschläge als ein Bollwerk erwiesen, das nicht einfach zu knacken sein dürfte. Auch die Opposition ist am Kap weit lebendiger und bissiger als viele glauben.

**Arroganz der Macht** Diese Erfahrung musste auch Präsident Zuma machen, als er Mitte Dezember ausgerechnet auf der offiziellen Trauerfeier für Nelson Mandela vor den Staatschefs aus aller Welt von den Besuchern ausgebuht wurde. Es war ein klares Indiz dafür, dass die Menschen sich nicht von der Machtarroganz des ANC einschüchtern lassen, sondern ihm vielmehr daran erinnern wollten, dass die Partei die Macht am Kap nur treuhänderisch verwaltet.

Während Nelson Mandela darum wusste und die Verfassung stets respektierte, fühlen sich seine heutigen Nachfolger ihr immer weniger verpflichtet. „Sie wollen die Verfassung nicht nur ändern, sondern sie aushöhlen, ihr Innerstes beseitigen und der Gesellschaft ihre eigenen Vorstellungen aufzwingen“, warnt etwa Barney Mthombeni, ein führender schwarzer Journalist. Genau dies dürfte auch erklären, weshalb viele Südafrikaner nach dem Tod Mandelas mit Sorge in die Zukunft blicken. Nicht wenige befürchten, dass die parlamentarische Demokratie am Kap nur

dank der physischen Präsenz Mandelas überlebt hat – und seinen Tod nun womöglich nicht überdauert. Die Pfiffe und Buhrufe für Zuma auf der offiziellen, in die ganze Welt übertragenen Trauerfeier für Mandela bedeuten noch lange nicht, dass Zuma in Kürze abgelöst oder sein ANC bei den Wahlen im nächsten Jahr gar die Macht verlieren wird. Vor allem letzteres erscheint schon wegen der Aura des ANC als Befreier praktisch als ausgeschlossen. Dennoch dürfte es für viele Südafrikaner ein befreiendes Gefühl ge-

wesen sein, mitten in der Trauer um ihren verstorbenen Volkshelden gespürt zu haben, das sie nicht mehr nur auf Nelson Mandela angewiesen sind, sondern das Schicksal ihres Landes als mündige, emanzipierte Bürger selbst in der Hand haben. Es ist eine Einsicht, die vieles verändern könnte – und auf die Mandela gewiss stolz gewesen wäre. *Wolfgang Drechsler*

Der Autor ist seit 1995 Afrika-Korrespondent der Tageszeitung „Handelsblatt“ in Kapstadt.

### STICHWORT

#### SÜDAFRIKA – Präsidialdemokratie mit föderalen Elementen

**> Parlament** Das Parlament gliedert sich in zwei Kammern: Die Nationalversammlung setzt sich aus 400 Abgeordneten zusammen. Gewählt wird alle fünf Jahre, die nächste Abstimmung ist in der ersten Jahreshälfte 2014. Der Nationalrat der Provinzen hat 90 Mitglieder. Größte Fraktion in beiden Häusern ist der African National Congress (ANC), stärkste Oppositionskraft die Demokratische Allianz (DA).

**> Föderalismus** Die neun Provinzen verfügen über eigene Parlamente und Regierungen, sie sind jedoch weniger eigenständig als die deutschen Bundesländer.

**> Präsident** Die Nationalversammlung wählt alle fünf Jahre den Präsidenten – als Staatsoberhaupt und als Regierungschef. Derzeitiger Präsident ist Jacob Zuma vom ANC (Bild).



Anzeige

**DAS WILL ICH LESEN!**

Mehr Information.  
Mehr Themen.  
Mehr Hintergrund.  
Mehr Köpfe.  
Mehr Meinung.  
Mehr Parlament.\*

Bestellen Sie unverbindlich vier kostenlose Ausgaben. Lieferung immer montags druckfrisch per Post.

Telefon 059-7501253  
parlament@fs-medien.de  
www.das-parlament.de

## Wettlauf um den Chefposten beim Europarat

**EUROPARAT** Ex-Justizministerin Leutheusser-Schnarrenberger fordert im Straßburger Parlament Generalsekretär Jagland heraus

In seiner Schlussphase hat das schwarz-gelbe Kabinett noch einen Stein ins Wasser geworfen, der seither beim Europarat die Wellen hochschlagen lässt: Mit der öffentlichkeitswirksamen Benennung Sabine Leutheusser-Schnarrenbergers als Kandidatin für die im Juni 2014 anstehende Kür des Generalsekretärs durch die Parlamentarische Versammlung nahm der Wahlkampf um den Chefposten beim Staatenbund schon jetzt Fahrt auf. Die Ex-Justizministerin tritt gegen den norwegischen Amtsinhaber Thorbjörn Jagland und den Franzosen Jean-Claude Mignon an, den Präsidenten des Straßburger Abgeordnetenhauses mit 318 Delegierten aus den Parlamenten der 47 Europaratsländer. Öffentlich halten sich die Aspiranten noch zurück. Doch in den Kulissen des Palais de l'Europe haben die Positionskämpfe begonnen. Von einem „offenen Rennen“ spricht Christoph Strässer (SPD), stellvertretender Leiter der Bundestagsdelegation in Straßburg. Der Generalsekretär soll dem

Staatenbund, der sich für freiheitliche Rechtsstaatlichkeit engagiert, international Geltung verschaffen, besonders gegenüber der EU. Als Amtsinhaber ist Jagland im Vorteil, zumal er als Präsident des Friedensnobelpreis-Komitees über Reputation verfügt. Die Straßburger Bilanz des Osloer Ex-Premiers mutet jedoch durchwachsen an. In nationalen Hauptstädten ist er oft präsent. Beim Versuch, im ukrainischen Machtkampf zu vermitteln, mischte er an vorderster Front mit. Indes herrscht im Europaratsparlament eine gewisse Unzufriedenheit. Jagland sei es nicht gelungen, den Staatenbund „wirklich sichtbar zu machen“, sagt Strässer. Vor allem steht Straßburg immer noch im Schatten Brüssels. Unter dem Norweger gab es zwar Fortschritte beim geplanten Beitritt der EU zur Menschenrechtscharta des Europarats, womit sich Brüssel der Rechtsprechung des Menschenrechtsgeschichtshofs unterwerfen würde – vollzogen ist dieser Schritt aber immer noch nicht. Mignon kann mit seinem Gewicht als Präsident des Abgeordnetenhauses punkten. Doch dabei geht es um interne Machtfragen beim Staatenbund. Trotz vieler Reisen auf dem Kontinent zog der Franzose in der internationalen Politik noch nicht viele einprägsame Spuren.

Leutheusser-Schnarrenberger war seit 2009 als Mitglied des Rats der EU-Justizminister international auf dem Feld der Rechtspolitik präsent, der Domäne des Straßburger Staatenbunds. Vor 2009 gehörte die FDP-Politikerin dem Europaratsparlament an, wo sie sich etwa als Berichterstatterin für den Fall des inzwischen durch Russlands Präsident Putin begnadigten Michail Chodorkowski

mit Kritik an den fragwürdigen Methoden der russischen Justiz profiliert hat. Mit der Liberalen würde eine Anwältin von Bürgerrechten auf den Straßburger Chefposten rücken, die zum Beispiel hartnäckig Widerstand gegen die Vorratsdatenspeicherung geleistet hat, auch gegenüber der EU. Im Falle einer Wiederwahl Jaglands für eine zweite fünfjährige Amtsperiode säße

dann 15 Jahre lang ein Sozialdemokrat an der Spitze des Staatenbunds – auch Jaglands britischer Vorgänger Terry Davis war Labour-Politiker. Dies könnte gegen den Norweger sprechen. Mignon gehört als Konservativer der größten Fraktion im Parlament an, die von der EVP gestellt wird. Die kleine liberale Fraktion nützt Leutheusser-Schnarrenberger wohl nicht viel. Offen aber ist, in welchem Maße parteipolitische Präferenzen überhaupt eine Rolle spielen.

**Erbitterter Machtkampf** Das Ministerkomitee, in dem die Botschafter der 47 Außenminister vertreten sind, wird für die parlamentarische Abstimmung im Juni eine Liste unterbreiten – wobei dieses Gremium alle drei Kandidaten präsentieren, aber auch einen Namen streichen kann. Bei der Kür Jaglands 2009 hatte ein erbitterter Machtkampf zwischen Abgeordneten und Ministerkomitee den Staatenbund monatelang gelähmt, weil die Botschafter bei ihrer Vorauswahl zwei Bewerber aus den Reihen der Volksvertreter ausgeteilt hatten. Sollten die Außenministerien eine parlamentarische Mitbestimmung bei der Kandidatenliste erneut verweigern, warnt Strässer, dann werde es zu einem Konflikt kommen, „der den Streit von 2009 in den Schatten stellt“. *Karl-Otto Sattler*



Die Kandidaten Leutheusser-Schnarrenberger, Jagland und Mignon (von links)

**D**er Bundesrechnungshof (BRH) hat keine für die Entlastung der Bundesregierung wesentlichen Abweichungen zwischen den in den Rechnungen und in den Büchern aufgeführten Beträgen im Haushaltsjahr 2012 festgestellt. Dies geht aus den Bemerkungen des Bundesrechnungshofes 2013 zur Haushalts- und Wirtschaftsführung des Bundes (einschließlich der Feststellungen zur Jahresrechnung 2012) hervor, die der BRH jetzt als Unterrichtung (18/111) vorgelegt hat. Im Haushaltsvollzug hätten die Gesamtausgaben im Jahr 2012 mit 306,8 Milliarden Euro um 4,8 Milliarden Euro unter dem Soll gelegen, heißt es weiter. Die Einnahmen (ohne Nettokreditaufnahme und Münzeinnahmen) hätten um 0,8 Milliarden Euro höher gelegen als veranschlagt. Die Nettokreditaufnahme habe den geplanten Wert mit insgesamt 22,5 Milliarden Euro um 5,6 Milliarden Euro unterschritten.

**Schuldenregel eingehalten** „Die seit dem Jahr 2011 geltende neue verfassungsrechtliche Schuldenregel wurde eingehalten“, schreibt der BRH weiter. Der Bestand an eingegangenen Verpflichtungen habe bei 123,6 Milliarden Euro gelegen. Ende des Jahres habe der Bund und seine Sondervermögen Gewährleistungen von 462,6 Milliarden Euro übernommen. Das erfasste Vermögen des Bundes einschließlich seiner Sonder- und Treuhändervermögen habe 215 Milliarden Euro betragen. Die Schulden des Bundes (einschließlich Versorgungs- und Beihilfeverpflichtungen) lagen laut BRH 2012 bei rund 1,7 Milliarden Euro. Im Jahr zuvor lagen die Schulden noch bei 1,61 Milliarden Euro. Der BRH stellt fest, dass die Regierung im Jahr 2015 die Neuverschuldung auf Null zurückfahren will und für 2016 und 2017 ansteigende Haushaltsüberschüsse einplant. „Diese günstigen Haushaltseckwerte beruhen weitgehend auf verringerten Ansätzen bei den Zinsausgaben, auf höheren Steuereinnahmeerwartungen sowie auf niedrigeren Arbeitsmarktausgaben“, schreibt der BRH. Diese verbesserten Haushaltseckwerte würden ohne zusätzliche Konsolidierungsanstrengungen erreicht. Nach Einschätzung des BRH gibt es jedoch eine Reihe von Belastungen, Planungsrisiken und Schätzungsunsicherheiten, die die günstige Haushaltslage des Bundes mit dem ab dem Jahr 2015 vorgesehenen Verzicht auf eine Neuverschuldung beeinträchtigen könnten. Dazu gehören vor allem die finanziellen Auswirkungen der europäischen Staatsschuldenkrise sowie weitere finanzielle Zugeständnisse des Bundes an die Länder. Der BRH rät deshalb dem Bund, die weiterhin stabilen wirtschaftlichen Rahmenbedingungen zu nutzen, um dem Abbau seines Defizits und die Verringerung der „hohen“ Schuldenstandsquote voranzutreiben.

**Steuerverschwendungen** In seinen Prüfbermerkungen, mit denen sich der Rechnungsprüfungsausschuss des Bundestages im kommenden Jahr beschäftigen wird, listet der BRH auf 340 Seiten zudem wieder Steuerverschwendungen des Bundes in Milliardenhöhe auf. So hat das Straßenbaumamt einer bayerischen Gemeinde für 900.000 Euro eine Lärmschutzwand geplant, die die Einwohner von dem Lärm einer vielbefahrenen Straße schützen sollte. Dabei hatten die Planer nicht bedacht, dass durch das Wohngebiet auch noch eine Bahnstrecke führt, deren Züge noch mehr Lärm machen als die Autos auf der Straße. Gegen den Bahnlärm sollte die Wand jedoch nicht schützen. Der BRH kritisiert, dass es dort bisher noch immer kein funktionierendes Lärmschutzkonzept gebe. Die Prüfer haben auch die Bundesstraße B 207 im Visier, die sich auf der deutschen



Der Bundesrechnungshof will bei der Anbindung an die Fehmarnsundbrücke 22 Millionen Euro sparen.

# Laxe Kontrollen

**HAUSHALT** Der Bundesrechnungshof listet die Vergeudung von Steuergeldern in Milliardenhöhe auf

Seite an die Fehmarnbeltquerung in Richtung Dänemark anschließt. Sie soll vierstreifig mit Standstreifen ausgebaut werden. Allein auf den Standstreifen würden Kosten von 22 Millionen Euro entfallen. Aus Sicht des BRH würden Nothaltebuchten ausreichen, zumal die B 207 auf der Fehmarnsundbrücke nur zweispurig ausgebaut sei. Der BRH erwähnt auch eine geplante Verkehrsbeeinflussungsanlage auf der Autobahn A 1 bei Lübeck, die 2,3 Millionen Euro kosten soll. Hier kritisierten die Prüfer, dass die Kosten zu niedrig und der Nutzen zu hoch angesetzt worden seien. Insgesamt hätte die Anlage weder den Verkehrsfluss noch die Sicherheit verbessert. Deshalb wird sie nach dem Einschreiten der BRH nun nicht gebaut.

Den Überblick über ihr Material hat nach Recherchen der Rechnungsprüfer die Bundeswehr teilweise verloren. So sei es der Bundeswehr auch nach nunmehr 20 Jahren nicht gelungen, den Verbleib von an Universitäten und Instituten für Forschungszwecke verliehenem Material lückenlos nachzuweisen. Eine Prüfung habe danach zuletzt ergeben, dass Material im Gesamtwert von 92 Millionen Euro nicht mehr zugeordnet werden konnte. Neben unsinnigen Investitionen, Fehlplanungen und mangelhaften Kontrollen kritisiert der BRH auch Nachlässigkeiten beim Eintreiben von Steuern. So würden kriminelle Unternehmen den Kauf von sogenannten Firmenmänteln noch immer für Umsatzsteuerbetrug nutzen. Dies könnte

verhindert werden, wenn der Fiskus frühzeitig auf Umsatzsteuer-Voranmeldung bestehen würde. Steuerausfälle in Millionenhöhe könnten ebenfalls vermieden werden, wenn steuerpflichtige Leistungen von Ärzten besser erfasst würden. Ärzte würden zunehmend umsatzpflichtige Leistungen wie kosmetische Operationen, Faltenbehandlung, das Entfernen von Tätowierungen und Zähne bleichen erbringen. Diese Leistungen würden von den Finanzämtern häufig nicht erkannt. Außerdem kritisieren die Rechnungsprüfer, dass es seit 2009 keinen aussagekräftigen Jahresabschluss für den Gesundheitsfonds mit Ausgaben von bis zu 189 Milliarden Euro gebe. Hier müsse ein unabhängiger Experte beauftragt werden.

## »Eine nachhaltige Säule«

**STIFTUNGEN** Generalsekretär Hans Fleisch setzt auf Politik

**Herr Professor Fleisch, was ist eigentlich der Bundesverband Deutscher Stiftungen?**  
Der 1948 gegründete Bundesverband Deutscher Stiftungen ist die Interessensvertretung der gemeinnützigen Stiftungen gegenüber Politik, Verwaltung und Öffentlichkeit in Deutschland. Außerdem steht der Bundesverband den Stiftungen mit Service, Beratung und der Schaffung von Plattformen zur Verfügung. Zudem ist Zweck des Bundesverbandes die Förderung des bürgerschaftlichen Engagements, insbesondere des Stiftens. Ungefähr 70 Prozent des gemeinnützigen Stiftungskapitals sind im Bundesverband organisiert. Er ist der mit Abstand größte Stiftungsverband Europas.

**In Deutschland gibt es mittlerweile fast 20.000 gemeinnützige Stiftungen. Allein seit der Jahrtausendwende sind 11.000 Neugründungen zu verzeichnen. Ist dieser Stiftungsboom ein Modetrend?**

Die Zivilgesellschaft wächst weltweit. Und Stiftungen sind ein besonderer Teil der Zivilgesellschaft. Sie zeichnen sich durch Nachhaltigkeit aus und bieten Möglichkeiten, die andere Initiativen, übrigens auch Vereine, so nicht haben. Die Stiftungslandschaft wächst regional unterschiedlich. In Deutschland ist die Dynamik bei den Gründungen besonders hoch. Das liegt vor allem am stiftungsfreundlichen Klima, das durch Verbesserungen der Rahmenbedingungen in den vergangenen Jahren beflügelt worden ist. Die Zahl der Neugründungen ist übrigens nicht das einzige entscheidende Kriterium für die Entwicklung der Stiftungslandschaft. Wichtig ist, dass immer mehr Menschen bereit sind, gemeinnütziges Zukunftskapital in Stiftungen, auch durch Zustiftungen, aufzubauen. Staat und Wirtschaft werden die gesellschaftlichen Herausforderungen ohne bürgerschaftliche Aktivitäten nicht lösen können. Und Stiftungen sind eine nachhaltige Säule für solche Aktivitäten.

Probleme zu bewältigen sind, stärker geschätzt. Bürgermeister wissen, dass in den Kommunen ohne Stiftungen vieles zusammenbrechen würde.

**Jede dritte Stiftung hat sich sozialen Aufgaben verschrieben. Lässt der Staat da eine zu große Lücke?**

Wenn Menschen eine Stiftung gründen, wollen sie etwas nachhaltig unterstützen, was ihnen wichtig ist. Mitmenschlichkeit, also die Sorge um soziale Fragen, ist dabei am häufigsten das treibende Motiv. Die meisten Zukunftsherausforderungen können nicht rein staatlich oder durch die Wirtschaft gelöst werden. Darum sind Stiftungen und andere zivilgesellschaftliche Organisationen als Ergänzung notwendig und chancenreich.

**Wie wirkt sich das niedrige Zinsniveau auf das Stiftungskapital aus?**

Die Idee des Stiftens hat darunter nicht wirklich gelitten, die Dynamik beim Stiften hält an. Von ganz wenigen Ausnahmen abgesehen, ist auch keine bereits existierende Stiftung in ihrer Existenz substantiell gefährdet. Es gibt eine Reihe von großen Stiftungen, die haben trotz der niedrigen Zinsen überproportionale Einnahmen, weil sie ihr Geld längst differenzierter anlegen. Die breite Masse der eher kleinen Stiftungen aber setzt traditionell auf festverzinsliche Wertpapiere. Da schlägt derzeit die kalte Enteignung zu wie beim Sparer.



Hans Fleisch, Chef des Stiftungsverbandes

**Können Stiftungen Geld sichern, gar verdienen?**

Stiften ist ein Akt des Schenkens. Zunächst verliert man also Vermögen beim gemeinnützigem Stiften, auch wenn der Staat das Spenden und Stiften steuerlich bis zu einer gewissen Grenze honoriert. Wer stiftet, damit hierzulande nicht finanziell profitieren. Aber man kann zusätzliche positive wirtschaftliche Effekte zugunsten des Gemeinwohls erzielen und zum Beispiel ein Unternehmen durch Einbringung in eine Stiftung sichern. Bosh ist da ein Beispiel.

**Sie sagen, die Rahmenbedingungen sind in Ordnung. Sie haben also keine Forderungen an die Politik?**

Die Rahmenbedingungen für das Stiften und für gemeinnützige Stiftungen sind in den letzten Jahren gesetzlich mehrfach verbessert worden. Dafür gebührt der Politik Dank. Wir haben in Deutschland aber noch eine Reihe von Einzelregelungen, die unsinnig und erschwerend sind. Ich erwarte von der Politik, dass sie die weitere Optimierung der gesetzlichen Rahmenbedingungen und die sonstige Förderung des bürgerschaftlichen Engagements als chancenreiche Dauerbaustelle begreift.

**Wie fühlen Sie sich im Koalitionsvertrag der neuen Regierung aufgehoben?**

Der Stellenwert des bürgerschaftlichen Engagements ist im Vergleich zu vorherigen Koalitionsvereinbarungen deutlich abgesunken. Das Thema Stiftung taucht nur am Rande auf, das Leitbild Bürgergesellschaft ist aus der Koalitionsvereinbarung praktisch ganz verschwunden. Und doch sind wir nicht völlig enttäuscht. Denn es kommt darauf an, was daraus gemacht wird.

**Verkennt der Staat die Bedeutung der Stiftungen?**

Auf Bundesebene, von Ausnahmen abgesehen, ist das leider so. Zivilgesellschaftliche Aktivitäten werden in den Bundesländern und Kommunen, also dort, wo die meisten

**Sind Stiftungen Steuermodelle?**

In Deutschland nicht. Wer Steuern sparen und davon privat profitieren will, muss mit stiftungsähnlichen Konstruktionen ins Ausland gehen. Dort geht das unter bestimmten Voraussetzungen. In Deutschland wiegen die Steuerersparnisse den finanziellen Einsatz beim Stiften niemals auf.

**50.000 Euro gelten als Mindestvermögen zur Anerkennung einer rechtsfähigen eigenständigen Stiftung. Wer weniger hat, kann sich also nicht engagieren?**

Doch, natürlich. Kleinere Summen lassen sich ja immer spenden. Zudem kann man sich mit überschaubaren Beträgen mit anderen gemeinsam stifterisch engagieren, zum Beispiel in einer Bürgerstiftung. Das wesentliche Kriterium für eine eigenständige Stiftung ist, dass sie aus ihren Erträgen dauerhaft den Stiftungszweck erfüllen können muss. Das ist selbst bei 50.000 Euro nicht immer gewährleistet.

Das Interview führte Jörg Biallas.

Weiterführende Links zu den Themen dieser Seite finden Sie in unserem E-Paper



Anzeige

Das Web-Adressbuch für Deutschland 2014  
m.w. VERLAG

## „Die besten Geheimtipps aus dem Internet“

Brigitte

Mit neuem Special-Kapitel: Aktuelle Trends im Netz!

„Das bessere Google.“  
**AUGSBURGER ALLGEMEINE**

„Unverzichtbares Standardwerk.“  
**MÜNCHNER MERKUR**

„Die Alternative zu Google & Co.“  
**HAMBURGER ABENDBLATT**

„Eine Alternative für alle, die von Google-Suchergebnissen frustriert sind.“  
**COMPUTER BILD**

„Jeder findet darin garantiert Websites, die er noch nicht kannte.“  
**STUTTGARTER ZEITUNG**

„Konkurrenz für Google und Co. in Buchform.“  
**SAARBRÜCKER ZEITUNG**

„Alle Seiten sind gut sortiert und qualitätsgeprüft. Das kann die Suchmaschine so nicht bieten.“  
**FRANKFURTER NEUE PRESSE**

„Das Web-Adressbuch ist inzwischen zum Standardwerk geworden und sollte seinen Platz neben dem Duden und dem Lexikon finden.“  
**BERLINER MORGENPOST**

„Für viele dürfte das Buch für eine überraschende Erkenntnis sorgen: Google ist nicht allwissend!“  
**OFFENBURGER TAGEBLATT**

„Das besondere an den Web-Adressen ist, dass es oft solche sind, die man bei Google nicht ganz oben auf der ersten Seite der Suchergebnisse findet.“  
**BILD.de**

„Wer sich durch die Themengebiete treiben lässt, der findet immer neue gut gemachte Web-Seiten, die Google & Co. nicht als Treffer anzeigen.“  
**BAYERN 3**

„Bewiesen wird erneut, dass Google nicht alles kennt und dass die gezielte Suche auf bedrucktem Papier schneller zum Ergebnis führen kann, als das Durchprobieren im Treffer-Wust von Suchmaschinen.“  
**THÜRINGISCHE LANDESZEITUNG**

**Auch als E-Book erhältlich! Infos unter: [www.web-adressbuch.de](http://www.web-adressbuch.de)**

704 Seiten • viele farbige Abbildungen • Überall im Buch- und Zeitschriftenhandel erhältlich • 17. Auflage • ISBN 978-3-934517-43-1 • € 16,90







Dr. Angela Merkel, CDU/CSU, Bundeskanzlerin:

## Ein kleiner Beitrag für ein gerechteres Europa



Angela Merkel (\*1954)  
Bundeskanzlerin

Das ist meine dritte Amtszeit als Bundeskanzlerin der Bundesrepublik Deutschland mit einer Regierungserklärung zu Europa eröffne, das ist nicht allein Folge der Terminlage, sondern das ist vor allem Ausdruck einer neuen Realität.

Erstens zeigt sich daran, dass zwischen Europapolitik und Innenpolitik heute kaum noch sinnvoll unterschieden werden kann. Dies gilt umso mehr, weil wir eine Wirtschafts- und Währungsunion haben, in der nationale Entscheidungen jeweils Auswirkungen auf alle anderen Mitgliedstaaten der Währungsunion und den gesamten Euro-Raum haben.

Zweitens drücken sich darin die größeren Informations- und Mitwirkungsrechte des Deutschen Bundestages in der Europapolitik und die gewachsene Rolle der nationalen Parlamente in ganz Europa aus.

Drittens ist dies eine Folge der gestiegenen Verantwortung Deutschlands für unseren ganzen Kontinent. Heute im Bundestag über Europa zu sprechen, das bedeutet auch, über die Rolle Deutschlands in der Europäischen Union zu reden.

Die Bundesregierung der Großen Koalition will, dass Deutschland als Gründungsmitglied der Europäischen Union weiterhin eine verantwortungsvolle und integrationsfördernde Rolle in Europa wahrnimmt. Für die Große Koalition ist und bleibt das europäische Einigungswerk eine der wichtigsten Aufgaben dieser Legislaturperiode.

Wir wollen, so sagt es der Koalitionsvertrag, Deutschlands Zukunft gestalten, und wir wollen Europas Zukunft mitgestalten.

Dass ich meine dritte Amtszeit mit einer Regierungserklärung zu Europa beginnen darf, freut mich auch deshalb

sehr, weil wir am Ende des Jahres 2013 feststellen können: Europa ist auf dem Weg zu Stabilität und Wachstum ein gutes Stück vorangekommen. Das Jahr 2013 war ereignisreich, es war arbeitsreich, und es war auch erfolgreich für Deutschland und für Europa. Europa konnte in diesem Jahr auf den Fortschritten der Vorjahre aufbauen, und Europa kann die ersten Früchte ernten – ich betone allerdings: die ersten.

Erstens. Wir haben weitere Fortschritte gemacht, um die Euro-Zone zu stabilisieren und das Funktionieren der Wirtschafts- und Währungsunion zu verbessern. Unser permanenter Europäischer Stabilitätsmechanismus, der ESM, funktioniert. Es zeigt sich, dass das Konzept „Hilfe gegen Strukturreformen und Haushaltskonsolidierung“ wirkt. Wir haben die wirtschafts- und haushaltspolitische Überwachung fortentwickelt. Wir haben mit dem Fiskalvertrag eine Grundlage für solides Haushalten in Kraft gesetzt. Wir haben beschlossen, eine engere wirtschaftspolitische Koordinierung einzuführen, und wir haben die gemeinsame Währung attraktiv gehalten: Zum 1. Januar 2014 wird Lettland das 18. Mitglied der Euro-Zone werden.

Zweitens. Wir haben erhebliche Fortschritte gemacht, um ein solides und verantwortungsvolles Finanzsystem zu schaffen. Die europäische Bankenaufsicht wurde auf den Weg gebracht. Auf diese Weise werden wir Fehlentwicklungen im Bankensektor künftig frühzeitig aufdecken und besser korrigieren können, also bevor Gefahren für die gesamte Euro-Zone auftreten. Im Bereich der Finanzmärkte werden zahlreiche Tätigkeitsfelder neu oder verschärft reguliert. Dies gilt zum Beispiel für die Vorschriften zum Eigenkapital der Banken.

Drittens. Wir haben erhebliche Fortschritte gemacht, um ein politisch und wirtschaftlich starkes, modernes und sozial gerechtes Europa zu schaffen. Mit dem Haushalt der Europäischen Union, der gemäß der Einigung für die Jahre 2014 bis 2020 in Höhe von rund 1 Prozent der Wirtschaftsleistung der EU liegen wird, das heißt rund 1 Billion Euro, haben wir einen entscheidenden – Hebel für Zukunftsinvestitionen, für Investitionen in Wachstum, Beschäftigung und Forschung. So können wir zum Beispiel die strukturellen Maßnahmen in den Mitgliedstaaten mit nationalen Mitteln und europäischer Unterstützung unterle-

gen. Damit können wir zum Beispiel die Bekämpfung der Jugendarbeitslosigkeit auf eine neue Grundlage stellen. Wir haben dazu auch entsprechende Gipfel in Berlin und Paris durchgeführt. Die Frage der Beschäftigung von jungen Menschen in Europa wird auch in den nächsten Jahren eine der zentralen Herausforderungen sein. Wir wissen: Durch Geld allein kann die Förderung der Jugendbeschäftigung nicht gelingen. Unser Ziel ist es deshalb auch, durch Erfahrungsaustausch mögliche erfolgversprechende Konzepte in ganz Europa zu verankern. Das gilt insbesondere für die duale Ausbildung; mit dieser hat Deutschland ein herausragendes Konzept, um jungen Menschen dauerhaft Arbeit zu geben. Dieses Konzept werden wir im europäischen Austausch weiter verbreiten.

Wir sind überzeugt: Europas Reichtum liegt im Wissen und Können seiner Menschen. Wir haben uns deshalb dafür eingesetzt und auch erreicht, dass im neuen Finanzrahmen für die Europäische Union die Ausgaben für Wettbewerbsfähigkeit und Forschung, wie es dort heißt, gegenüber rund 91,5 Milliarden Euro in der aktuellen Periode auf rund 125,6 Milliarden Euro ansteigen. Das ist eine Steigerung um 37 Prozent. Auch die Ausgaben für das Forschungsprogramm Horizon 2020 und das Mobilitätsprogramm Erasmus+ werden gegenüber dem Jahr 2013 noch einmal real zunehmen. Bei Erasmus+, dem Austauschprogramm für junge Menschen, wird die Zunahme sogar 40 Prozent betragen. Damit unterstützen wir europäisch den wichtigen Trend, auf der Ebene der Mitgliedstaaten die Ausgaben für Forschung und Entwicklung zu steigern. In Deutschland haben wir im Jahr 2012 mit 79,5 Milliarden Euro ein Rekordniveau bei den Forschungsinvestitionen erreicht. Wir haben damit einen Anteil der Forschungsinvestitionen am Bruttoinlandsprodukt von 2,98 Prozent erreicht, das heißt, wir haben das 3-Prozent-Ziel, das für ganz Europa gelten soll, fast geschafft. Das ist ein großer Erfolg.

Wir haben auch eine neue Struktur- und Forschungsförderung beschlossen. Sie erhält mit der makroökonomischen Konditionalität eine neue Dimension.

Das hört sich sehr technisch an; das heißt aber nichts anderes, als dass es Auswirkungen auf die Vergabe von Strukturfondsmitteln haben kann, wenn Länder die Empfehlungen zur Entwicklung der Wettbewerbsfähigkeit, die seitens der Europäischen Union, der Kommission selbst, gegeben werden, nicht einhalten. Ich glaube, das verschärft und verbessert die notwendigen Überwachungsmechanismen und ist deshalb eine gute Weiterentwicklung.

Wir haben im Juni 2012 einen Wachstums- und Beschäftigungspakt beschlossen – viele werden sich erinnern – und zum Beispiel die hierfür bereitstehenden Mittel bei der Europäischen Investitionsbank um 10 Milliarden Euro aufgestockt. Am Freitagvormittag wird dann der Chef der Europäischen Investitionsbank, Herr Hoyer, uns Bericht erstatten, was mit diesem Geld in Richtung Wachstum und Beschäftigung jetzt schon auf den Weg gebracht wurde.

Viertens. In diesem Jahr wurden weitere erhebliche Fortschritte gemacht, um durch Strukturreformen

### Für die Große Koalition ist das europäische Einigungswerk eine der wichtigsten Aufgaben.

und Haushaltskonsolidierung auf nationaler Ebene die Wettbewerbsfähigkeit einzelner Mitgliedstaaten zu verbessern. Die europäische Staatsschuldenkrise ist ohne Zweifel noch nicht überwunden – das kann man nicht oft genug betonen –, aber wir sehen erste Ergebnisse. Und wir sind überzeugt: Sie kann dauerhaft überwunden werden. Die Europäische Kommission hat jetzt in ihrer Herbstprognose zum ersten Mal deutliche Zeichen für einen vorsichtigen Beginn der wirtschaftlichen Erholung gesehen. Bei allen Problemen, die wir noch haben, sind das doch, wie ich glaube, gute Nachrichten. Auch die außenwirtschaftliche Situation des Euro-Raums als Ganzes hat sich verbessert. Wir haben in einzelnen Ländern zum ersten Mal seit langem wieder Leistungsbilanzüberschüsse.

Mit Irland und Spanien haben wir zwei Länder, die Früchte ihres Reformkurses ernten können: Sie können die europäischen Hilfsprogramme verlassen. Das zeigt, dass in diesen Ländern wirklich viel passiert ist; ich kann hier zu nur gratulieren.

Wir sehen auch in Portugal positive Entwicklungen. Auch in den Programmländern Zypern und Griechenland gibt es eine ganze Reihe von Fortschritten. Der Grundsatz, dass Solidarität und Eigenverantwortung zusammengehören, hat sich damit bei der Krisenbewältigung als richtig erwiesen.

Meine Damen und Herren, so erfreulich die Fortschritte auf dem Weg

zu mehr Stabilität und Wachstum auch sind, so sehr müssen wir uns doch darüber im Klaren sein, dass der Aufschwung alles andere als schon garantiert ist. Das heißt, wir müssen durch Vorsorgepolitik die Ursachen beseitigen, die zu dieser Situation der Europäischen Union und des Euro-Raums geführt haben. Die Ursachen sind vielfältig. Sie reichen von einer übermäßigen Verschuldung einzelner europäischer Staaten über Defizite bei der Wettbewerbsfähigkeit, wirtschaftliche Ungleichgewichte und natürlich gravierende Fehlentwicklungen auf den Finanzmärkten bis hin zu Konstruktionsmängeln der gesamten Europäischen Wirtschafts- und Währungsunion. Deshalb werden wir uns als Bundesregierung weiter für einen umfassenden politischen Ansatz einsetzen; es gibt nicht die eine Maßnahme, mit der man krisenhafte Entwicklungen überwindet. Unser Ziel dabei ist ein gestärktes Europa, ein Europa der Stabilität, des Wachstums und natürlich der sozialen Sicherheit. Dazu ist es wichtig, dass wir die neu geschaffenen beziehungsweise verbesserten Verfahren zur wirtschafts- und haushaltspolitischen Überwachung konsequent anwenden.

Aus unserer Sicht bleibt es die große Herausforderung der Europapolitik, die Konstruktionsmängel in der Europäischen Wirtschafts- und Währungsunion zu beheben und zu überwinden, damit wir nie wieder in eine solche Krise hineinkommen.

Da ist zum einen die Bankenunion ein großes Thema. Deutschland unterstützt eine kluge Regulierung der Finanzmärkte, insbesondere des Bankenbereichs. Wir haben immer wieder gesagt: Wir wollen nicht, dass in Zukunft der Steuerzahler für strauchelnde Banken eintreten muss. – Wir schaffen jetzt eine einheitliche Bankenaufsicht. Sie wird gerade, wie Sie wissen, bei der Europäischen Zentralbank entwickelt. Die einheitliche Bankenaufsicht alleine reicht aber nicht aus; wir brauchen natürlich auch einen einheitlichen Mechanismus zur Abwicklung von Banken, falls Banken Schwierigkeiten haben. Damit beschäftigen sich die Finanzminister heute in Brüssel noch einmal, nach-

Fortsetzung auf Seite 2

Dies ist eine gekürzte Version der Debatte. Das Plenarprotokoll und die vorliegenden Drucksachen sind im Volltext im Internet abrufbar unter: <http://dip21.bundestag.de/dip21.web/bt>

Der Deutsche Bundestag stellt online die Übertragungen des Parlamentsfernsehens als Live-Video- und Audio-Übertragung zur Verfügung. [www.bundestag.de/live/tv/index.html](http://www.bundestag.de/live/tv/index.html)

Fortsetzung von Seite 1: Dr. Angela Merkel (Bundeskanzlerin)

dem sie das in der Euro-Gruppe heute Nacht schon getan haben. Es gibt bereits – das ist von dem zu unterscheiden, was jetzt mit dem gemeinsamen Bankenabwicklungsmechanismus gemacht wird – eine Sanierungs- und Abwicklungsrichtlinie, das heißt eine Richtlinie, die besagt, wie in Europa einheitlich Banken auf nationaler Ebene abgewickelt werden können, natürlich zuvorderst durch Zugriff auf die Eigentümer und Gläubiger. Die litauische Ratspräsidentschaft hat am 12. Dezember 2013 die Voraussetzungen für eine Einigung geschaffen. Ich hoffe, dass das Ganze im Trilog abgeschlossen werden kann.

Zum anderen gilt es natürlich, die Wirtschaftsunion zu stärken. Die Bankenaufsicht ist die eine Sache – der Fiskalpakt existiert bereits –, aber jetzt geht es auch darum, die Wirtschaftsunion zu stärken. Dabei müssen wir folgende Frage beantworten: Wie können wir aufbauend auf dem heute schon vorhandenen Verfahren, nötigenfalls aber auch darüber hinausgehend, eine Situation schaffen, durch die sichergestellt wird, dass Mitgliedstaaten gar nicht in eine wirtschaftspolitische Schieflage kommen können, vielmehr diese vorsorglich vermieden wird? Wir sagen, dass wir das schaffen können, indem notwendige nationale Strukturreformen eingefordert werden können. Das heißt, wir müssen die bislang weitgehend unverbindliche wirtschaftspolitische Koordinierung der nationalen Politikbereiche deutlich stärken.

Sie alle wissen, dass wir jährlich im Frühjahr Empfehlungen erhalten, welche Veränderungen wir auf nationaler Ebene umsetzen sollten. Diese Empfehlungen werden von den Mitgliedstaaten mehr oder weniger freudig aufgenommen – Deutschland ist diesbezüglich nicht viel besser als alle anderen –, und dann geht das Leben weiter; denn Verbindlichkeit entsteht aus diesen Empfehlungen bislang nicht. Deshalb wollen wir daran arbeiten, dass es in Zukunft vertragliche Vereinbarungen mit der europäischen Ebene gibt, also der Kommission. Das bedeutet natürlich nicht, dass die Kommission einfach etwas in solche vertraglichen Vereinbarungen hineinschreiben kann, sondern dass die Mitgliedstaaten mit der Kommission eine solche vertragliche Vereinbarung ausarbeiten. Weil es hier meistens um nationale Zuständigkeiten geht – zum Beispiel bei der Sozialpolitik, bei der Arbeitsmarktpolitik oder hinsichtlich der Funktionsfähigkeit der Verwaltungen –, müssen natürlich auch die nationalen Parlamente zustimmen. Ansonsten erlangt das Ganze keine Verbindlichkeit. Über solche vertraglichen Vereinbarungen werden wir auf dem anstehenden Europäischen Rat zum wiederholten Male sprechen und langsam Fortschritte erzielen.

Viele fragen: Wozu brauchen wir das? – Ich sage: Wir brauchen das, weil Europas Glaubwürdigkeit darunter gelitten hat, dass wir uns unglaublich viel vorgenommen haben, aber sehr viel davon nie erreicht haben. Ich nehme als einfaches Beispiel das Ziel,

jährlich 3 Prozent des Bruttoinlandsprodukts für Forschungsinvestitionen auszugeben. Dieses Ziel ist im Jahr 2000 von den Staats- und Regierungschefs beschlossen worden. Deutschland hat im Jahr 2012 zum ersten Mal sozusagen von unten an der 3-Prozent-Marke gekratzt. Es gibt einige skandinavische Länder, die diese 3-Prozent-Marke erreichen oder sogar darüber liegen; alle anderen sind zum Teil weit davon entfernt, 3 Prozent des Bruttoinlandsprodukts in Forschung zu investieren. Wie will man eine Wirtschafts- und Währungsunion entwickeln, wenn zum Beispiel die Höhe der Investitionen im Bereich Forschung total unterschiedlich ist? Wenn keine Verbindlichkeit entsteht und kein Plan existiert, wie man die Ziele schrittweise erreichen will, dann werden die 95 bislang in Europa vereinbarten Indikatoren weiter nur auf dem Papier stehen; Glaubwürdigkeit und Vertrauen, dass das auch umgesetzt wird, werden sich aber nicht einstellen. Ich bin der Meinung: Lieber weniger als 95 Indikatoren, vielleicht nur 5 oder 10, aber man arbeitet langsam darauf hin, dass diese 5 oder 10 Indikatoren auch von allen eingehalten werden.

Wenn man zu einem echten qualitativen Sprung hinsichtlich der Verbindlichkeit käme – das wird jetzt noch nicht passieren; wir werden darüber 2014 weiter verhandeln –, dann könnten wir uns auch vorstellen, dass Wege und Mechanismen gefunden werden, um die Länder zu unterstützen, die zur Erreichung dieser Ziele zusätzliche materielle Mittel benötigen, weil sie anders nicht gleichzeitig den Weg der Haushaltskonsolidierung fortsetzen könnten.

Meine Damen und Herren, das, was wir jetzt tun, geht im Grunde genommen auf Versäumnisse von vor 20 Jahren zurück. Damals haben diejenigen, die die Wirtschafts- und Währungsunion entwickelt haben, darauf hingewiesen: Es reicht nicht, einfach nur eine vergemeinschaftete Geldpolitik zu haben, sondern ihr muss eine gemeinsame Wirtschaftsunion zur Seite gestellt werden. Die Mechanismen der Wirtschaftsunion wurden aber nur sehr schwach ausgestaltet. Es heißt zwar Stabilitäts- und Wachstumspakt, aber die Indikatoren des Stabilitäts- und Wachstumspakts sind alle haushalterischer Natur; es handelt sich nicht um wirkliche wirtschaftspolitische Indikatoren. Mit den Folgen der damals nicht getroffenen Entscheidungen – es gab damals viele, die gewarnt haben: Das wird nicht gutgehen – müssen wir uns heute befassen; denn wir dürfen nie wieder in eine solche Situation kommen.

Meine Damen und Herren, wir haben in Europa die Situation, dass Deutschland oft vorgeworfen wird, dass wir uns gegen bestimmte Entwicklungen sperren. Das ist nicht der Fall. Wir zum Beispiel gehören zu de-

nen, die sagen: Wir müssen, wenn die vertraglichen Grundlagen nicht ausreichen, Verträge eben auch weiterentwickeln. Aber es gibt seit dem Lissabon-Vertrag in Europa die Situation, dass jeder sagt: Wir können alles weiterentwickeln, nur die Verträge dürfen wir nicht ändern. Ich glaube, so wird man ein wirklich funktionsfähiges Europa nicht entwickeln können.

Ich weiß, dass es zum Teil schwierig ist, Vertragsänderungen in den Nationen durchzusetzen. Aber wer mehr Europa will, der muss auch bereit sein, bestimmte Kompetenzen neu zu regeln.

Ja, man muss gute Verträge machen, aber man kann sich nicht in einer Welt, die sich dauernd verändert, auf den Standpunkt stellen, dass man irgendwann einmal einen Lissabon-Vertrag gemacht hat und von Stund an nie wieder die Verträge ändern will. Das wird nicht funktionieren.

Damit bin ich auch beim Punkt der sich verändernden Welt. Europa darf nicht nur das tun, was es selbst für richtig hält, sondern Europa muss sich auch immer im globalen Kontext sehen. Die Wettbewerbsfähigkeit Europas bestimmen wir nicht alleine, sondern sie wird mitbestimmt von

der Wettbewerbsfähigkeit anderer Länder. Deshalb müssen wir, wenn es uns um Arbeitsplätze, um das Wohl der Bürgerinnen und Bürger in Europa geht, den Blick über Europa hinaus lenken.

Es wird am heutigen Tage aller Voraussicht nach eine Entscheidung der Kommission zu einem Beihilfeverfahren wegen des Erneuerbare-Energien-Gesetzes in Deutschland geben, in dem es darum gehen wird, dass energieintensive Industrien von der EEG-Umlage befreit sind. Ich und ebenso der Bundeswirtschafts- und Energieminister – ich glaube, so sagt man es jetzt – oder Energie- und Wirtschaftsminister – ich muss noch üben –, wir beide werden der Kommission sehr deutlich machen: Deutschland möchte ein starker Industriestandort bleiben. Wir brauchen wettbewerbsfähige Unternehmen.

Hier geht es um Unternehmen, und wenn es um Unternehmen geht, geht es um Arbeitsplätze. Deshalb werden wir natürlich eng mit der Kommission zusammenarbeiten, aber wir werden auch deutlich machen, dass Europa nicht dadurch stärker wird, dass auch in Deutschland Arbeitsplätze gefährdet werden. Mit diesem Ausgang werden wir unsere Position dort sehr deutlich darlegen.

Im Februar wird der Europäische Rat eine Vorlage von Energiekommissar Oettinger bekommen, in der alle Subventionen, die in Europa für Strompreise gewährt werden, aufgelistet werden. Ich sage ganz schlicht und ergreifend: Solange es europäische Länder gibt, in denen der Industriestrom billiger ist als in Deutschland, sehe ich nicht ein, warum wir zur

Wettbewerbsverzerrung beitragen. Das werden wir ganz genau so vertreten.

Meine Damen und Herren, wir haben erfolgreiche Verhandlungen bei der WTO gehabt. Die Ministerkonferenz der Welthandelsorganisation hat in Bali erhebliche Fortschritte bei der Handelspolitik erzielt. Das wird auch einem Exportkontinent, wie es Europa ist, sehr helfen.

Wir werden uns auf dem Rat auch mit der Gemeinsamen Sicherheits- und Verteidigungspolitik befassen. Wir sind dafür, dass es einen umfassenden Ansatz von zivilem, militärischem und developmentalem Herangehen gibt. Dieser gemeinschaftliche Ansatz muss zum Tragen kommen. Wir haben damit in Deutschland bei unserem Herangehen in Afghanistan gute Erfahrungen gesammelt. Wir stimmen zu, dass die Sicherheits- und Verteidigungspolitik effizienter, sichtbarer und wirksamer werden muss. Wir haben in den Verhandlungen über neue Leitlinien Vorschläge unterbreitet.

Wir haben zum Beispiel die sogenannte Ertüchtigungsinitiative eingebracht; dabei geht es darum, strategische Partner und Regionalorganisationen – ich denke jetzt zum Beispiel an Regionalorganisationen in Afrika – auf dem Gebiet der Sicherheit und Verteidigung zu unterstützen. Wir wollen, dass Regionalorganisationen überall auf der Welt von sich aus in der Lage sind, regionale Konflikte zu bekämpfen. Wir zeigen durch unsere Ausbildungsmission in Mali, dass wir dazu einen Beitrag leisten.

Zu Ausbildung gehört natürlich auch immer Ausrüstung; auch darüber müssen wir uns im Klaren sein, und darüber werden wir sicherlich noch gemeinsam diskutieren müssen. Der malische Präsident hat mich vor einigen Tagen besucht. Wir bilden dort die Armee aus. Wir haben 100 Ausbilder der Bundeswehr in Mali. Aber diese Soldaten haben, wenn sie ausgebildet sind, nichts, womit sie dann auch wirklich ihre Tätigkeit verrichten können. Jetzt wird es darum gehen, sie auch adäquat auszurüsten, damit sie in ihren regionalen Kämpfen dann überhaupt in der Lage sind, gleichwertig aufzutreten.

Meine Damen und Herren, auf dem Rat werden auch wieder Erweiterungsfragen zu behandeln sein. Hier geht es um Serbien. Serbien hat in starkem Maße umgesetzt, was notwendig ist, um den Normalisierungsprozess mit Kosovo fortzusetzen. Wir haben im Sommer verlangt, dass wirklich sichtbare Implementierungsschritte erfolgen. Das können wir nach dem Bericht der Hohen Vertreterin für Außen- und Sicherheitspolitik vom 16. Dezember dieses Jahres bejahen, sodass die erste Beitrittskonferenz im Januar 2014 zusammentreten kann.

Wir werden uns auch mit Albanien befassen. Wir wollen die neue Regierung in Tirana weiter bei ihren Reformbemühungen stärken, besonders beim Kampf gegen Korruption. Wie andere Mitgliedstaaten halten wir es

aber vor der Verleihung des Beitrittskandidatenstatus für nötig, dass weitere Schritte bei der Reformgesetzgebung und ihrer Umsetzung getan werden.

Wir werden natürlich auch bei diesem Europäischen Rat auf unsere östliche Nachbarschaft schauen. Ich bedaure die Entscheidung von Präsident Janukowitsch, das weitreichende Assoziierungs- und Freihandelsabkommen mit der EU nicht zu unterzeichnen, jedenfalls derzeit nicht zu unterzeichnen.

Aber das Angebot bleibt auf dem Tisch. Wir fordern, glaube ich, gemeinsam, dass die Ukraine das garantiert, was wir von jedem Land erwarten: vernünftige Voraussetzungen für die Wahrnehmung des Rechts auf Demonstration und Einhaltung der demokratischen Grundregeln. Das werden wir auch entschieden einfordern.

Wir haben gesehen, dass die Ukraine mit Russland gestern ein weitgehendes Abkommen abgeschlossen hat. Wir werden das überprüfen und es uns genau anschauen. Man muss allerdings sagen – ich habe das in meiner Regierungserklärung zur Östlichen Partnerschaft deutlich gemacht –: Wir müssen aus dem Entweder-oder herauskommen. Es darf nicht sein, dass eine Situation entsteht, in der ein Land, das zwischen Russland und der Europäischen Union liegt, eine Grundentscheidung fällen muss, die nur so verstanden werden kann: entweder für den einen oder für den anderen. Hieran werden wir sicherlich weiter intensiv arbeiten.

Die südliche Nachbarschaft rückt natürlich auch immer wieder in den Blick. Die tragischen Ereignisse im Mittelmeer haben uns deutlich gemacht, wie dringlich die Zusammenarbeit mit den Transit- und Herkunftsstaaten ist. Von der litauischen Präsidentschaft werden wir erste Ergebnisse darüber hören, was von der sogenannten Taskforce Mittelmeer, die im Oktober eingesetzt wurde, vorgelegt worden ist.

Meine Damen und Herren, die neue Bundesregierung wird deutlich machen – das ist ja unser Grundverständnis –: Deutschland wird auf Dauer nur stark sein, wenn auch Europa stark ist. Der jetzt anstehende Rat zeigt, in wie vielen Dimensionen hier gearbeitet werden muss. Wir werden uns dieser Arbeit intensiv stellen, gerade auch mit Blick auf das kommende Jahr, ein Jahr, in dem wir einen Europawahlkampf haben werden. Ich kann dazu sagen, dass die neue Bundesregierung und die sie tragenden Fraktionen alles tun werden, damit die gedeihliche Entwicklung Europas gut fortgesetzt werden kann. In einer globalen Welt ist Europa unsere gemeinsame Heimat, an der wir arbeiten müssen. Ein starkes Europa, ein bürgernäheres Europa, ein wettbewerbsfähiges Europa, ein gerechteres Europa, das ist unser Ziel. Dazu wird der anstehende Rat hoffentlich einen kleinen Beitrag leisten.

(Anhaltender Beifall bei der CDU/CSU und Beifall bei der SPD)



Dr. Sahra Wagenknecht, DIE LINKE:

## Nein zur unverantwortlichen Europapolitik der Regierung



Sahra Wagenknecht (\*1969)  
Landesliste Nordrhein-Westfalen

Frau Bundeskanzlerin, während der fast drei Monate, in denen Sie mit der SPD um den Koalitionsvertrag gefeilscht haben, haben sich in Griechenland aus Verzweiflung über ihre soziale Situation schätzungsweise 120 Menschen das Leben genommen. Während der gleichen Zeit haben in Spanien etwa 45 000 Familien ihre Häuser oder Wohnungen durch Zwangsversteigerungen verloren. Mehr als 10 000 Unternehmer – vor allem kleine und mittlere – in den Krisenländern haben in dieser Zeit den Kampf gegen die Wirtschaftskrise verloren und mussten Konkurs anmelden. Es gibt keine offizielle Statistik darüber, wie viele Menschen in dieser Zeit in Europa gestorben sind, weil sie lebensnotwendige Medikamente nicht mehr bezahlen konnten, und schon gar keine Statistik misst, wie viele junge Menschen mit dieser Gesellschaft innerlich für immer abgeschlossen haben, weil sie bei einer Rekordjugendarbeitslosigkeit von 60 Prozent nie eine Chance haben werden.

Gut dokumentiert ist dagegen: In den gleichen drei Monaten hat sich das Vermögen der europäischen Millionäre und Multimillionäre wieder einmal erhöht: um fast 100 Milliarden Euro.

So sieht Ihr Europa aus, Frau Kanzlerin, so sehen die Folgen der Politik aus, die Sie ganz Europa diktieren, einer Politik, die Banker und Oligarchen mit Samthandschuhen anfasst, aber die kleinen Leute dazu zwingen will, für die Zockerverluste der oberen Zehntausend zu bezahlen. Ich sage Ihnen, Frau Kanzlerin: Das ist nicht christlich, das ist unmenschlich und brutal.

Ich habe noch gut im Ohr, wie uns – auch in diesem Hause – immer wieder weisgemacht wurde, dass es gut und richtig sei, dass die weisen Finanzmärkte über die Zinsen entscheiden, die ein Staat auf

seine Schulden zu zahlen hat, und dass Regierungen auf Gedeih und Verderb eine Politik machen sollen, mit der sie das Vertrauen der Märkte gewinnen. Seit einiger Zeit weiß man nun etwas genauer, was es mit dieser Weisheit der Märkte auf sich hat: Man weiß, dass zentrale Zinssätze wie zum Beispiel der Libor von einer Handvoll Händler manipuliert wurden. Man weiß auch, dass wenige Investmentbanker die Wechselkurse gezielt gesteuert haben, und man weiß, warum solche Manipulationen möglich sind: weil sogar auf einem riesigen Markt wie dem Devisenmarkt, wo jeden Tag 5 Billionen Dollar umgesetzt werden, etwa vier Bankgiganten ungefähr die Hälfte des Marktvolumens kontrollieren. Auf dem Derivatemarkt sind es etwa sieben Großbanken, die 90 Prozent des Marktes beherrschen. Und da glauben Sie im Ernst, dass die Zinsen für Staatsanleihen auf einem neutralen Markt gebildet werden, der sachlich, weise und selbstlos die Wirtschaftsdaten bewertet? Ich bitte Sie, so naiv kann heute gar niemand mehr sein.

Wer die Finanzierung der Staaten von dieser Finanzmafia abhängig macht, der wird zum Spielball ihrer Betrügereien und der hat sein demokratisches Gewissen ausverkauft. Genau so sieht die Politik in Europa aus: 4 500 Milliarden Euro sauer erarbeitetes Steuergeld wurden seit 2008 für die Rettung maroder Banken und Finanzinstitute verpulvert. In Deutschland ist die Staatsverschuldung allein wegen der Bankenrettung um 360 Milliarden Euro angeschwollen – ein Betrag, im Vergleich zu dem die Kosten eines flächendeckenden Ausbaus von Kindertagesstätten mit einem Platz für jedes Kind in diesem Land eine lächerliche Summe bilden würden.

Sie wissen, dass die Leute es leid sind, für die abstrusen Geschäfte windiger Banker zu bezahlen. Deswegen haben ja beide heutigen Großkoalitionäre im Wahlkampf Besserung gelobt. Die SPD zum Beispiel hat in ihrem Regierungsprogramm wörtlich versprochen, dass – ich zitiere – „Steuierzahlerinnen und Steuerzahler ... nie wieder in Geiselschaft der Banken und Spekulanten genommen werden“ dürfen.

Herr Steinbrück ist mit dieser Botschaft über die Marktplätze gezogen. Es hat zugegebenermaßen

nicht viel genützt; aber das ist noch keine Rechtfertigung dafür, drei Monate nach der Wahl das Gegenteil dessen zu tun, was man vor der Wahl versprochen hat.

Spätestens seit dem Treffen der EU-Finanzminister ist doch völlig klar: Das Versprechen, dass kriminelle Wettbuden künftig für sich selber haften, ist keinen Pfifferling wert gewesen.

In Artikel 27 des ursprünglichen Richtlinienentwurfs wurde stattdessen eine Ausnahmeregelung vereinbart, die es bis einen Tag vor der Abwicklung einer Bank erlaubt, die Eigentümer und Gläubiger mit Steuergeldern von jeder Verantwortung freizukaufen. Für den Fall, dass Sie mir nicht glauben, zitiere ich den Inhaber des Lehrstuhls für Finanzierung und Kreditwirtschaft an der Ruhr-Universität Bochum, Professor Stephan Paul:

Der jetzige Richtlinienentwurf macht die Tür auf und ermöglicht es, für – so heißt es dort – „gesunde Banken mit tragfähigem Geschäftsmodell“ auch vorher schon – also vor der Haftung von Eigentümern und Gläubigern – Hilfszahlungen von staatlicher Seite zu gewähren.

Ich frage mich an der Stelle aber: Wenn eine Bank gesund ist, wenn sie ein tragfähiges Geschäftsmodell hat, wozu braucht sie dann staatliche Hilfszahlungen?

So weit Professor Paul.

Wenn Sie ihm nicht folgen wollen, überzeugt Sie vielleicht die Meinung von Markus Ferber, Europaabgeordneter der CSU und Mitglied im Finanzausschuss des Europäischen Parlaments. Ich zitiere:

Mit diesem neuen Artikel wird eigentlich der Versuch unternommen, über die Hintertür wieder den Steuerzahler einzuführen, lange bevor Eigentümer, nachrangige Gläubiger und Einleger betroffen sind.

In einem internen Positionspapier jubelt die Ratingagentur Standard & Poor's – ich zitiere –:

Neue EU-Richtlinie erlaubt Regierungen, Banken mit Steuergeldern zu retten.

Auch der von Ihnen vorhin zitierte Abwicklungsfonds schützt die Steuerzahler doch überhaupt nicht. Dieser Abwicklungsfonds soll 2016 aufgelegt werden und nach zehn Jahren, also 2026, das grandiose Volumen von 55 Milli-

arden Euro erreichen. Ich erinnere noch einmal daran: Die Finanzkrise hat die europäischen Steuerzahlerinnen und Steuerzahler bis jetzt 4 500 Milliarden Euro gekostet. Das heißt, dieser Abwicklungsfonds wird, selbst wenn er im Jahr 2026 vollständig gefüllt ist, gerade einmal ein Hundertstel dieser Summe abdecken.

Wir schreiben heute nicht 2026, sondern 2013, und es ist bekannt, dass heute immer noch faule Kredite im Umfang von etwa 1 Billion Euro in den Bilanzen der europäischen Banken lagern. Im nächsten Jahr will die EZB ihre Stresstests durchführen, und jeder weiß, dass dabei natürlich ein erheblicher Kapitalbedarf ermittelt wird. Deshalb frage ich Sie: Wer soll den denn bezahlen, wenn es den Abwicklungsfonds überhaupt noch nicht gibt und außerdem die Haftung von Eigentümern und Gläubigern in der Richtlinie auf 8 Prozent der Bilanzsumme reduziert ist?

Das heißt, Sie wollen weiter Steuergeld verbrennen, und zwar für Banken, in Bezug auf die Sie bis heute nicht das Kreuz haben, ihnen wenigstens vernünftige Regeln aufzuzwingen, die sie dazu zwingen, ihre Aufgabe als Diener der Realwirtschaft, als Finanzier von Innovationen und Investitionen endlich wieder einmal wahrzunehmen.

Sie wollen Steuergeld für Banken verbrennen, denen Sie bis heute noch nicht einmal abverlangen, wenigstens ordentlich Eigenkapital zu bilden, damit sie vielleicht irgendwann einmal in Zukunft für ihre Verluste haften können. Stattdessen sehen Sie seit Jahren zu, wie diese Banken Boni und Dividenden nach Belieben ausschütten. Im Finanzsektor wird bis heute das meiste Geld verdient. Die Zahl der Einkommensmillionäre in diesem Bereich ist längst wieder auf Vorkrisenniveau.

Sie haben den Banken ganze 3 Prozent Eigenkapital verbindlich vorgeschrieben. Ich sage Ihnen: Wenn man als Unternehmen mit 3 Prozent Eigenkapital bei einer Bank vorspricht, dann muss man damit rechnen, dass man relativ schnell aus der Filiale gejagt wird. Bei den Banken soll das aber offensichtlich ausreichend sein.

Die Wahrheit ist doch: Wir brauchen keine Bankenunion, sondern wir brauchen endlich eine ordentliche Bankenregulierung.

Der Finanzinvestor Warren Buffett hat Derivate einmal „finanzielle Massenvernichtungswaffen“ genannt. Wenn ich mir ansehe, dass die Deutsche Bank aktuell mit solchen „finanziellen Massenvernichtungswaffen“ im Nominalvolumen von 60 000 Milliarden

Euro herumspielt, dann frage ich mich, wie Sie noch ruhig schlafen können.

Wir brauchen Regeln, die die Banken klein machen. Wir haben doch nicht nur das Problem „too big to fail“, das heißt, die Banken sind nicht nur zu groß, um zu fallen, sondern sie sind auch zu groß, um reguliert zu werden. Das ist doch das Kernproblem: das Problem wirtschaftlicher Macht.

Das ist das Problem, das einst Walter Eucken als Vertreter des Ordoliberalismus ins Zentrum seiner Theorie gestellt hat. Er hat gesagt: Wirtschaftliche Macht kann man nicht kontrollieren; man kann nur verhindern, dass sie entsteht, oder man liefert sich ihr aus. – Sie haben uns den Banken ausgeliefert, und genau so sieht Ihre Bankenunion jetzt auch aus.

Wenn man dann noch weiß, dass die Aufsicht über die europäischen Banken ausgerechnet an den ehemaligen Investmentbanker und Goldman-Sachs-Mann Mario Draghi übergeben werden soll, dann kann man nur sagen: Gute Nacht.

Ich stelle deshalb für meine Fraktion fest: Diese Bankenunion ist eine Lebensversicherung für Schrottbanken und eine schwere Hypothek für die Steuerzahlerinnen und Steuerzahler. Das ist Wahlbetrug, ganz klar Wahlbetrug und nichts anderes.

Sie von der SPD haben so schön plakatiert: „Das Wir entscheidet.“ Ich glaube, es wäre ehrlicher gewesen, Sie hätten plakatiert: „Die Deutsche Bank entscheidet, und das Wir bezahlt.“ Das ist nämlich die Politik, die Sie machen.

Herr Steinmeier hat sich kürzlich auf einer Veranstaltung des Arbeitgeberverbandes bitter beklagt, dass es die Wirtschaftsbesse der SPD so wenig danken, dass sie sich mit ihrer Agenda 2010 so massiv für deren Interessen ins Zeug gelegt hat. Herr Steinmeier, ich sage Ihnen voraus: Auch Ihren Kotau vor den Interessen der Banker und Millionäre in der Europapolitik werden sie Ihnen nicht danken. Das Einzige, was Sie mit dieser Politik erreichen, ist, dass die einst so stolze und einflussreiche Partei Willy Brandts sich in der deutschen Politik mehr und mehr überflüssig macht.

Ich komme nun zu einem weiteren Thema des EU Gipfels, dem Wettbewerbspakt.

Dieser Wettbewerbspakt soll offenbar Griechenland zum Vorbild für die gesamte EU machen. Die nationalen Regierungen sollen bilaterale Knebelverträge mit der Kommission abschließen, in denen sie sich zu so tollen Maßnahmen wie der Senkung

**Wir brauchen keine Bankenunion, sondern endlich eine ordentliche Bankenregulierung.**

**Der von Ihnen vorhin zitierte Abwicklungsfonds schützt die Steuerzahler überhaupt nicht.**

Fortsetzung von Seite 3: Dr. Sahra Wagenknecht (DIE LINKE)

von Unternehmenssteuern, Entlassungen im öffentlichen Dienst, Einschränkungen des Streikrechts, Angriffen auf Tarifverträge und vielem Schönen mehr verpflichtet. Um diese Politik gegen die Mehrheit der Menschen abzuschirmen, sollen die Parlamente möglichst entmachteter werden. Frau Merkel, da kann ich mir den Kommentar nicht verkneifen: Mir scheint Ihre Sensibilität für demokratische Grundsätze da etwas selektiv zu sein. Undemokratische Politik ist nicht nur in Russland ein Problem. Undemokratische Politik ist auch ein Problem, wenn sie mit Ihrer Zustimmung auf einem EU Gipfel verabschiedet wird.

Dass es im zweiten Teil des Gipfels auch noch um Aufrüstung gehen soll, dass Sie sich also in der schwersten Krise der EU offensichtlich auch noch darum sorgen, wie man mehr Geld für Waffen aufbringen kann, das, finde ich, setzt dem Ganzen die Krone auf.

Ich komme zum Schluss.

Dieser Koalitionsvertrag ist nicht nur in der Frage der Bankenunion ein Koalitionsvertrag der gebrochenen Versprechen. Was sich hier zusammengefunden hat, ist keine Koalition der großen Aufgaben, sondern eine Koalition der großen Ignoranz gegenüber den anstehenden Aufgaben.

Wo tatsächlich die politischen Aufgaben unserer Zeit liegen, daran hat, während Sie über so richtungweisende Probleme wie die Pkw-Maut für Ausländer gestritten haben, Papst Franziskus in seinem jüngsten Apostolischen Schreiben sehr deutlich erinnert. Ich lege gerade dem Teil des Hauses, der sich „christlich“ nennt, aber meines Erachtens aufgrund der Wertevorstellungen seiner Politik damit nichts mehr zu tun hat, sehr nahe, diese Botschaft einmal zu lesen.

Nein zu einem Geld, das regiert, statt zu dienen

Das kann man dort zum Beispiel nachlesen. Oder auch:

Es ist unglaublich, dass es kein Aufsehen erregt, wenn ein alter Mann, der gezwungen ist, auf der Straße zu leben, erfriert, während eine Baisse um zwei Punkte an der Börse Schlagzeilen macht.

Sie, sowohl CDU/CSU als auch SPD, tun mit Ihrer Europapolitik – da gab es auch in der letzten Legislatur schon eine große Gemeinschaft – tatsächlich Ihr Bestes, dass die Zahl der alten Menschen, die auf der Straße leben müssen, in Europa steigt und nicht sinkt. Sie haben mit Ihrem Koalitionsvertrag den Deutschen Aktienindex, DAX, freilich nicht in die Baisse getrieben, sondern ihn zu einem

Jubelsprung angeregt. Es ist erschütternd, dass Ihnen beides offenbar noch nicht einmal zu denken gibt.

Die Linke zumindest nimmt die päpstliche Botschaft ernst, und zwar nicht nur zu Weihnachten. Meine Fraktion sagt daher Nein zu dieser unverantwortlichen Europapolitik, Nein zu einer Bankenrettung auf Kosten der Steuerzahler, Ja zu Demokratie und Sozialstaat in Europa und deswegen Nein zur Politik dieser Großen Koalition.

(Beifall bei der LINKEN)

Niels Annen, SPD:

## Europa braucht eine Antwort auf die neuen Herausforderungen



Niels Annen (\*1973)  
Wahlkreis Hamburg-Eimsbüttel

Liebe Kollegin Wagenknecht, ich wollte Ihnen eigentlich zu Ihrer ersten Rede als Stellvertreterin des Oppositionsführers gratulieren.

Aber wenn Sie das tragische Schicksal von Menschen hier in einen Zusammenhang stellen, der nicht adäquat ist, dann ist das, finde ich, ein Beitrag zur Debatte, der diesem Hause nicht würdig und übrigens auch der demokratischen Debatte nicht angemessen ist.

Im Übrigen stelle ich fest: Die Große Koalition und die sozialdemokratische Fraktion haben in den letzten Wochen und Monaten genau daran gearbeitet, dass sich diese Krise nicht wiederholt, dass wir die Steuerzahlerinnen und Steuerzahler entlasten und dass wir vernünftige Regelungen einführen. Sie sollten sich an dieser Diskussion beteiligen. Wir wissen nämlich ganz genau, dass es auch – Sie haben den Wahlkampf miterlebt – unterschiedliche Sichtweisen zwischen den Fraktionen dieser Bundesregierung gegeben hat.

Aber das ist der Unterschied, Frau Wagenknecht: Wir sind überzeugte Europäerinnen und Europäer.

Deswegen sind wir in der Lage, uns auf eine gemeinsame wirksame Politik zu verständigen, statt wie Sie alte Klischees zu bedienen.

Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren, es sollte bei diesem Gipfel eigentlich schwerpunktmäßig um die Gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik gehen. Deswegen möchte ich mit Ihrer Erlaubnis dazu ein paar grundsätzliche Bemerkungen machen. Denn die Ausgangslage dafür – Catherine Ashton hat das in ihrem Bericht an den Rat deutlich gemacht – hat sich in den letzten Jahren dramatisch geändert. Sie schreibt: Das strategische Umfeld Europas ist heute dominiert von der Neuorientierung der USA in Richtung Pazifik, von wachsenden Sicherheitsrisiken und von regionalen Konflikten. – Was für ein Unterschied zu dem optimistischen Grundtenor der Europäischen Sicherheitsstrategie von vor zehn Jahren, in der es heißt:

Die Gewalt der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts ist einer ... beispiellosen Periode des Friedens und der Stabilität gewichen.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, die Wahrheit ist: Europa hat an Gewicht verloren. An Gewicht gewonnen hat damit die Notwendigkeit, für uns Europäer eine gemeinsame Außenpolitik zu formulieren – eine Einsicht, die in ihrer Bedeutung vielleicht auch deswegen in Deutschland noch nicht ganz so gut verstanden worden ist, weil unser relatives Gewicht in der Krise zugenommen hat. Die bilateralen Beziehungen, die wir zu Ländern wie China und Indien haben, sind ein Beispiel für diese Entwicklung.

Regelmäßige Regierungskonsultationen erlauben es der Bundesregierung, ihre Interessen effektiv zu vertreten.

Wahr ist aber auch, dass diese bilateralen Formate manchmal auch im Interesse von Ländern wie China und Indien sind. Deswegen ist es aus meiner Sicht entscheidend, dass wir dieser globalen Charmeoffensive nicht in der Form erliegen, dass wir glauben, wir könnten mittelfristig unsere Interessen national wahrnehmen. Deswegen möchte ich an dieser Stelle sagen, Frau Bundeskanzlerin: Ich bin Ihnen sehr dankbar dafür, dass Sie deutlich gemacht haben, dass diese Bundesregierung an dem europäischen Integrationskurs festhält, weil das Vertrauen schafft und unsere Möglichkeiten erweitert, unsere Politik zu formulieren. Denn das

### Das Modell der westlichen Demokratien ist heute nicht mehr so unangefochten.

Modell der westlichen Demokratie ist heute nicht mehr so unangefochten wie noch vor zehn Jahren. Autoritäre Entwicklungsmodelle wie etwa das chinesische haben enorme Erfolge im Bereich von Wirtschaftswachstum, aber auch von Armutsbekämpfung erreicht und damit auch an Legitimität gewonnen. Gerade deshalb brauchen wir eine Stärkung der Instrumente der gemeinsamen Außenpolitik.

Dass mit Staaten wie Indien oder China selbstbewusste Akteure die Bühne betreten, ist ja im Prinzip positiv; denn es ist auch ein Beitrag für mehr Gerechtigkeit in der Welt. Das internationale System ist nach wie vor nicht gerecht organisiert.

Doch gleichzeitig stellen wir fest, dass außerhalb der EU ein anderer Blick auf internationale Beziehungen vorherrscht: ein Blick, der auf

veralteten geopolitischen Kategorien gründet.

Die Erfahrung unseres Kontinentes ist: Wir können nur gemeinsam stark werden. Wir können nur erfolgreich sein, wenn auch unsere Nachbarn erfolgreich sind. Diese Erkenntnis schien sich mit der Erweiterung der Europäischen Union und der NATO durchzusetzen. Sie ist heute, wenn wir ehrlich sind, Ernüchterung gewichen. Ob es der Konflikt in der Ukraine ist oder Territorialstreitigkeiten im Südchinesischen Meer sind, in weiten Teilen der Welt scheint sich eine Nullsummenlogik als Grundprinzip der internationalen Beziehungen durchzusetzen. Nun raten uns viele, Europa solle endlich erwachsen werden. Gemeint ist damit wohl, dass wir selber diese Nullsummenlogik übernehmen sollen. Meine Damen und Herren, das kann nicht der richtige Weg sein. Frau Bundeskanzlerin, Sie haben erwähnt, dass die Logik des Entweder-oder nicht funktionieren kann. Ich glaube, Sie haben damit recht, weil es den Kern dessen infrage stellen würde, was uns als Europäerinnen und Europäer ausmacht. Richtig ist aber auch: Europa braucht eine Antwort auf die neuen Herausforderungen. Diese kann nur in einer gemeinsamen Politik gegenüber den neuen Akteuren liegen. Dafür brauchen wir eine effizientere, eine wirksamere Außen- und Sicherheitspolitik. Europas Funktion als Stabilitätsanker darf nicht weiter gefährdet werden; denn damit würden wir das wichtigste Instrument unserer Politik – man redet gerne von Soft Power – verlieren, nämlich die Attraktivität unseres Integrationsmodells.

Je krisenhafter die Entwicklung in unserer Nachbarschaft, desto höher die Erwartungen an unser Land, mehr Verantwortung zu übernehmen. Wie wir alle wissen, sinkt gleichzeitig die Bereitschaft, Ressourcen für eine strategische

Außenpolitik bereitzustellen. Eine langfristige Stärkung der europäischen Fähigkeiten wird aber ohne einen effizienteren Einsatz von Ressourcen nicht erfolgreich sein. Dafür müssen wir die Bedingungen verbessern. Hier fehlt es nicht an Konzepten, sondern an der Umsetzung. Eine weitere Vertiefung der Europäischen Union darf an der Sicherheitspolitik nicht vorbeigehen. Denken Sie etwa an die Möglichkeit der ständigen strukturierten Zusammenarbeit. Deutschland sollte sich daran intensiv beteiligen. Auch das will ich an dieser

### Eine weitere Vertiefung der EU darf an der Sicherheitspolitik nicht vorbeigehen.

Stelle sagen, weil die Kollegin von der Linkspartei von Aufrüstungsgipfel und Ähnlichem sprach: Es ist meine feste Überzeugung, dass wir Fortschritte dort nur machen können, wenn wir unsere positiven Erfahrungen mit dem Parlamentsvorbehalt auf europäischer Ebene einbringen und für eine entsprechende Umsetzung sorgen. Deswegen bin ich froh darüber, dass sich die neue Bundesregierung zur Stärkung des Parlamentsvorbehaltes bekennt.

Ebenso unverzichtbar ist es, den zivilen Aspekt der europäischen Außen- und Sicherheitspolitik zu stärken. Er kommt im Ratsdokument nach meiner persönlichen Meinung etwas zu kurz. Deutschland hat hier seit der Kanzlerschaft von Gerhard Schröder wichtige Fortschritte gemacht. Ich bin froh darüber, dass die neue Bundesregierung diese Arbeit fortsetzen will.

Meine Damen und Herren, die weitere Stärkung des Europäischen Auswärtigen Dienstes bleibt damit eine zentrale Aufgabe; denn was ein politisch geschlossenes Europa erreichen kann, erleben wir gerade in den Verhandlungen über eine politische Lösung des Nuklearkonflikts mit dem Iran. Dies sollte uns Mut machen für die Aufgaben, die vor uns liegen.

(Beifall bei der SPD und der CDU/CSU)

Katrin Göring-Eckardt, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN:

## Es geht vor allen Dingen um Werte und Freiheitsrechte



Katrin Göring-Eckardt (\*1966)  
Landesliste Thüringen

Seit Wochen demonstrieren Tausende und Abertausende auf dem Maidan in Kiew. Sie harren aus in Kälte und ertragen die Gegenwehr der Staatsmacht. Die Menschen auf dem Maidan und an vielen anderen Orten kämpfen leidenschaftlich für europäische Werte. Genau darum geht es ihnen: ein Signal für dieses gemeinsame Europa der Werte zu setzen.

Bei dem Konflikt in der Ukraine geht es um den souveränen Staat Ukraine. Nein, es geht nicht um Entweder-oder, sondern es geht darum, dass die Ukraine ein selbstständiger, ein europäischer Staat werden muss und werden darf. Dazu braucht sie von uns kein Vielleicht, kein Möglicherweise und kein Ja-aber, sondern sie braucht ein klares Bekenntnis: Wir unterstützen die Zivilgesellschaft, wir unterstützen diejenigen, die für die europäischen Werte kämpfen, wir unterstützen die Menschen auf dem Maidan, die für europäische Werte und für die Demokratie kämpfen.

Genau darum muss es gehen, wenn wir über europäische Politik in diesen Tagen reden. Wir wissen angesichts der gegenwärtigen Bedingungen noch nicht, ob in der Ukraine im Jahr 2015 überhaupt noch demokratische Wahlen, die erkämpft worden sind, stattfinden können. Ich bin sehr dankbar, dass eine Reihe von Kolleginnen und Kollegen aus dem Deutschen Bundestag und aus dem Europaparlament in Kiew waren und deutlich gemacht haben: Ja, wir stehen an der Seite der Zivilgesellschaft. – Was das für diejenigen, die dort ausharren, bedeutet, kann man, glaube ich, nicht hoch genug einschätzen. Ich möchte gern, dass wir in dieser Legislaturperiode deutlich machen: Es geht nicht nur um ein Europa der Wirtschaft und der Finanzen, sondern es geht eben auch um ein Europa der Werte.

Während der orangenen Revolution, Frau Merkel, haben auch auf den Tischen der CDU/CSU-Fraktion

Orangen als Zeichen der Solidarität gelegen. Heute erleben wir solche Zeichen von Solidarität immer nur mit einem Untertitel und in Häkchen.

Herr Minister Steinmeier, Sie haben gestern davon gesprochen, dass Sie Russlands Ausnutzen der Notlage der Ukraine empörend finden. Das will ich unterstreichen. Aber ich kann nur hoffen, dass es Ihnen damit ernst ist und dass Sie auch gegenüber Russland tatsächlich Klartext reden, wenn es um Solidarität mit der Ukraine und der dortigen Zivilgesellschaft geht.

Sie haben von Modernisierungspartnerschaft geredet. Allerdings ist ohne die Einhaltung der Menschenrechte und ohne eine Demokratisierung Russlands eine solche Modernisierung gar nicht möglich. Das ist Russland offensichtlich egal, nach innen wie nach außen. Einem Land, das die Olympischen Spiele ausgerichtet wird, aber nach wie vor Menschenrechte missachtet und Menschen in Haft hält, die sich der Putin-Politik widersetzen, dem müssen wir bei allen Verhandlungen und Gesprächen, egal worum es geht, deutlich machen: Nein, das akzeptieren wir nicht.

Es wäre wahrhaft ein gutes Signal, wenn Ihr Koalitionsvertrag beim Thema Osteuropa, wie an vielen anderen Stellen auch, nicht nur ein Dokument des Vielleicht und Ja-aber wäre. Er fällt sogar hinter das zurück, was die Mehrheit des Deutschen Bundestages, übrigens über Fraktionsgrenzen hinweg, im Jahr 2012 beschlossen hat. Wichtige Passagen zur Unterstützung der Zivilgesellschaft sind aus den Entwürfen wieder herausgestrichen worden. Warum? Geht es wieder einmal weniger um Freiheitsrechte und Werte? Antworten auf die Frage, wie auf die repressive und modernisierungsfeindliche Politik Putins im Land, aber auch gegenüber Nachbarländern wie der Ukraine reagiert werden soll, findet man im Koalitionsvertrag dieser Legislaturperiode vergeblich. Ich finde, das ist auch ein europäisches Armutszeugnis.

Ich glaube vor allem, dass die Geschundenen, diejenigen in den Knästen, die Homosexuellen, die unter furchtbaren Repressionen leiden werden, das nicht verstehen können. Ich sage Ihnen: Auch ich verstehe es nicht, dass der Kreml zum Modernisierungspartner wird, obwohl Putin hinlänglich bewiesen hat, dass er an Demokratie und

Rechtsstaatlichkeit nicht interessiert ist, weder in Russland noch in seiner Nachbarschaft. Wir erwarten in dieser Legislaturperiode von Ihnen, dass Sie das ändern, dass Sie klarmachen: Hier muss eine andere Richtung eingeschlagen werden.

Das sind wir denen schuldig, die auf dem Maidan demonstrieren, und das sind wir denen schuldig, die überhaupt nicht jubeln können, wenn andere Fähnchen in Sotschi schwenken.

Meine Damen und Herren, die EU ist Zivilmacht und sogar Trägerin des Friedensnobelpreises. Aber statt zivile Krisenprävention zu betreiben, wird dieser Gipfel auch wie eine Finanzspritze für die schwächelnde Rüstungsindustrie werden. In der EU bestehen heute schon unzählige Doppelstrukturen und Überkapazitäten. Der Druck, das Zuviel an Rüstungsgütern weiter ungebremst in Drittstaaten außerhalb der EU und der NATO zu exportieren, besteht weiter. Vorsichtigen Schätzungen einer EU-Studie zufolge verschlingt die Nichtkooperation der EU-Mitgliedstaaten im Verteidigungsbereich heute schon 26 Milliarden Euro; andere Schätzungen gehen sogar von 100 Milliarden Euro aus – eine enorme Summe, die allein dadurch entsteht, dass es mangelnde Zusammenarbeit gibt.

### Statt zivile Krisenprävention wird dieser Gipfel zur Finanzspritze für die Rüstungsindustrie.

Dennoch machen wir jetzt so weiter, statt Geld für notwendige europäische Investitionen freizumachen, beispielsweise im Bereich der Energiewende, der erneuerbaren Energien oder der Digitalisierung. Das wäre besser, als weiter in Maschinengewehre und Panzer zu investieren. Das ist der falsche Weg, und deswegen sage ich ganz klar: Ziviles Europa heißt auch, dass hier Kooperation statt Überkapazität angesagt ist, dass hier das Abbauen und tatsächlich zivile Krisenprävention angesagt sind.

Ich will es ganz deutlich sagen: Kooperation bei Rüstungsprojekten heißt für uns nicht Einstieg in den Drohnenkrieg. Da ist die Entwicklung gemeinsamer militärischer Fähigkeiten kein Hintertürchen – sie darf kein Hintertürchen sein! –, mit dem Deutschland in diesem Bereich plötzlich einfach mal mitmischen kann, ohne sich der innenpolitischen Debatte zu stellen. Nein, hier muss weiter klar und deutlich sein: Der Einstieg in den Drohnenkrieg darf nicht passieren und schon gar nicht durch ein Hintertürchen mit deutscher Hilfe.

Frau Bundeskanzlerin, nicht nur wir, sondern auch ganz Europa fragt sich: Welche Rolle will Deutschland in der EU in Zukunft eigentlich spielen? Welche Vision für die Zukunft der EU hat die alte und neue Kanzlerin? Sie haben am Anfang Ihrer Regierungserklärung heute gesagt, dass es gut und richtig ist, dass sich die erste Regierungserklärung mit Europa beschäftigt. Ja, mit Europa hat sie sich beschäftigt; eine Vision allerdings hat gefehlt.

Um welche Impulse geht es eigentlich? Die europäischen Partner wünschen sich doch zu Recht ein konstruktives Deutschland und vor allem Klarheit. Bei beidem werden

sie enttäuscht. Der Koalitionsvertrag zeigt, dass Ihnen da der Mut fehlt. Ich weiß nicht ganz genau, ob es damit zu tun hat, dass so viel verhandelt worden ist. Man hat den Eindruck, hier soll weiter durchlaviert werden. Lassen Sie mich dafür zwei Beispiele nennen, um da eben nicht im Ungefähren zu bleiben.

Erstes Beispiel. Sie kündigen vollmundig an, die Banken endlich ohne Belastung der Steuerzahler abwickeln zu wollen. Es war allerdings Herr Schäuble, der dafür gesorgt hat, dass diese Abwicklung erst ab dem Jahr 2026 vollständig aus Beiträgen der Banken finanziert werden soll. Bis dahin – bis zum Jahr 2026 – hatten weiter die Steuerzahlerinnen und Steuerzahler.

Ich jedenfalls stelle mir Klarheit, was Bankenabwicklung und was die Frage der Verursacher angeht, anders vor. Deswegen sage ich klar und deutlich: Nehmen Sie hier eine Veränderung vor. Dieses Durchlavieren und Hinausschieben macht keinen Sinn.

Das zweite Beispiel, das ich anführen will: Sie haben darüber geredet, Frau Bundeskanzlerin, wie die Situation der Flüchtlinge in Europa ist. Passieren Tragödien wie vor ein paar Monaten vor Lampedusa – dergleichen passiert ja immer wieder –, dann stellen sich alle zusammen hin und sagen: Wir sind sehr betroffen. Das darf nie wieder passieren.

Gleichzeitig machen Sie weiter mit einer Abschottungs- und Abgrenzungspolitik, die nicht dazu führt, dass es eine Entspannung für die Flüchtlinge gibt, die über das Mittelmeer zu uns kommen. Sie werden weiterhin zurückgeschickt, und sie werden weiterhin nicht als Menschen behandelt, die in großer Not sind, sondern als Menschen, die wir nicht gebrauchen können. Das hat mit menschenwürdiger Flüchtlingspolitik nichts zu tun.

Ich bin fest überzeugt, dass wir endlich dazu kommen müssen, dass wir innerhalb der EU tatsächlich Solidarität üben, vor allen Dingen auch Solidarität mit den Aufnahmeländern. Wir können Italien und die

anderen Länder an den EU-Außengrenzen nicht mehr alleinlassen. Da hilft es auch nichts, wenn wir weiter darüber reden, wie viele Flüchtlinge es nun eigentlich sind, die wir tatsächlich aufnehmen und die andere tatsächlich aufnehmen. Die Situation ist so, dass wir darüber nicht mehr lange nachdenken dürfen, sondern dass wir sagen müssen: Wir brauchen hier einen wirklichen Neuanfang, der mit Kooperation zu tun

hat. Es geht nicht, dass wir sagen: Jetzt kann man das Problem vielleicht auch noch auf die Türkei oder die nordafrikanischen Länder abwälzen.

Es muss dazu kommen, dass wir endlich Dublin II

überdenken. Es muss dazu kommen, dass wir eine realistische Aufnahmepolitik in der Europäischen Union vorantreiben, und wir können das aus Deutschland heraus. Es muss dazu kommen, dass Flüchtlinge den Ort, wo sie Asyl beantragen, tatsächlich frei wählen können. Es muss dazu kommen, dass in Flüchtlingslagern nicht mehr Menschen sitzen, die ausgebildet sind, die jung sind, die motiviert sind und die etwas tun wollen, dort aber Monat für Monat festgehalten werden – unter wahrlich nicht sehr guten Bedingungen.

Meine Damen und Herren, ich glaube, Flüchtlingspolitik der EU ist etwas, was in den nächsten Monaten und Jahren endlich auf eine realistische Grundlage, auf eine echte Einwanderungsgrundlage und vor allen Dingen auf die Grundlage wahrhafter Menschlichkeit und Solidarität gestellt werden muss. Darauf kommt es an, und dafür ist zu kämpfen.

Frau Merkel und Herr Steinmeier, bei der Politik der EU und dem Beitrag Deutschlands geht es immer um Wirtschaft und Finanzen, und das war auch heute wieder so. Um Ökologie sorgen Sie sich nur am Rande. Aber es geht vor allen Dingen um Werte und Freiheitsrechte: für die Jugendlichen, die sich nach wie vor vergessen fühlen, weil Kleinstprogramme nicht helfen, für die Flüchtlinge an den Außengrenzen – übrigens auch für diejenigen, die innerhalb Europas auf der Flucht sind wie die Sinti und Roma, die aus furchterlichen Bedingungen aufgrund von Diskriminierung hierherkommen – und für die Menschen auf dem Maidan, die unsere Werte verteidigen, auch gegen einen russischen Diktator.

Ich möchte kämpfen für ein Europa der Freiheitsrechte, der Werte und der Demokratie. Ich glaube, das ist jetzt dran. Die Frage von Wirtschaft und Finanzen werden wir weitertreiben müssen, aber das andere macht eigentlich unser gemeinsames Europa aus.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

### Kooperationen bei Rüstungsprojekten heißt für uns nicht Einstieg in den Drohnenkrieg.

Dr. Andreas Schockenhoff, CDU/CSU:

## Die Ukrainer haben unsere volle Solidarität und Unterstützung



Andreas Schockenhoff (\*1957)  
Wahlkreis Ravensburg

Seit vielen Tagen schon demonstrieren die Menschen in der Ukraine für die europäische Orientierung ihres Landes. In Eiseskälte treten sie für Demokratie, Rechtsstaatlichkeit und Menschenrechte ein. Sie wollen, dass ihr Land den Weg nach Europa, den sie mit der orangenen Revolution erstritten haben, weitergeht. Sie wollen die schrittweise Annäherung an die Europäische Union.

Genauso offensichtlich ist, dass fast alle Ukrainer nicht zurück unter Moskauer Bevormundung wollen, und nichts anderes bedeutet die Zollunion, in die Moskau die Ukraine mit massivem wirtschaftlichen Druck pressen will. Selbst die Menschen, die im Osten der Ukraine leben, wollen nicht wieder unter ein Moskauer Diktat. Liebe Kolleginnen und Kollegen, für die CDU/CSU-Bundestagsfraktion sage ich mit aller Klarheit: Diese Ukrainer haben unsere volle Solidarität und unsere Unterstützung.

Wer zwischenzeitlich den Eindruck gewonnen hatte, dass die massiven Proteste auf dem Maidan-Platz Moskau nachdenklich gemacht haben könnten, den hat der russische Außenminister Lawrow am Montag beim Treffen mit den EU-Außenministern enttäuscht. Moskau wird auch weiterhin die Ukraine und andere Staaten der Östlichen Partnerschaft wie Moldau massiv unter Druck setzen, solange sie einen anderen Weg gehen wollen, als Moskau es will. Das aber ist nicht akzeptabel, weil es die Grundsätze der Souveränität von Staaten verletzt, wie sie in der VN-Charta oder in der OSZE-Charta festgelegt sind.

Ja, Herr Außenminister Steinmeier, es ist, genau so, wie Sie es gestern bei Ihrer Rede zum Amtsantritt im AA gesagt haben, völlig empörend, wie die russische Politik die wirtschaftliche Notlage der Ukraine ausnutzt. Es war wichtig, dass Sie das gesagt haben, Herr Steinmeier.

Frau Göring-Eckardt, ich fand es gut, dass Sie die Worte des Außenministers begrüßt haben. Aber wir sagen

auch, dass eine engere Zusammenarbeit der EU mit der Ukraine nicht gegen Russland gerichtet ist und dass Russland von der Modernisierung und der wirtschaftlichen Entwicklung seiner Nachbarstaaten, die das Assoziierungsabkommen bewirken würde, profitieren kann. Das ist unser Verständnis. Vielleicht müssen wir Moskau dies noch besser vermitteln. Aber wir dürfen nicht die Augen davor verschließen, dass es in Moskau ein anderes Denken gibt. Dort gibt es immer noch das alte Nullsummendenken, das in einer vertraglichen Bindung der Ukraine an die EU einen Machtverlust sieht und nicht die Chance, eine gemeinsame neue Ordnung, zum Beispiel eine Friedensordnung, zu schaffen. Das dürfen wir nicht ignorieren.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, welche Botschaft sendet uns eigentlich der folgende Vorgang im Kreml am letzten Donnerstag? Dort wurde nach der Rede des russischen Präsidenten zur Lage der Nation das Lied des russischen Sängers Oleg Gazmanov mit folgendem Text vorgetragen:

Ukraine und Krim, Moldau und Weißrussland – das ist mein Land. Kasachstan, Kaukasus und das Baltikum – ich bin geboren in der UdSSR, gemacht in der UdSSR.

Jeder weiß, dass bei Veranstaltungen wie dem Bericht zur Lage der Nation nun wirklich nichts dem Zufall überlassen wird. Deshalb ist diese Botschaft mit Blick auf die Nachbarstaaten zumindest irritierend. Was heißt das für uns in der Konsequenz?

Erstens. Wir brauchen unbedingt einen realistischen Dialog mit Moskau, und zwar nicht nur im Hinblick auf den Iran oder Syrien. Präsident Putin hat wiederholt die Idee eines gemeinsamen wirtschaftlichen und humanitären Raumes Europa angesprochen. Über diese Vision gemeinsamer Räume der Sicherheit und Zusammenarbeit, in denen es keine Hegemonie geben kann, wollen und müssen wir mit Russland reden und verhandeln.

Zweitens. Die Prinzipien der OSZE-Charta von Paris müssen eingehalten werden. Jedes Land muss frei von jedem politischen und wirtschaftlichen Druck selbst entscheiden können, ob es sich stärker an die EU binden will oder nicht.

Drittens. Der bisherige massive Moskauer Druck auf die Ukraine macht deutlich, dass der Schlingerkurs der Regierung Janukowitsch das Land und die Region nicht weiterführt, sondern in eine wachsende Instabilität treibt. Die Ukraine muss sich jetzt entscheiden, in welche Richtung sie gehen will. Das kann weder die EU noch Moskau tun; das müssen die Ukrainer entscheiden.

Viertens. In dieser Entscheidungssituation liegt es im Interesse der EU,

der Ukraine eine klare europäische Orientierung und Verankerung zu geben. Das kann weit über das Assoziierungsabkommen hinausgehen, wenn die Ukraine dies will und wenn sie die Voraussetzungen dafür schafft. Das kann beispielsweise langfristig die Perspektive des europäischen Wirtschaftsraumes sein, also eine enge Anbindung an die EU, wie Norwegen oder die Schweiz sie haben. Es kann langfristig auch die Perspektive des Artikel 49 des Lissabonner Vertrags sein, der besagt:

Jeder europäische Staat ... kann beantragen, Mitglied der Union zu werden.

Das steht jetzt aber nicht an. Der Weg dorthin wäre sehr weit. Die Ukraine müsste es selbst wollen und selbst die Voraussetzungen dafür schaffen, auch mit Unterstützung der EU. Aber auf einem so langen und so weiten Weg kann eine klare europäische Perspektive helfen. Der erste wichtige Schritt dorthin wäre die Unterschrift unter das Assoziierungsabkommen.

Wir, die CDU/CSU-Bundestagsfraktion, begrüßen nachdrücklich, dass die Gemeinsame Europäische Sicherheits- und Verteidigungspolitik ein Schwerpunkt des Europäischen Rates am Ende der Woche ist; denn das strategische Umfeld Europas befindet sich in einem tiefgreifenden Wandel. Nicht nur die Veränderungen im nördlichen Afrika und im Nahen Osten können erhebliche Auswirkungen auf die Sicherheit Europas haben. Zugleich

kann Europa nicht mehr in ähnlichem Umfang wie in der Vergangenheit auf die Unterstützung der USA für die praktische Durchsetzung unserer Sicherheitsinteressen bauen. Das bedeutet: Europa muss mehr Handlungsfähigkeit schaffen. Zugleich müssen wir in den EU-Staaten aufgrund rückläufiger Verteidigungsetats Verluste bei den nationalen Fähigkeiten feststellen. Wenn wir also Europas Handlungsfähigkeit stärken wollen, brauchen wir eine engere sicherheitspolitische Zusammenarbeit und mutige Schritte in Richtung einer Vertiefung der militärischen Integration. Darauf müssen wir Antworten geben.

Auf dem EU-Gipfel werden wichtige Arbeitsaufträge erteilt. Das unterstützen wir ausdrücklich, und wir

**Wir brauchen unbedingt einen realistischen Dialog mit Moskau.**

hoffen, dass diese Arbeitsaufträge auch baldmöglichst erfüllt werden. Eine wichtige Frage muss dabei auch sein, wo die EU geografisch ihre Prioritäten setzen will. Die Forderung Frankreichs, den Einsatz seiner Streitkräfte in

der Zentralafrikanischen Republik durch die EU zu finanzieren, macht deutlich, wie dringend diese Diskussion ist. Natürlich liegt der Militäreinsatz der Franzosen in Zentralafrika im europäischen Interesse. Denn Anarchie dort bedroht uns genauso wie Anarchie in Mali.

Deswegen begrüßen wir es nachdrücklich, Frau Verteidigungsministerin, dass die Bundesregierung Frankreich mit strategischem Lufttransport sowie mit Verwundetentransport unterstützt. Wenn Paris darüber hinaus eine finanzielle Unterstützung des Einsatzes durch die EU fordert, dann kann ich das aus französischer Sicht durchaus verstehen, insbesondere angesichts der finanziellen Situation Frankreichs. Aber unabhängig von der Frage, ob wir einen Krisenfonds

für EU-Einsätze überhaupt schaffen wollen, wie es Frankreich jetzt vorschlägt – das klingt einfach, aber es birgt bei der Durchführung sehr viele Probleme –, brauchen wir eine strategische Diskussion aller Staaten darüber, was die EU mit zivilen und militärischen Missionen erreichen kann und wo sie geografische Prioritäten setzen will.

Natürlich legt es das aktuelle Krisen- und Konfliktpotenzial im Nahen Osten und im nördlichen Afrika nahe, zunächst dort geografische Schwerpunkte zu setzen. Aber sind wir uns denn in der EU über diese Schwerpunktsetzung einig? Das sehen nicht alle unsere östlichen Partner so. Insofern zeigt sich, wie wichtig diese strategische Diskussion ist. Je eher wir in der EU einen sicherheitspolitischen Konsens über die geografische Prioritätensetzung erreichen, desto mehr werden wir im Hinblick auf eine gemeinsame Fähigkeitsentwicklung, auf Pooling und Sharing, auf Anlehnungspartnerschaften und vor allem auch auf mögliche militärische Einsätze der EU mit einer größeren Geschlossenheit rechnen können. Deshalb ist diese strategische Diskussion hier bei uns im Deutschen Bundestag und in der EU dringend erforderlich, um zu einer Klärung hinsichtlich der strategischen Prioritätensetzung zu kommen.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, wenn eine solche Diskussion in eine Neufassung der Europäischen Sicherheitsstrategie von 2003, die noch sehr stark als Antwort auf die amerikanische Sicherheitsstrategie nach dem 11. September 2001 erarbeitet wurde, oder in die Erarbeitung einer globalen Strategie mündete, dann wäre dies durchaus zu begrüßen. Wir würden dies im Deutschen Bundestag sehr lebendig begleiten. Ich freue mich auf unsere Arbeit in der 18. Legislaturperiode.

(Beifall bei der CDU/CSU und der SPD)

Dr. Diether Dehm, DIE LINKE:

## Die Troika ist ein falsches Instrument



Diether Dehm (\*1950)  
Landesliste Niedersachsen

Was wird aus Worten, die in Ihre Hände geraten? Nehmen wir das schöne Wort „Solidarität“. Das war einmal für Gewerkschafterinnen und Gewerkschafter, für Sozialdemokraten das Synonym für „christliche Nächstenliebe“. Jetzt sprechen Sie hier von einem „Solidaritätsinstrument“ und meinen den Pakt für Wettbewerb. Das ist nichts anderes als ein Pakt für Lohnsenkung und den Abbau nationalrechtlich verfasster sozialer Normen.

Ich kann Ihnen nur sagen: Wenn Sie von „Solidarität“ sprechen, dann müssen die Völker in Europa ihre Portemonnaies festhalten; denn dieser Pakt

für Wettbewerbsfähigkeit ist nichts anderes – das meinen Sie vielleicht mit „Solidarität“ – als eine Troika für alle. Die Linke will überhaupt keine Troika. Die Troika ist ein falsches Instrument, und deswegen muss sie abgewickelt werden.

Solidarität in Europa heißt doch – das war der europäische Traum –, Solidarität zu üben mit denen, die Hilfe nötig haben: mit den Olivenbauern, mit den Reparaturbetrieben, mit den Schiffbauern, mit den Solarunternehmen, aber doch nicht, Solidarität zu üben mit den Zockern. Es geht darum, Solidarität mit denen zu üben, die am Boden liegen. Denen muss man die

Hand reichen. Das dürfen doch nicht die Superreichen sein, sondern die, die die Hilfe wirklich nötig haben. Dafür treten die Linke, die Gewerkschaften, die Kirchen und, wie wir gehört haben, auch der Papst ein.

Darum geht es übrigens auch in der Theologie der Befreiung.

Lieber Herr Gabriel, als Sie vor dem Wahlkampf versprochen haben, im Wahlkampf für ein Verbot der Zockerbanken und für ein Trennbankensystem einzutreten, dachte ich, guck mal einer an: Der Sigmar ist wieder auf dem Weg zurück zur Sozialdemokratie. – Als Herr Schäuble einen kleinen Konflikt mit Herrn Fitschen von der Deutschen Bank hatte, habe ich gedacht: Mal sehen, wie lange er andauert. – Beides hatte eine Halbwertszeit von zwei Tagen. Im Wahlkampf habe ich keine Großplakate zum Thema Verbot der Zockerbanken und für das Trennbankensystem gesehen. Es ist eben auch Wahlbetrug – das hat Frau Wagenknecht zu Recht gesagt –, wenn Sie groß versprechen, etwas zum Wahlkampfthema zu machen, aber nichts davon bleibt. Was bleibt, ist der Spiegel-Bestseller über die Banken mit dem Titel „Der größte Raubzug der Geschichte“.

Frau Bundeskanzlerin, Sie haben gestern den Amtseid auf die Würde des Menschen geleistet. Das heißt übrigens nicht „die Würde des Deutschen“, sondern „die Würde des Menschen“.

Sie haben den Amtseid auch auf die Sozialstaatlichkeit, die nach unserem Grundgesetz unveräußerlich ist, geleistet. Die Verantwortlichkeit für die Sozialstaatlichkeit kann man auch nicht an die EU-Ebene abgeben. Sozialstaatlichkeit ist im Lissabon-Vertrag gar nicht vorhanden. Bei der Sozialstaatlichkeit geht es um etwas anderes als um das, was Sie griffig „marktkonforme Demokratie“ nennen.

In der marktkonformen Demokratie gibt es für diese grundgesetzlich geschützten Werte leider keinen Platz. Ändern Sie die Verträge. Ich habe vorhin gehört, dass auch Sie vom Lissabon-Vertrag weg wollen. Die Linke will das ebenfalls. Wir wollen hin zu den Menschen. Sie wollen vielleicht noch näher zu den Zockerbanken. Ändern Sie den Vertrag und bringen Sie grundgesetzlich geschützte Werte wieder zur Geltung!

Das erreicht man aber nicht, indem man einen Vampir zum Aufseher über die Blutreserven macht. Die Europäische Zentralbank mit Herrn Draghi war die Gelddruckmaschine der Zockerbanken.

Lassen Sie mich zum Abschluss Folgendes sagen: Willy Brandt hat einmal mein Lied „Das weiche Wasser bricht den Stein“ auf Schallplatte gesprochen, unter anderem mit den Worten: „Monopoly, das kalte Spiel – sollen Menschen bloß Figuren sein?“ Was hat die Deutsche Bank diesen Willy Brandt bekämpft? Haben Sie das vergessen? Deswegen haben Antifaschisten Artikel 15 ins Grundgesetz geschrieben. Mehr Demokratie wagen heißt, Bankenmacht zerschlagen.

(Beifall bei der LINKEN)

Dietmar Nietan, SPD:

## Auch für Europa gilt: Das Wir entscheidet



Dietmar Nietan (\*1957)  
Landesliste Nordrhein-Westfalen

Es ist gut, dass wir uns in diesem Parlament auch über sehr unterschiedliche Standpunkte austauschen. Erlauben Sie mir aber eine persönliche Bemerkung an die Kollegin Wagenknecht und den Kollegen Dehm: Dass die Sprecherin und der Sprecher der vermeintlichen Oppositionsführung in ihren Redebeiträgen nicht mit einem einzigen Wort Stellung bezogen haben zur Lage der Flüchtlinge in Europa, sondern sehr kalt und berechnend alte Klischees der Wirtschaftsdeologie bedient haben, entlarvt sie. Das ist ein trauriges Zeugnis für Ihre Politik.

Es ist eben einfacher, einen Popanz von den bösen Kapitalisten aufzubauen, als hier konkret zu sagen, was Sie tun wollen, damit die Situation der Flüchtlinge besser wird. Ich bin enttäuscht, dass Sie das mit keinem Wort erwähnt haben.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, auf dem Europäischen Rat in Brüssel wird die Bundesrepublik Deutschland heute erneut von Frau Bundeskanzlerin Merkel vertreten, und entgegen dem, was die Kolleginnen und Kollegen der Linkspartei uns erzählen wollen, spricht Frau Bundeskanzlerin dann für eine neue Bundesregierung und für eine andere Politik, für die wir Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten in diese Regierung eingetreten sind.

Sie spricht für eine neue Bundesregierung, die die Bekämpfung der Jugendarbeitslosigkeit in Europa wieder nach vorne schieben und nicht nur in Worthülsen belassen will. Sie spricht für eine neue Bundesregierung, die bei der Bewältigung der Krisenerscheinungen, die wir in Europa haben, nicht nur auf Konsolidierung setzt, sondern auch auf Zukunftsinvestitionen für mehr Wachstum und Beschäftigung.

Sie spricht für eine neue Bundesregierung, die bei allen notwendigen Strukturreformen für mehr Wettbewerbsfähigkeit jetzt auch das Augenmerk auf die Sozialverträglichkeit von Strukturanpassungen legt, also

für eine durchaus neue Politik. Ich glaube, auf diese neue Politik, die mit dem Eintritt der Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten in die Regierung möglich geworden ist, haben viele Regierungschefs in Europa offen – vielleicht auch insgeheim der eine oder andere Konservative – gesetzt. Sie hoffen auf eine neue Bundesregierung, die sich dafür einsetzt, dass es in Europa wieder sozialer und gerechter zugeht.

Denn auch für Europa gilt, liebe Kolleginnen und Kollegen: Das Wir entscheidet.

Unsere heutige Europäische Union darf nicht zu einer Versorgungsstelle für die Befriedigung vermeintlicher nationaler Interessen verkommen. Die Europäische Union ist eine Gemeinschaft, und für eine Gemeinschaft gilt immer noch: Sie ist dann stark, wenn sie auch gemeinschaftlich handelt.

Natürlich brauchen wir neue Impulse für Beschäftigung in ganz Europa. Deshalb sage ich an dieser Stelle: Es ist aus meiner Sicht nicht hinnehmbar, dass gut anderthalb Jahre nach der Beschlussfassung über den Pakt für Wachstum und Beschäftigung immer noch nicht alle Maßnahmen dieses Paktes umgesetzt sind. Auch wenn es hinsichtlich der wirtschaftlichen Entwicklung einiger Staaten den einen oder anderen Lichtblick am Horizont gibt, so sind wir noch lange nicht über den Berg. Ich will an dieser Stelle ergänzend zu dem, was die Bundeskanzlerin gesagt hat, betonen: Nicht nur die Staaten, die jetzt keine Leistungen aus den Hilfspaketen mehr benötigen, haben große Anstrengungen geleistet, sondern alle Staaten, allen voran Griechenland, haben große Anstrengungen geleistet. Das sollten wir an dieser Stelle würdigen.

Wir dürfen die Augen allerdings nicht davor verschließen, dass wir es immer noch mit einer dramatisch hohen Jugendarbeitslosigkeit zu tun haben. In drei Mitgliedstaaten ist jeder zweite Jugendliche ohne Arbeit, und in weiteren 16 Mitgliedstaaten liegt die Jugendarbeitslosenquote bei über 20 Prozent. Deshalb reichen – das sage ich sehr deutlich – die bisher verabredeten Maßnahmen der EU zur Bekämpfung der Jugendarbeitslosigkeit nicht aus.

Ich erwarte von der neuen Bundesregierung, dass sie den schwarz-roten Koalitionsvertrag ernst nimmt, in dem klar steht: Diese Bundesregierung muss für die Bekämpfung der Jugendarbeitslosigkeit in Europa mehr tun als ihre Vorgängerregierung.

Es gibt ein weiteres Thema, das aus meiner Sicht sehr entscheidend ist, aber in der öffentlichen Debatte nicht sehr oft die entsprechende Be-

achtung findet. Wir müssen in der Europäischen Union Systeme schaffen, die es ermöglichen, dass kleine und mittlere Unternehmen schnell und einfach an Kredite kommen. Denn wie wollen wir die wirtschaftliche Gesundung nicht nur in Griechenland voranbringen, wenn diejenigen, die dort neue Arbeitsplätze schaffen wollen, die sich engagieren wollen, vor einem Bankensystem stehen, das ihnen keine vernünftigen Kredite gibt? Das ist kein nationales Thema, sondern eines, für das wir uns auf europäischer Ebene einsetzen müssen.

Ich will kurz auf die sich im Trilog abzeichnende Einigung zu einer wichtigen Säule der Bankenunion, nämlich zu einem Abwicklungsmechanismus und Abwicklungsfonds für Banken, eingehen. Es ist völlig richtig, dass es bisher der falsche Weg war, dass die Steuerzahlerinnen und Steuerzahler alleinige Haftung übernommen haben. Deshalb finde ich es gut – auch das kann man im schwarz-roten Koalitionsvertrag nachlesen –, dass laut dem, was ich vom Ecofin höre, die Entwicklung auf der europäischen Ebene jetzt in die richtige Richtung geht. Es muss eine Haftungskaskade geben, bei der eines klar ist: Die erste Priorität bei der Haftung haben die Eigentümer der Banken und nicht die Steuerzahlerinnen und Steuerzahler; danach kommen die großen Bankgläubiger und nicht die kleinen Sparer. Es ist gut, dass sich abzeichnet, dass die Einlagensicherung zumindest für Einlagen bis zu 100 000 Euro gewährleistet ist und dass die kleinen Sparerinnen und Sparer, sollte es zu Problemen kommen, in sieben Tagen an ihr Geld kommen können. Das reicht zwar noch nicht aus. Aber es zeigt, dass wir in die richtige Richtung gehen. Auch diejenigen, denen das nicht ausreicht, sollten zumindest diese Fortschritte nicht ignorieren.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, ich möchte zum Schluss meiner Rede zur Situation der Flüchtlinge in Europa kommen. Der Präsident des Europäischen Parlaments, Martin Schulz, hat in einer, wie ich finde, bemerkenswerten Rede am 24. Oktober vor dem Europäischen Rat, vor den Staats- und Regierungschefs gesagt:

Lampedusa wurde zum Gleichnis für eine europäische Flüchtlingspolitik, die aus dem Mittelmeer einen Friedhof macht.

Martin Schulz hat recht. Es ist ein Skandal, was jeden Tag, auch heute, an den Außengrenzen der Europäischen Union geschieht.

Martin Schulz hat den Staats- und Regierungschefs am 24. Oktober außerdem in das Stammbuch geschrieben:

Lampedusa muss ein Wendepunkt für die europäische Flüchtlingspolitik sein.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, im Entwurf der Schlussfolgerungen des Europäischen Rates, der 45 Punkte enthält, ist ganz am Ende, in den Punkten 41 und 42, zu lesen, der Europäische Rat bekräftige seine Entschlossenheit, das Risiko zu verringern, dass es in Zukunft zu weiteren Tragödien dieser Art kommt. Ich frage mich: Was haben die Kommission und die Staats- und Regierungschefs seit Anfang Oktober in Lampedusa getan? Das ist zu wenig, was in diesen Schlussfolgerungen des Europäischen Rates steht.

Deshalb ist es unsere Aufgabe – nicht nur die der Bundesregierung –, sehr schnell daran zu arbeiten, dass es grundlegende Reformen gibt, auch beim System von Dublin II. Es kann nicht sein, dass sich reiche Staaten in Europa weigern, bei der Aufnahme von Flüchtlingen Solidarität mit den Staaten zu zeigen, die an unseren Außengrenzen liegen. Das ist nicht das Europa, das ich mir wünsche, liebe Kolleginnen und Kollegen.

Es kann auch nicht sein, dass die Drittstaatenabkommen, die wir mit Staaten wie Marokko treffen, den Charakter eines modernen Ablasshandels haben. Da wird Drittstaaten etwas Geld gegeben, und dafür sollen die dann die Flüchtlinge – ich sage das so deutlich – entsorgen. Wenn sie von Marokko in die Wüste geschickt werden, dann zuckt man hier mit den Schultern nach dem Motto: Wir haben mit denen doch ein Drittstaatenabkommen. – Das ist den Werten der Europäischen Union nicht würdig. Wir alle müssen etwas dafür tun, dass sich das schnell ändert.

Wir brauchen für die Europäische Union ein legales Einwanderungssystem, wir brauchen mehr Solidarität bei der Aufnahme von Flüchtlingen, und – ich sage das sehr deutlich – wir sollten uns noch einmal den mehrjährigen Finanzrahmen der EU ansehen. Er spart nämlich ausgerechnet bei Maßnahmen für internationale Hilfen. Wenn wir es mit den Worten: „Wir wollen die Ursachen von Flucht, Verfolgung und Armut bekämpfen“ ernst meinen und gleichzeitig im mehrjährigen Finanzrahmen bei Maßnahmen für internationale Hilfen kürzen, sind wir zutiefst ungläubig. An genau diesen Punkten müssen wir arbeiten, muss diese Regierung arbeiten. An diesen Punkten wird die Sozialdemokratische Partei Deutschlands in dieser Regierung arbeiten. Es soll ja Leute gegeben haben – das habe ich mir sagen lassen –, die an der europapolitischen Zuverlässigkeit der Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten gezweifelt haben. Wir werden in den nächsten vier Jahren beweisen, dass diese Zweifel unberechtigt waren.

(Beifall bei der SPD sowie bei Abgeordneten der CDU/CSU)

Manuel Sarrazin, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN:

## Sie verpassen mit diesem Gipfel eine gute Gelegenheit



Manuel Sarrazin (\*1982)  
Landesliste Hamburg

Wenn man in den letzten Monaten in den Hauptstädten Europas unterwegs war, konnte man feststellen: Alle warteten auf die Bundestagswahl und waren dann ganz überrascht, dass man noch weiter warten muss: auf den Koalitionsvertrag.

Man musste das Gefühl bekommen, es ist mit diesem Koalitionsvertrag ein bisschen wie in dem Brief des Apostels Paulus an die Philipper, wo geschrieben steht:

Ich selbst habe diese Wünsche und Sehnsüchte in dich hineingelegt.

Ich habe das Gefühl, bei Ihnen ist das immer noch der Fall.

Das deckt sich aber nicht unbedingt mit dem Text des Koalitionsvertrages und erst recht nicht mit dem, was wir im Zusammenhang mit dem Gipfel erleben.

Ich kann Sie beruhigen: Ich habe gegenüber den europäischen Kolleginnen und Kollegen Erwartungsmanagement betrieben und immer gesagt: Sie können von der neuen Koalition in Berlin europapolitisch leider nicht zu viel erwarten. – Ich muss zu meinem eigenen Leidwesen gestehen, dass ich mich nach dieser Regierungserklärung von Frau Merkel bestätigt sehe.

Aber man soll ja nicht immer gleich den biblischen Maßstab ansetzen. Deshalb möchte ich versuchen, Ihren eigenen Maßstab anzulegen. Sie sagen:

Für die Große Koalition ist und bleibt das europäische Einigungswerk eine der wichtigsten Aufgaben ...

Und Sie sagen:

Unser Ziel dabei ist ... ein Europa der Stabilität, des Wachstums ...

Ich muss Ihnen ganz ehrlich sagen: Wenn ich mir anschau, was für den Gipfel morgen auf der Tagesordnung steht und was für Herausforderungen in den nächsten Monaten vor uns liegen, dann mache ich mir sehr große Sorgen. Das Ziel von Stabilität und Wachstum wird durch das, was Sie als Verhandlungsstrategie ausgegeben haben, in keinster Weise erreicht. Im Gegenteil, Sie versäumen es, jetzt Entscheidungen zu treffen, die Europa in

2014 auch in schwierigeren Zeiten zu Stabilität und auch zu Wachstum bringen können.

Sie sind nicht darauf eingegangen, was für Entwicklungen anstehen: Irland und Portugal verlassen den Rettungsschirm. Viele Staaten haben eine schwierigere innenpolitische Lage als in der Vergangenheit – wegen Wahlen, die anstehen, aber auch, weil die Krisenpolitik Regierungen natürlich Körner kostet. Weiterhin können vor dem Hintergrund des EZB-Stresstests der finanzielle Zusammenhalt der Europäischen Union und die politische Glaubwürdigkeit für die Existenz des Euro auf den Märkten als nicht ganz gesichert gelten. Angesichts dessen verstehe ich nicht, wie man mit einer so schwachen Agenda auf diesen Europäischen Gipfel gehen kann.

Ich sehe in den nächsten Jahren – und auch bei diesem Gipfel – die Gefahr, dass einer Fragmentierung des Euro, einer Fragmentierung des Binnenmarkts – unter anderem, weil der Bankenmarkt sich fragmentiert –, aber auch einer Renationalisierung von Entscheidungsstrukturen und einem künftigen Auseinanderentwickeln von Staaten in Zentraleuropa – die einen mit dem Euro als Umlaufwährung, die anderen ohne den Euro als Umlaufwährung –, dass diesen gefährlichen Tendenzen, die im Gegensatz zu all dem stehen, was immer deutsche Europapolitik war, von dieser Bundesregierung immer noch nichts entgegengesetzt wird. Was Sie als Verhandlungslinie zur Bankenunion ausgegeben haben, ist der beste Beweis dafür.

Ich habe ein Beispiel aus Spanien gehört: Ein kleiner Fahrradproduzent erhielt einen Auftrag der Stadt Kopenhagen, Citybikes herzustellen. Er wollte diesen Auftrag für sein gesundes Unternehmen annehmen und hat keine Bank gefunden, die ihm eine Finanzierung bereitstellen konnte.

Sie müssen doch akzeptieren, dass man nur durch eine Bankenunion, die die Kreditklemme für die kleinen und mittelständischen Unternehmen in Südeuropa beseitigen kann, auch in der Lage ist, etwas gegen Jugendarbeitslosigkeit zu tun. Sie haben aber die Einigung, die schon im letzten Juni erreicht worden war, zurückverhandelt: Die Möglichkeit der direkten Bankenrekapitalisierung aus dem ESM ist nicht mehr enthalten, Sie wollen keinen europäischen Bankenabwicklungsmechanismus mehr, sondern nationale Mechanismen, und Sie wollen schließlich, dass das Prinzip gilt, dass ein Nationalstaat immer daran glauben muss, dass, wenn seine Banken in Schwierigkeiten sind, sie nicht durch eine mutige europäische Lösung aufgefangen werden. – Wegen dieser Versäumnisse mache ich mir Sorgen.

Dann gibt es diese bilateralen Verträge, die das neue Lieblingskind von Frau Merkel und scheinbar erlösungsbringend sind. Wenn man sich diese genau anguckt, dann erkennt man: Das ist eine neue Scharade. In Wirklichkeit degradieren Sie die europäischen Governance-Mechanismen, die wir in den letzten Jahren unter großer Anstrengung zu stärken versucht haben, und setzen sie auf die Bank des Zuschauers.

Michael Stübgen, CDU/CSU:

## Es geht um unsere Zukunft



Michael Stübgen (\*1959)  
Wahlkreis Elbe-Elster –  
Oberspreewald-Lausitz II

Herr Sarrazin, ich werde in meiner kurzen Rede nachweisen, dass auf dem Europäischen Rat eine ganze Menge beschlossen werden wird – gerade hinsichtlich der Zukunft der Europäischen Union im Zusammenhang mit den wichtigen Fragen der Wirtschafts- und Währungsunion.

Ich möchte aber mit der Feststellung starten, dass am Beginn der Arbeit dieser Bundesregierung auch die Weiterarbeit an einem Thema steht, das uns in den letzten vier Jahren im Deutschen Bundestag in ganz besonderer Weise und sehr oft betroffen hat, nämlich die sogenannte Euro-Krise.

Ich denke, dass wir kurz eine Bestandsaufnahme machen müssen, wo wir in dieser Euro-Krise jetzt stehen. Meine These ist: Wir sind dabei, diese Euro-Krise zu überwinden. Die Euro-Zone ist nach außen gesichert. Es gibt seit Monaten – fast seit Jahren – keine nennenswerten und schon gar keine erfolgreichen Spekulationen gegenüber dem Euro. Die Rettungsschirme funktionieren, und zwar im Wesentlichen so, wie wir das hier im Bundestag beraten und beschlossen haben, und die Er-

Sie sehen die nationale Politik wieder als höchste Entscheidungsinstanz für nationale Reformpfade an und sagen der Europäischen Kommission: Nach unserem Gusto könnt ihr uns vielleicht am Ende unterstützen.

Damit schaffen Sie genau das Gegenteil von Verbindlichkeit. Anstatt aus den Erfahrungen in den 2000er-Jahren die Lehren zu ziehen und die Verfahren zu stärken, für die mehr Verbindlichkeit notwendig ist, setzen Sie neue Verfahren ein, die Staaten – das sage ich Ihnen voraus – in keinster Weise dazu animieren werden, die notwendigen Reformen wirklich anzugehen.

Es ist geradezu vielsagend, dass die Vorgaben der Europäischen Kommission und des Rates an Deutschland für seinen Haushaltsplan in diesem Jahr

nicht angeguckt werden, während hier die neue Verbindlichkeit gepredigt wird.

Meine Damen und Herren, Europa steht vor großen Herausforderungen, und ich habe wirklich den Wunsch an die neue Koalition, dass man nicht wieder nur dann zu Entscheidungen kommt und nur dann den Mut zusammennimmt, Strukturen zu schaffen, mit denen man auch in schwierigen Zeiten entscheidungsfähig ist, wenn man mit dem Argument „Das ist alternativlos“ ultimativ dafür werben kann, sondern dass man endlich einmal rechtzeitig zu Entscheidungen kommt. Dafür wäre dieser Gipfel eine Gelegenheit, die von Ihnen leider verpasst wird.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

gebnisse entsprechen denen, die wir erreichen wollten.

Irland wird im nächsten Jahr als erstes Land den Rettungsschirm verlassen. Irland hat eine hervorragende und fortschrittliche Entwicklung hinter sich, und es sieht, zumindest nach jetziger Aussage der irischen Regierung, auch danach aus, dass ein Folgeprogramm nicht nötig sein wird.

Irland zeigt aber nach meiner Überzeugung auch Folgendes – das gilt vor allen Dingen für die Euro-Krisenländer -: Es ist besser und weniger schmerzhaft, wenn man schnell und entschlossen Reformen beginnt, wie das Irland 2010 getan hat. Aber es ist auch eindeutig: Irland ist längst noch nicht vollständig aus der Krise heraus. Ich glaube, unsere Aufgabe und die Aufgabe der Europäischen Union besonders für die nächsten Jahre ist, dass wir neben der Sicherung der Euro-Zone nach außen die Wirtschafts- und Währungsunion festigen, fortentwickeln und dauerhaft so organisieren müssen, dass solche Krisen, wie wir sie in den letzten vier Jahren erlebt haben, nicht mehr ausbrechen können.

Ich will ein paar Sätze zur Bankenunion sagen. Wir haben in der letzten Legislaturperiode viel über den ersten Pfeiler der Bankenunion diskutiert, nämlich eine funktionierende Bankenaufsicht europaweit, für alle Bankeninstitute in der Europäischen Union. Die Regelungen dazu sind politisch und parlamentarisch beschlossen. Die Bankenaufsicht wird 2014 beginnen.

Morgen steht vor allen Dingen die Frage des zweiten Pfeilers der Bankenunion zur Debatte, nämlich die Einführung eines sogenannten gemeinsamen Abwicklungsmechanismus, der es unter geordneten Bedingungen möglich macht, bestimmte Bankinstitute zu schließen, wenn sie entweder in eine nicht mehr korrigierbare finanzielle Schieflage geraten sind oder ein nicht

zukunftsfähiges Geschäftsmodell verfolgen. Nach meiner Einschätzung ist der von der Euro-Gruppe und vom Ecofin erarbeitete Kompromiss ein richtiger und guter Kompromiss.

Wir haben die Situation – das muss man schlichtweg feststellen –, dass wir in der Bewältigung der Euro-Krise zwar weit gekommen sind, es als Folge der Krise aber jetzt so ist, dass nur noch 3 der 17 Euro-Länder den Triple-A-Status haben. Wir wissen auch, dass insbesondere in Frankreich, aber auch in anderen Euro-Ländern der Reformeifer nachgelassen hat. Ähnlich ist die Situation im drittgrößten Euro-Land, in Italien. In dieser Frage sind die EU-Länder noch ziemlich weit auseinander. In den Vorbereitungen gibt es klare Zielsetzungen. Ich hoffe und halte es für möglich, dass es morgen und übermorgen eine politische Einigung dazu geben wird. Denn es wird entscheidend sein, dass wir in der jetzigen Situation dafür sorgen, dass die Euro-Länder ihre Reformen so umsetzen, dass sie mehr Wettbewerbsfähigkeit und damit mehr Arbeitsplätze und mehr Kraft bekommen, um wieder voranzugehen und auch die sozialen Probleme in ihren Ländern lösen zu können.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, mir bleibt am Schluss meiner Rede, der Bundeskanzlerin für den Europäischen Rat alles Gute zu wünschen. Es geht um Europa. Es geht um unsere Zukunft.

(Beifall bei der CDU/CSU und der SPD)

Dies ist eine gekürzte Version der Debatte. Außerdem sprachen: Dr. Bärbel Kofler (SPD), Florian Hahn (CDU/CSU), Roderich Kiesewetter (CDU/CSU), Wolfgang Hellmich (SPD), Ralph Brinkhaus (CDU/CSU) sowie Gunther Krichbaum (ebenfalls CDU/CSU).

Debatte über Preismoratorium für Arzneimittel / 5. Sitzung des 18. Deutschen Bundestages am 18. Dezember 2013

Jens Spahn, CDU/CSU:

## Wir setzen das Richtige um



Jens Spahn (\*1980)  
Wahlkreis Steinfurt I – Borken II

Die Große Koalition ist im Amt, und wir beginnen gleich intensiv mit der inhaltlichen Arbeit, nämlich der Gesetzgebung im Gesundheitsbereich.

Wir setzen mit diesen beiden Entwürfen für Arzneimittelgesetz zum einen das um, was wir zwischen den Koalitionspartnern vereinbart haben. Viel wichtiger ist aber: Wir setzen damit zum anderen auch das um, was in den Debatten der letzten

Monate – ich glaube, fraktionsübergreifend von denjenigen, die die gesundheitspolitischen Debatten verfolgen – als das Richtige erkannt worden ist.

Worum geht es? Wir haben das jahrzehntelange Preismonopol der Pharmaindustrie in Deutschland mit dem Arzneimittelmarktneuordnungsgesetz ab 2011 im Grunde gebrochen und erstmalig in der Geschichte der Bundesrepublik gesagt: Ein neues Arzneimittel hat nicht den Preis, den der Hersteller für die Patentlaufzeit festsetzt. – Wir sind die Tatsache angegangen, dass es in Deutschland – das wurde vielfach gesagt – die höchsten Arzneimittelpreise in Europa gibt, und haben beschlossen, dass sich ein neues Arzneimittel in Zukunft beweisen und zeigen muss, dass es besser als die Medikamente ist, die bereits auf dem Markt sind. Deswegen führen wir eine Nutzenbewertung durch,

anschließend wird der Preis auf Basis dieser Nutzenbewertung verhandelt und festgelegt. Im Zuge der Umsetzung dieses Gesetzes haben wir gesagt: Das soll auch für Medikamente gelten, die schon vor 2011 auf dem Markt gewesen sind.

Nun stellt sich heraus – das bestreitet auch niemand –, dass es bei diesem sogenannten Bestandsmarkt, also den Medikamenten von vor 2011, rechtliche, verfahrenstechnische und auch praktische Probleme bei der Umsetzung einer solchen Nutzenbewertung gibt. Deswegen und weil es für Hunderttausende

Patientinnen und Patienten in Deutschland Folgen hätte, deren Medikamente möglicherweise nicht mehr verfügbar wären, wenn die Dinge nicht wissenschaftlich fundiert nach alter Rechtslage abgehandelt werden können, macht es aus unserer Sicht Sinn, dass wir diesen Bestandsmarktaufruf beenden. Das

**Es besteht Konsens darüber, dass die Preise in diesem Bereich nicht steigen sollen.**

ist Bestandteil des einen Gesetzentwurfes.

Gleichzeitig sagen wir aber: Das, was wir im Bereich der Arzneimittel sparen wollten und wollen, werden wir durch andere Instrumente im Sinne der Versicherten und der Beitragszahler einsparen. Deswegen wollen wir das sogenannte Preismoratorium fortsetzen. Das heißt, für diese Medikamente gilt der Preis vom 1. August 2009 weiter fort. Das würde sonst zum Ende dieses Jahres beendet werden.

Das werden wir durch die Gesetzgebung jetzt recht zügig regeln können. Ich danke Grünen und Linken in der Opposition ausdrücklich dafür, dass sie verfahrenstechnisch nichts dagegen haben, sodass wir das noch in diesem Jahr sehr kurzfristig – heute in erster Lesung und morgen in zweiter und dritter Lesung – beenden und rechtssicher regeln können. Denn es besteht Konsens darüber, dass die Preise in diesem Bereich Anfang des Jahres nicht steigen sollen.

Wir wollen die Preise dann erst einmal bis 2017 auf diesem Niveau einfrieren und gleichzeitig den Zwangsabbau von 6 auf 7 Prozent erhöhen. Er ist schließlich dem sehr hohen Umsatz, den die Pharmain-

dustrie mit der gesetzlichen Krankenversicherung macht, geschuldet.

Alles in allem – das ist, glaube ich, die entscheidende Botschaft – ist das ein klassischer, guter Kompromiss, der besagt: Wir behalten das Instrument der Nutzenbewertung von Arzneimitteln, wonach neue Medikamente zeigen müssen – das gilt auch in Zukunft weiter –, dass sie besser sind als das, was wir schon haben;

sie müssen ihren höheren Preis rechtfertigen. Dabei bleiben wir, das setzen wir fort. Aber da, wo es in der Umsetzung rechtliche und praktische Probleme gibt, korrigieren wir.

Gleichzeitig wollen wir es möglich

machen, dass die Versicherten und die Beitragszahler profitieren und auch sparen können. Deswegen beginnen wir heute mit der entsprechenden Gesetzgebung, die aufgrund der Fristabläufe dringend ist, und werden das dann gemeinsam in den nächsten zwei Tagen fortführen.

Ich will abschließend an dieser Stelle dem neuen Bundesgesundheitsminister ganz herzlich gratulieren. Wir als CDU/CSU-Bundestagsfraktion freuen uns auf eine gute Zusammenarbeit. Alles Gute!

(Beifall bei der CDU/CSU sowie bei Abgeordneten der SPD)

**Wir wollen es möglich machen, dass die Versicherten und Beitragszahler profitieren.**

Kathrin Vogler, DIE LINKE:

## Das Preismoratorium ist notwendig und dringlich



Kathrin Vogler (\*1963)  
Landesliste Nordrhein-Westfalen

Heute liegen uns zwei Gesetzentwürfe der Regierungskoalition zur Arzneimittelpolitik vor. SPD und Union wollen das Preismoratorium für Arzneimittel ohne Festbetrag verlängern, damit die Preise nicht wieder in den Himmel steigen. Ich sage ganz deutlich: Ich freue mich,

dass Sie hiermit ein Anliegen der Linken aufgegriffen haben, das wir schon im Juni in Form eines Antrags in den Bundestag eingebracht haben.

Tatsächlich drängt jetzt die Zeit; denn würde der Preisstopp nicht noch diese Woche verlängert, dann drohten ab dem 1. Januar 2014 Mehrausgaben für die gesetzlichen und auch für die privaten Krankenversicherungen in Höhe von schätzungsweise 600 Millionen Euro jährlich. Weil Sie ja im Koalitionsvertrag festgeschrieben haben, die Arbeitgeberbeiträge nicht zu erhöhen, müssten diese Mehrausgaben, genau wie alle anderen Kostensteigerungen, allein von den Versicherten getragen werden. Das Preismoratorium ist also notwendig und dringlich. Deswegen wird die Linke diesem Gesetzentwurf morgen zustimmen, und deswegen haben wir auch dem beschleunigten Verfahren zugestimmt.

Der zweite Gesetzentwurf jedoch findet ebenso klar nicht unsere Zustimmung. Sie wollen den Rabatt, den alle Hersteller den gesetzlichen Krankenkassen einräumen müssen, von 6 auf 7 Prozent anheben. Dafür fällt aber der Sonderrabatt von 10 Prozent auf die nicht festbetragsfähigen Arzneimittel zum Ende des Jahres weg. Das bedeutet Kostendämpfung mit dem Rasenmäher anstatt gezielter Politik gegen die Mondpreise der forschenden Pharmaindustrie.

Wir als Linke sagen: Wirkliche Innovationen, also neue Mittel, die echte Fortschritte im Sinne der Therapie bedeuten, sollen gut bezahlt werden. Scheininnovationen hingegen – das ist leider die große Masse – dürfen nicht teurer sein als bewährte Medikamente mit demselben Nutzen.

Damit kommen wir zum zweiten Teil des zweiten Gesetzentwurfes. Sie wollen nämlich Arzneimittel, die schon vor 2011 auf dem Markt

waren, von der Nutzenbewertung freistellen. Seit 2011 gilt nämlich das Arzneimittelmarktneuordnungsgesetz, das AMNOG. Das regelt, dass alle neuen Arzneimittel auf dem Markt auf ihren Nutzen für die Patientinnen und Patienten überprüft werden, bevor Krankenkassen und Unternehmen miteinander einen Preis vereinbaren. Das Prinzip in Kürze: Was nicht mehr bringt als ein vorhandenes

Medikament, das soll auch nicht mehr kosten dürfen. Gut so weit.

Auf Anfrage der Linksfraktion antwortet uns jetzt die Bundesregierung, dass aktuell von den 243 patentierten Arzneimitteln noch 199 auf diese Nutzenbewertung warten. Tatsache ist, dass das Einsparpotenzial durch die Nutzenbewertung,

Fortsetzung auf Seite 10



Pro Kopf gibt jeder Deutsche 313 Euro im Jahr für Medikamente aus.

Fortsetzung von Seite 9: Kathrin Vogler (DIE LINKE)

das uns damals die schwarz-gelbe Koalition auf 2 Milliarden Euro jährlich beziffert hat, noch nicht annähernd erreicht ist. Schon allein dies wäre ein hinreichender Grund, an der Nutzenbewertung auch für ältere Medikamente festzuhalten.

Die Bundesregierung geht davon aus, dass bislang nicht mehr als 180 Millionen Euro jährlich durch dieses Verfahren eingespart werden. Bei einem Gesamtvolumen von 29,2 Milliarden Euro jährlich ist das kaum mehr als der berühmte Tropfen auf dem heißen Stein.

Viel gravierender aus der Sicht der Patientinnen und Patienten ist doch, dass Sie mit dem Verzicht auf die Nutzenbewertung des Bestandsmarktes ohne Not ein Instrument der Qualitätssicherung aus der Hand geben. Ich zitiere aus Ihrem Koalitionsvertrag.

Darin heißt es im ersten Satz zum Abschnitt Gesundheitspolitik:

Im Zentrum unserer Gesundheitspolitik stehen die Patientinnen und Patienten und die Qualität ihrer medizinischen Versorgung.

**Wenn es nämlich konkret wird, dann kapitulieren Sie doch vor der Industrie und deren Interessen.**

Die Unterschrift unter der Ernennungsurkunde des neuen Gesundheitsministers, dem auch ich herzlich gratuliere, ist noch

nicht ganz trocken, da erweist sich dieser Satz schon als hohle Phrase.

Wenn es nämlich konkret wird, dann kapitulieren Sie doch leider wieder vor der Industrie und deren wirtschaftlichen Interessen.

Als Begründung hat uns der Kollege Spahn gerade die Schwierigkeiten, die das Verfahren zweifelsohne macht, genannt. Denn die Unternehmen wehren sich mit Klagen gegen die Einschränkung ihrer Profitmöglichkeiten. Sie wollen eben keine unabhängige Prüfung ihrer Produkte. Das ist aus deren Sicht auch absolut nachvollziehbar: Unternehmen handeln im In-

teresse ihrer Aktionäre. Aber Sie als Bundesregierung, die hier im Hause eine Mehrheit von 80 Prozent haben, sollten Politik für die Mehrheit der Menschen machen und nicht für die Minderheit der Aktionäre.

Daran werden wir als Linke Sie immer wieder erinnern. In diesem Sinne freue ich mich schon sehr auf die Beratungen zu diesem zweiten Gesetzentwurf im Gesundheitsausschuss.

(Beifall bei der LINKEN)

Dr. Karl Lauterbach, SPD:

## Wir wollen hier keine kleinen Brötchen backen



Karl Lauterbach (\*1963)  
Wahlkreis Leverkusen – Köln IV

Sehr geehrter Herr Minister, auch ich darf Ihnen im Namen meiner Fraktion zum neuen Amt ganz herzlich gratulieren. Ich will hier nicht öffentlich darüber spekulieren, wer dort auch gerne gesessen hätte.

Aber, wie gesagt, ich freue mich auf eine gute Zusammenarbeit und darf mich auch ganz herzlich für die Unterstützung bedanken, die Ihr Haus bei der Vorbereitung dieser ersten wichtigen Gesetzesinitiative geleistet hat.

Wir werden als Große Koalition im Bereich der Gesundheitspolitik viel bewegen. Wir haben diesem Bereich einen hohen Stellenwert eingeräumt, und wir wollen hier keine kleinen Brötchen backen. Das zeigt der Koalitionsvertrag. Wir wollen Schwerpunkte bei einer pragmatischen Politik setzen, die konkrete Verbesserungen für Patienten, Pflegebedürftige, Angehörige, Versicherte, Pflegekräfte, Ärzte und andere Gesundheitsberufe in den Vordergrund

stellt. Wir wollen das nicht gegen die Interessen der Wirtschaft machen. Das ist ganz klar.

Eine gute Gesundheit der Bevölkerung hilft der Wirtschaft mehr als alles andere. Wir werden die Produktivität dieser Gesellschaft und auch den sozialen Zusammenhalt nur erhalten können, wenn wir in die Gesundheit aller Menschen investieren. Das wird der Schwerpunkt der Arbeit dieser Großen Koalition sein müssen.

Daher ist es auch kein Zufall gewesen, dass wir in den Koalitionsverhandlungen mit dem Bereich Gesundheit zuerst fertig gewesen sind. Es ist auch kein Zufall, dass wir den ersten Gesetzentwurf im Bereich der Gesundheitspolitik – für die erste, zweite und dritte Lesung –

**Wir werden als große Koalition im Bereich der Gesundheitspolitik viel bewegen.**



Zentrallager eines Pharmaziegroßhandels. Pro Tag werden in Deutschland 1.086 Arzneimitteldosen verkauft.

einbringen. Es ist ein Gesetz mit Augenmaß. Es ist ein Gesetz, mit dem wir einen Preisanstieg für die Arzneimittel unmittelbar im Januar abwenden können. Die gleichen Medikamente würden ohne dieses Gesetz ohne Begründung sofort teurer werden.

Wir bringen auch einen weiteren Gesetzentwurf mit Augenmaß ein, der den Rabatt bei Arzneimitteln langfristig sicherstellen wird: Der Rabatt wird von 6 Prozent auf 7 Prozent erhöht werden.

Dieser Rabatt kann bei Bedürftigkeit der gesetzlichen Krankenversicherung zu jedem Zeitpunkt auch darüber hinaus erhöht werden. Das ist somit eine Augenmaßentscheidung. Ein höherer Rabatt wäre angesichts der Überschüsse der Krankenkassen zum jetzigen Zeitpunkt kaum rechtlich vertretbar gewesen. Aber ein höherer Rabatt ist dann vertretbar, wenn die Finanzlage der gesetzlichen Krankenkassen es notwendig macht. Das ist also eine pragmatische, gute Lösung.

Man darf nicht unterschätzen, dass wir vereinbart haben, das Verfahren der Bewertung des Nutzens der Medikamente und der Preise im Rahmen des AMNOG zu verbessern und fortzuführen. Das wird langfristig zu einem besseren Kosten-Nutzen-Verhältnis in der Arzneimitteltherapie führen und einen wesentlichen Beitrag zur Sicherheit der Versorgung leisten. Nur noch Medikamente, die in Zukunft zugelassen werden, unterliegen einmal diesem unabhängigen, freien Verfahren. Somit können die gleichen Wirkstoffe nicht mehrfach teurer verkauft werden. Damit sorgen wir für eine wesentliche Verbesserung.

Des Weiteren schaffen wir Regelungen, die sicherstellen, dass die Verfahren zur Bewertung von Medikamenten auf dem Bestandsmarkt, die zurzeit laufen, rechtsfest zu Ende geführt werden. Wie Sie wissen, Frau Vogler, geschieht dies gegen den Widerstand der Arzneimittelindustrie. Wir führen diese Verfahren sauber zu Ende – gegen den Widerstand der betroffenen Unternehmen. Wir wollen in Anbetracht der anderen wich-

tigen Schwerpunkte, die wir zu setzen haben, den Bestandsmarkt auf seine Sicherheit prüfen, ihn aber nicht einem Kosten-Nutzen-Verfahren unterwerfen, das sehr bürokratisch gewesen wäre und letztendlich kaum Ertrag gebracht hätte. Ich glaube, es handelt sich um ein Gesetz mit Augenmaß.

Gerade die Gesetzgebung zum Preisermittlung werden wir nur mit Ihrer Hilfe zu Ende bringen können. Sie, liebe Kolleginnen und Kollegen von den Grünen und von der Linksfraktion, haben das Verfahren mitgetragen. Dafür möchte ich mich im Namen meiner Fraktion ganz herzlich bedanken. Es ist ein wichtiges Signal, dass Sie an den Stellen mitarbeiten, wo wir gemeinsam Interessen der Patienten vertreten.

Der Schwerpunkt unserer Arbeit wird auf der konkreten Verbesserung der Behandlung der Patienten liegen. Wir werden neue Programme einführen, zum Beispiel für die Behandlung von chronisch Kranken mit Depressionen und Rückenleiden. Wir werden für eine bessere Verteilung bei den Hausärzten sorgen. Wir werden dort, wo Facharztmangel

herrscht, die Krankenhäuser für die fachärztliche Versorgung öffnen. Wir werden in überversorgten Gebieten die kassenärztlichen Vereinigungen zwingen, die Arztsitze zurückzukaufen. Wir werden verpflichtend vereinbaren, dass jeder Patient innerhalb von vier Wochen einen Facharzttermin bekommt. Damit leisten wir einen wichtigen Beitrag zur Bekämpfung der Zweiklassenmedizin.

Wir werden viele Regelungen treffen, die die Versorgung in Deutschland pragmatisch und konkret verbessern. Das ist unsere Aufgabe in der Großen Koalition.

Zum Schluss bedanke ich mich ganz herzlich bei den Verhandlungspartnern von der Union. Wir haben aus meiner Sicht für die Große Koalition im Gesundheitsbereich ehrgeizige und gute Ziele vereinbaren können. Ich hoffe, dass wir diese zusammen mit Ihnen, Herr Gröhe, auch erreichen werden.

(Beifall bei der SPD und der CDU/CSU)

**Dieser Rabatt kann bei Bedürftigkeit der gesetzlichen Krankenkasse erhöht werden.**



Dr. Harald Terpe, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN:

## Wir werden dem zustimmen



Harald Terpe (\*1954)  
Mecklenburg-Vorpommern

Auch von meiner Seite herzlichen Glückwunsch, Herr Minister Gröhe. So neu und überraschend die Materie für Sie vielleicht sein mag, so überraschend ist es natürlich auch, dass das erste Fachgesetz in dieser Legislaturperiode ein Gesundheitsgesetz ist. Aber wie es immer

so ist: Ins Wasser geworfen zu werden, ist die beste Methode, um schwimmen zu lernen. Auf gute Zusammenarbeit!

Durch informelle Gespräche ist es gelungen, für ein erstes eilbedürftiges Gesetz ein Verfahren zu wählen, das, was die Fachlichkeit betrifft, einen regulären Prozess mit Anhörung sowie zweiter und dritter Lesung ermöglicht. Damit haben wir als Parlamentarier eine erste Bewährungsprobe gut bestanden. Vielleicht ist das auch ein hoffnungsvoller Anfang im Umgang mit der Opposition. Vielen Dank dafür.

Die Arzneimittelpolitik der Vorgängerregierung bestand aus dem Dreiklang Preismoratorium, Rabatt und Nutzenbewertung von Arzneimitteln.

Jetzt sollen diese Regulierungselemente teilweise revidiert beziehungs-

weise nicht fortgeführt werden. Dazu liegen zwei Gesetzentwürfe vor. Der zweite und umfangreichere Gesetzentwurf befasst sich zum einen mit der Fortsetzung des Preismoratoriums bis Ende 2017. Ich freue mich schon auf die Beratungen im Fachausschuss, weil wir uns natürlich über die Frage unterhalten müssen, ob der Zeitpunkt richtig gewählt ist. Dazu ist schon gesagt worden, dass er auch vorverlegt werden kann. Aus der Erfahrung des Übergangs in die neue Legislaturperiode kann man sich auch fragen, ob man ihn nicht drei Monate nach hinten verlegen muss, damit wir nachher nicht wieder in die Situation geraten, die wir in diesem Jahr haben, nämlich in einem verkürzten Verfahren arbeiten zu müssen.

**Wir als Grüne haben uns viele Jahre für die Nutzenbewertung der Arzneimittel eingesetzt.**

Michael Henrich, CDU/CSU:

## Die beiden Gesetzentwürfe bieten einen guten Kompromiss



Michael Henrich (\*1965)  
Wahlkreis Nürtingen

Gestern Vereidigung des neuen Kabinetts, heute Morgen Regierungserklärung zum Europäischen Rat und jetzt Debatte zum Thema Preismoratorium für Arzneimittel: Wir sind im Alltag angekommen.

Ich darf Ihnen, Herr Minister Gröhe, und auch Ihnen, Frau Staatssekretärin Widmann-Mauz, ganz herzlich gratulieren, Ihnen, Herr Gröhe, zu dem neuen Amt; Sie, Frau Widmann-Mauz, haben Ihr Amt als Staatssekretärin schon ausgeübt. Wenn ich einen Wunsch äußern darf: Ich mache seit elf Jahren Ge-

sundheitspolitik und musste erleben, dass ich mir immer wieder Gesetzentwürfe bei Verbänden und sonst wo organisieren musste.

Es wäre schön, wenn wir mit dieser Unsitte brechen würden und es vielleicht in Zukunft gelingt, dass auch die Abgeordneten frühzeitig informiert werden.

Ich darf Ihnen, Herr Lauterbach, und Ihrer Mannschaft ganz herzlich für das konstruktive Miteinander bei den Koalitionsgesprächen danken; Sie haben es ja schon angesprochen. Das Ganze funktionierte reibungslos; das gilt auch für die Gespräche mit dem Kollegen Jens Spahn. Unsere Arbeitsgruppe war eine derjenigen, die am schnellsten fertig waren, und das ohne großen Streit in der Öffentlichkeit.

Ich denke, wir haben gute Beschlüsse gefasst. Sie haben es angesprochen: Die Themen „Versorgung“, „Krankenhäuser“, „Pflege“ stehen im Mittelpunkt. Wir haben keine gravierenden Veränderungen im Bereich der Arzneimittel vorgesehen. Das liegt daran, dass die

schwarz-gelbe Koalition in der letzten Legislaturperiode mit dem Arzneimittelmarktneuordnungsgesetz ein gutes Gesetz auf den Weg gebracht, das allseits Anerkennung findet. Wir haben erste Erfahrungen mit der frühen Nutzenbewertung und der Preisverhandlung gesammelt.

Es gibt meines Erachtens zwei Fragen, die wir in dieser Legislaturperiode bezüglich des AMNOG im Blick behalten müssen: Wird der Versorgungsalltag bei der frühen Nutzen-

**Wir erzielen mit diesem Gesetz Einsparungen von rund 600 bis 700 Millionen Euro.**

bewertung richtig berücksichtigt? Wie ist mit der Preisfindung umzugehen? Ansonsten ist alles auf gutem Wege.

Wir hatten ungeachtet dessen eine Klippe zu umschiffen, ein Problem zu lösen. Die Frage war:

Wie gehen wir mit dem Thema „Bestandsmarktaufruf/Verlängerung des Preismoratoriums/Erhöhung oder Beibehaltung des Herstellerabschlags“ um? Ich glaube, dass wir mit den beiden vorliegenden Gesetzentwürfen einen guten und vernünftigen Kompromiss gefunden haben.

Es kann aber auch sein, dass wir uns darüber unterhalten müssen, ob dieses Preismoratorium zielgenau ist.

Das Zweite ist die Festsetzung des Herstellerrabatts auf 7 Prozent. Dazu muss man klar sagen: Das bedeutet zunächst eine Kostensteigerung auf dem Arzneimittelmarkt, weil wir von 16 auf 7 Prozent zurückgehen. Zunächst haben wir also mit einer Kostenerhöhung zu rechnen, die natürlich die gesetzlichen Versicherten tragen müssen. Auch das wird eine spannende Diskussion, denke ich.

Das Dritte, für uns sehr Wesentliche, ist die Festlegung zur Fortführung der Nutzenbewertung. Da sage ich ganz klar: Wir als Bündnisgrüne haben uns sehr viele Jahre für die Nutzenbewertung der Arzneimittel eingesetzt und waren damals auch sehr zufrieden, dass das in der schwarz-gelben Koalition begonnen wurde. Nun ist aber die Frage, wie wir zukünftig mit dem Bestandsmarkt umgehen. Es wird das Argument gebracht, das sei aufwendig und der Einspareffekt sei fraglich. Das mag sein, aber wir haben nicht nur aus Einspargründen die Bewertung des Bestandsmarkts begrüßt, sondern

aus einem ganz anderen Grund: Es sind nämlich die Nutzeneffekte auch aus Patientenperspektive interessant. Schließlich ist die Frage interessant, ob die Medikamente, die man nutzen bewertet oder nicht, Standardvergleichstherapien für neu zu bewertende Arzneimittel sein können. In diesem Zusammenhang ist aus fachlichen Gründen natürlich die Diskussion interessant, ob das, was Sie vorhaben, die richtige Entscheidung ist oder ob man vielleicht noch zielgenauer vorgehen muss.

**Die Festsetzung des Herstellerrabatts bedeutet zunächst eine Kostensteigerung.**

Um diese Frage ausführlich auch im Ausschuss erörtern zu können, werden wir natürlich dem ersten, kürzeren Gesetzentwurf im verkürzten Verfahren zustimmen. Die Idee, die wir hatten, war, das Preismoratorium erst einmal für drei Monate zu verlängern, um dann eine ordentliche Anhörung durchführen zu können. Also, wir werden dem zustimmen. Ich freue mich auf die Diskussion im Fachausschuss, die wir bis Ende März führen müssen.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sowie bei Abgeordneten der SPD und der LINKEN)

Ganz wichtig war uns, dass es nicht zulasten der mittelständischen Industrie geht, wenn wir den Bestandsmarktaufruf beenden. Das wäre der Fall gewesen, wenn wir neben dem Preismoratorium den Herstellerabschlag bei 10 Prozent belassen hätten. Ich glaube, es ist ein gutes Signal, insbesondere an die mittelständische pharmazeutische Industrie, dass der Herstellerabschlag bei 7 Prozent liegt.

Insofern war es eine richtige Entscheidung, dass wir das Thema Bestandsmarktaufruf beenden.

Herr Terpe und Frau Vogler, Sie haben gesagt, das sei in erster Linie ein Vorhaben zugunsten der Industrie.

– Frau Vogler hat es aber gesagt. – Ich möchte Ihnen sagen: Es ist auch ein Thema für die Patienten. Sie profitieren davon, dass wir Versorgungssicherheit gewährleisten, dass es keine Unsicherheiten dadurch gibt, dass Produkte vom Markt genommen werden oder Ähnliches geschieht.

Ich darf daran erinnern, dass alle Beteiligten, sei es der G-BA, sei es die Industrie, seien es Patientenorganisationen, sei es der GKV-Spitzenverband, also der Spitzenverband Bund der Krankenkassen, uns gebeten haben, den Bestandsmarktaufruf zu beenden, stattdessen das Preismoratorium zu verlängern und den Herstellerab-

schlag in moderatem Maße zu erhöhen.

Wir erzielen mit diesem Gesetz, das jetzt vorgelegt ist, Einsparungen in Höhe von rund 600 bis 700 Millionen Euro. Wenn wir es bei dem Bestandsmarktaufruf belassen hätten, hätten die Einsparungen bei maximal 260 Millionen Euro pro Jahr gelegen. Auch deswegen denke ich, dass die Industrie weiterhin einen guten und wesentlichen Beitrag

**Die Patienten profitieren davon, dass wir Versorgungssicherheit gewährleisten.**

dazu leistet, dass wir die Finanzen der gesetzlichen Krankenversicherung stabil halten können.

Ich halte es auch für richtig, dass wir das in zwei Gesetzgebungsverfahren machen: dass wir zum einen das

Preismoratorium um drei Monate, bis zum 31. März 2014, verlängern, damit wir Rechtssicherheit gewährleisten, und dass wir im nächsten Jahr in einem geordneten Verfahren alle wesentlichen Fragen klären, zum Beispiel: Was ist unter dem Begriff „laufendes Verfahren“ zu verstehen? Wie gehen wir mit den Generika um? Sollen sie auch in den erhöhten Rabatt von 7 Prozent einbezogen werden? All das klären wir in Ruhe im nächsten Jahr, also nach Weihnachten.

Ich danke Ihnen für die Aufmerksamkeit und wünsche uns allen ein paar frohe Festtage.

(Beifall bei der CDU/CSU sowie bei Abgeordneten der SPD)

Hilde Mattheis, SPD:

## Die Patienten stehen im Mittelpunkt unserer Überlegungen



Hilde Mattheis (\*1954)  
Landesliste Baden-Württemberg

Ich bedanke mich an dieser Stelle vor allen Dingen bei den beiden Oppositionsfraktionen, die mit dieser Fristverkürzung einverstanden waren. Es zeigt sich, dass wir als Parlament nicht nur in Kampfrhetorik miteinander arbeiten, son-

dern bei wichtigen Belangen auch sachorientiert organisieren, beschließen und diskutieren können.

Das wird uns in Zukunft sehr wichtig sein. Für uns ist klar, dass wir auch in diesem Parlament mit einer relativ kleinen Opposition mit unseren Argumenten überzeugen und eine breite Zustimmung erreichen wollen.

Wir wollen damit überzeugen, dass bei uns der Patient, die Patientin im Mittelpunkt stehen. Ich

glaube, man darf niemandem hier im Parlament abstreiten, dass das wirklich der Ausgangspunkt für gesundheitspolitische Ziele und gesundheitspolitisches Handeln ist. Deswegen war es uns sehr wichtig, im Koalitionsvertrag die Patientinnen- und Patientenorientierung fest-

zuhalten. Das gilt nicht nur beim Thema „Infrastruktur und Versorgung“ – das geht bis hin zur Pflegepolitik –, sondern auch bei allem, was im Bereich „Arzneimittel“ und „Regulierung des Arzneimittelmarkts“ ansteht.

Daher nochmals vielen Dank dafür, dass wir hier an der Stelle, was das Preismoratorium anbelangt, nicht nur dieses Vorgehen mit den verkürzten Fristen miteinander vereinbaren konnten, sondern auch vereinbaren konnten, dass wir uns in der Zeit danach, was das Thema Arzneimittel anbelangt, im ordentlichen Gesetzgebungsverfahren den drei Punkten, um die es geht, wieder annähern.

Beim Thema Bestandsmarktaufruf werden wir bei der Abwägung aller

**Wir haben uns jetzt auf einen Mengenrabatt von sieben anstatt sechs Prozent geeinigt.**

Argumente, Herr Terpe, immer auch die Patientenorientierung – das habe ich ja eingangs gesagt – im Blick haben; denn uns allen ist, glaube ich, klar, dass es der Bevölkerung nicht nur darum geht: Ist ein Krankenhaus in erreichbarer Nähe? Habe ich einen ordentlichen Facharztzugang? Habe ich in einem kleineren Dorf oder in einer kleineren Kommune einen Hausarzt? Sondern auch: Bekomme ich das Arzneimittel, das mir hilft, und kann ich es bezahlen?

Ich glaube, es ist wichtig, dass wir uns in den nächsten drei Monaten, so wie wir es uns vorgenommen haben, genau mit diesen Gesichtspunkten beschäftigen.

Das Thema Herstellerrabatt. Da kann man in der Debatte sicherlich auch klären: Gibt es noch eine weitere Spanne? Sind die Möglichkeiten noch größer? Wir haben uns jetzt auf einen Mengenrabatt von 7 Prozent statt 6 Prozent geeinigt.

Wir haben außerdem gesagt: Das Preismoratorium soll weitergelten, was mit Blick auf die Beitragszahlerinnen und Beitragszahler ein wich-

tiger Schutz vor übermäßigen Beitragssatzerhöhungen sein kann.

Jetzt geht es darum, in der angestrebten Frist zu verabschieden und sicherzustellen, dass wir die 500 Millionen Euro, die für die Krankenkassen und auch für die Beitragszahlerinnen und Beitragszahler pro Jahr auf dem Spiel stehen, auch weiter einsparen, dass die Einsparung von Gesetzes wegen in der Höhe weitergeführt wird und eben keine Belastung entsteht.

Ich bin sicher, dass wir, wenn wir alle uns klarmachen, dass es nicht darum geht, hier in der Debatte

kräftemäßig irgendwie zu bestehen, sondern darum, die Patientinnen und Patienten im Mittelpunkt unserer Überlegungen zu haben, in den nächsten Monaten noch weitere Möglichkeiten einer parlamentarischen Zusammenarbeit finden, die auch dann der Bevölkerung deutlich machen, dass es nicht um „Opposition/Regierung“ geht, sondern dass es auf manchen Gebieten auch darum geht, miteinander Dinge zu verbessern.

(Beifall bei der SPD und der CDU/CSU)

Stephan Stracke, CDU/CSU:

## Dieses System ist ein lernendes System



Stephan Stracke (\*1958)  
Wahlkreis Segeberg – Stormarn-Nord

Ich darf mich zunächst den Glückwünschen an den neu ernannten Bundesgesundheitsminister anschließen. Ich gratuliere Ihnen zu dieser neuen Aufgabe und wünsche Ihnen, aber auch Ihren Staatssekretärinnen viel Erfolg bei dem, was wir uns gemeinsam vorgenommen haben.

Gewiss, wir haben uns viel vorgenommen in dieser Großen Koalition. Wir haben eines der besten Gesundheitssysteme der Welt. Dieses gilt es zu sichern und im Interesse der Patientinnen und Patienten auszubauen. Wir müssen uns fragen, welche Bedürfnisse und Sorgen es

gibt, und zielgerichtete Lösungen finden. Ich denke, der Koalitionsvertrag beschreibt dies aufs Trefflichste. Als Beispiel nenne ich den Bereich der hausärztlichen Versorgung. Hier werden wir im Hinblick auf Paragraph 73 b SGB V den Honorardeckel aufheben. Das ist genau das richtige Instrument, um für die Niederlassung in der Fläche neue Anreize zu schaffen. Auch das, was wir uns bei der Pflege und in anderen Bereichen vorgenommen haben, zeigt, dass wir eine Koalition sind, die viel machen will. Es sind durchaus fordernde Aufgaben, denen wir uns stellen. Der Koalitionsvertrag gibt uns hierfür die richtige Marschroute vor.

Was wir uns vorgenommen haben, das machen wir auch. Das zeigen die vorliegenden Gesetzentwürfe zum Preismoratorium, zum Herstellerrabatt und zur Beendigung des Bestandsmarktaufrufes, die wir in dieser Woche verabschieden wollen.

Der Arzneimittelmarkt ist einer der dynamischsten Märkte. Das gilt sowohl im Hinblick auf die Versorgung mit innovativen Arzneimitteln

als auch für die Preisentwicklung insgesamt. Wir wollen den Patientinnen und Patienten die besten Arzneimittel zur Verfügung stellen und innovative Produkte schnell auf den Markt bringen. Wir wissen aber auch: Gerade patentgeschützte Arzneimittel kosten zum Teil viel Geld. Dies gilt – das zeigt ein europäischer Vergleich – insbesondere für Deutschland. Wir wollen aber nicht für bloße Werbeausgaben, sondern für einen tatsächlichen Mehrwert zahlen. Deshalb haben wir in der

letzten Legislaturperiode unter Führung der Union einen Paradigmenwechsel vollzogen. Jedes neue Arzneimittel muss sich einer frühen Nutzenbewertung unterziehen. Der Mehrwert, dessen Umfang in Verhandlungen zwischen Krankenkassen und Herstellern ausgehandelt wird, wird dann bezahlt. Dieses Prinzip ist erfolgreich; es hat sich bewährt. Die Nutzenbewertung hat dem Gesundheitssystem bisher Einsparungen in Höhe von rund 120 Millionen Euro erbracht. Diese Wirkung wird an Breite gewinnen, wenn die Zahl der neuen bewerteten

**Jedes neue Arzneimittel muss sich einer frühen Nutzenbewertung unterziehen.**

Arzneimittel beziehungsweise ihr Marktanteil steigt.

Wir haben immer deutlich gemacht: Dieses System ist ein lernendes System. Deshalb werden wir Dinge, die sich nicht bewährt haben, verändern. Das gilt beispielsweise für den Bestandsmarktaufruf. Er bewährt sich nicht, weil Aufwand und Nutzen in keinem sinnvollen Verhältnis zueinander stehen. Der administrative Aufwand für alle Beteiligten ist massiv, und das Einsparpotenzial ist nur sehr schwer vorherzusehen, weil es immer mit Preisverhandlungen verknüpft ist. Deshalb werden wir den Bestandsmarktaufruf beenden. Wir haben uns vorgenommen, als Kompensation das Preismoratorium fortzusetzen. Zusätzlich soll der Herstellerrabatt von 6 auf 7 Prozent erhöht werden.

Auch wenn der eine oder andere meint, es sei leichtfertig, den Herstellerrabatt von 6 auf 7 Prozent zu erhöhen, ist es nicht etwa so, als könne man willkürlich an den Schrauben drehen. Wir müssen im Blick haben, welche rechtlichen Implikationen dadurch ausgelöst werden, gerade in europarechtlicher Hinsicht. Deswegen nehmen wir uns in den anstehenden Beratungen die notwendige Zeit, um uns mit der Frage zu befassen, was an dieser Stelle tatsächlich Sinn macht und wie wir eine Änderung auf den Weg bringen.

Meine sehr verehrten Kolleginnen und Kollegen, die Balance ist durchaus gut; denn es geht zum einen darum, das Solidarsystem der gesetzlichen Krankenversicherung möglichst bezahlbar zu halten und nur den Preis zu zahlen, der tatsächlich sinnvoll ist. Das tun wir im Rahmen des Arzneimittelmarktneuordnungsgesetzes, wie wir es auf den Weg gebracht haben. Gestatten Sie mir allerdings auch den Hinweis, dass ein bloßer Blick auf die Kosten sicherlich zu kurz greifen würde. Wenn es um Arzneimittel geht, geht es immer auch um Behandlungsgeschichten, um Investitionen in

die Gesundheit. Deshalb begreifen wir die Pharmaindustrie nicht nur als reinen Kostenfaktor, sondern auch als wesentliche Hilfestellung in unserem Gesundheitssystem. Deshalb werden wir mit der Pharmaindustrie in einen Dialog darüber eintreten, wie wir den weiteren Entwicklungen im Bereich der Arzneimittelversorgung für das Wohl der Patientinnen und Patienten gerecht werden können.

Ich bedanke mich ganz herzlich für die Aufmerksamkeit.

(Beifall bei der CDU/CSU sowie bei Abgeordneten der SPD)

**Es geht nicht um „Opposition/Regierung“, sondern darum, gemeinsam Dinge zu verbessern.**

**Deshalb werden wir die Dinge, die sich nicht bewährt haben, verändern.**

Debatte über den Rentenversicherungsbeitragssatz 2014 / 6. Sitzung des 18. Deutschen Bundestages am 19. Dezember 2013

Gabriele Lösekrug-Möller, SPD, Parlamentarische Staatssekretärin:

## Ein guter Tag für die Rentenversicherung



Gabriele Lösekrug-Möller (\*1951)  
Wahlkreis Hameln-Pyrmont – Holzminden

Heute ist ein guter Tag, ein guter Tag nicht nur für die Deutsche Rentenversicherung, sondern auch für viele Menschen; denn sie können sich auf deren Stabilität verlassen. Viele Länder beneiden uns um unser stabiles, um unser solidarisches Rentenrecht. Wir wollen es

mit dieser Regierung nicht nur weiterhin stabil halten, sondern auch noch ein wenig gerechter machen. Das setze ich gern an den Anfang.

Wir begrüßen den Gesetzentwurf der Regierung tragenden Fraktionen zur rentenpolitischen Entscheidung für das kommende Jahr. Ja, wir sagen: Wir wollen die Höhe des Beitragssatzes für das Jahr 2014 einfrieren. Um dies zu erreichen, muss der Gesetzgeber handeln. Denn würden wir keine Entscheidung hier im Deutschen Bundestag treffen, stünde uns eine weitere Senkung des Rentenversicherungsbeitrags ins Haus.

Ich weise darauf hin – viele sagen ja: das ist immer eine gute Sache, wenn man Beiträge senkt -: Wir haben 2011 den Beitrag zur gesetzlichen Rentenversicherung deutlich gesenkt, bis heute um insgesamt 1 Prozentpunkt. Insofern haben wir in der Vergangenheit eine Beitragssenkung vorgenommen, aber wir haben gute Gründe, sie für das kommende Jahr auszusetzen.

Die Grundlage für diese Gründe wurde im Koalitionsvertrag klipp und klar dargelegt. Ich denke, dass diese großen rentenpolitischen Maßnahmen viel Sinn machen. Betroffene werden sie begrüßen. Experten sagen: Das ist die richtige Richtung, um ein stabiles System gerechter zu machen.

Wir sorgen als Erstes dafür – das ist ein Herzensanliegen unserer Ministerin –, dass Erwerbsminderung kein Armutrisiko ist. Das ist ein wesentlicher Schritt. Viele büßen ihre Erwerbsfähigkeit ein, weil sie hart arbeiten. Deshalb darf es nicht sein, dass sie doppelt bestraft werden. Das wird ein großes rentenpolitisches Projekt sein.

Wir wollen endlich auch Schluss machen – das sage ich an prominenter Stelle – mit den unterschiedlichen Rentenlagen in Ost und West.

Nach so vielen Jahren, in denen unser Land zusammengewachsen ist, ist es dringend geboten, dass wir

dieses zweifelsfrei schwierige Kapitel zu einem Abschluss bringen.

Das ist mitnichten alles, was rentenpolitisch in dieser Legislatur auf der Tagesordnung steht. Was wollen wir noch? Wir wollen die Stichtagsregelung bei Kindererziehungszeiten auflösen. Das ist gut, das ist richtig, und das werden viele begrüßen, die vor dem Jahr 1992 Kinder geboren haben. Auch auf diese Entscheidung freue ich mich, und wir werden sie vorbereiten.

Wir haben als Koalition – ich sage: das ist nicht einfach gewesen; viele konnten das mitverfolgen – zwei Modelle solidarischer Absicherung von Lebensleistung verknüpft. Das kann man auch schon am Titel sehen. Wir arbeiten nämlich an einer solidarischen Lebensleistungsrente. Sie wird vielen helfen, die viele Jahre hart gearbeitet haben, aber leider keine hohe Vergütung dafür bekommen haben und dementsprechend mit ihren Rentenversicherungsbeiträgen nicht dafür sorgen konnten, dass sie im Alter sorgenfrei, das heißt armutsfrei, leben können. Auch das ist ein großes Projekt, und auch das nehmen wir in Angriff.

Jetzt werden Sie sagen: Da fehlt doch noch etwas. – Ja, das stimmt. Bei meinen Ausführungen zu dem,

was fehlt, mute ich Ihnen Persönliches zu: Ich bin im Jahre 1951 geboren, werde also im nächsten Jahr 63 Jahre alt. Ich freue mich schon auf meinen Geburtstag. Mein erster Arbeitstag war der Beginn meiner Lehre als Buchhändlerin am 1. Dezember 1966.

Für viele Einzelhändler und Einzelhändlerinnen ist das Weihnachtsgeschäft die härteste Zeit. So habe auch ich das erlebt. Ich will an dieser Stelle sagen: Diese Kolleginnen und Kollegen – egal ob sie im Einzelhandel, in der Logistikbranche oder im Versandhandel arbeiten, ob sie Bücher oder anderes verkaufen – arbeiten genauso hart wie jene, die Kranke pflegen, Alte versorgen, Stahl kochen oder Dächer decken. Auch jahrzehntelange Arbeit im Einzelhandel geht ganz schön auf die Knochen.

Diesen Kolleginnen und Kollegen kann ich heute zurufen: Haltet aus! Noch einmal ein hartes Weihnachtsgeschäft – nächstes Jahr steht ihr auf der anderen Seite. Da habt ihr die Chance, ohne Abschlag Altersrente zu beziehen. Dann könnt ihr die schwierigen Kunden sein, unter denen ihr heute leidet.

(Beifall bei der SPD sowie bei Abgeordneten der CDU/CSU)

Sabine Zimmermann, DIE LINKE:

## Die neue Rentenpolitik ist nichts anderes als die von Schwarz-Gelb



Sabine Zimmermann (\*1960)  
Landesliste Sachsen

Zuerst möchte ich Frau Ministerin Nahles zur Berufung in ihr neues Amt gratulieren. Ich wünsche uns weiterhin eine gute Zusammenarbeit; das sage ich auch als Gewerkschafterin. Eines muss ich Ihnen trotzdem sagen: Wir hoffen, dass wir von Ihnen mehr erwarten können als das Wenige, das in der Koalitionsvereinbarung steht.

Ich will nicht lange drum herumreden. Ihre neue Rentenpolitik ist eigentlich nichts anderes als die von

Schwarz-Gelb; sie hat nur eine andere, schönere Verpackung. Auch Sie tun fast nichts, um zu verhindern, dass die Menschen Angst davor haben müssen, ihren Lebensabend nach einem langen, harten Arbeitsleben in Armut zu verbringen. Was die gesetzliche Rentenversicherung jetzt wirklich bräuchte, wäre eine Stabilisierung des Rentenniveaus. Aber davon ist in Ihrem Koalitionsvertrag nichts, aber auch rein gar nichts zu lesen.

Diese Große Koalition behält den fatalen Kurs der Rentenkürzung bei. Das bedeutet: Die Renten in Deutschland werden weiter sinken. Das ist ein Skandal.

Daran ändern auch die einzelnen Korrekturen nichts, die die Regierung vorsieht. Seien Sie einmal ehrlich: Eine Konzeption ist hinter diesem Sammelsurium von Maßnahmen nicht zu erkennen. Es gibt weder einen Plan noch ein Ziel. Außerdem sind die von Ihnen vorgesehenen Korrekturen auch noch schlecht gemacht.

Auch im Hinblick auf die Kindererziehungszeiten setzen Sie eine richtige Sache falsch um. So ist es

zwar mehr als überfällig, Erziehungszeiten von vor 1992 geborenen Kindern bei der Rente stärker zu berücksichtigen. Erklären Sie den Betroffenen aber doch einmal, warum Sie ihnen die vollständige Gleichstellung von Ost und West verweigern und ihnen nur einen Rentenpunkt gewähren.

Erklären Sie der Mutter im Osten, warum ihre Erziehungsleistung weniger wert ist als die einer Mutter im Westen. Erklären Sie vor allen Dingen den Beitragszahlern, warum Sie ihnen die Finanzierung aufbürden wollen, anstatt diese familienpolitische Leistung systemgerecht aus Steuermitteln zu bezahlen.

Liebe Frau Ministerin Nahles, seien Sie doch ehrlich: Hier zahlt die SPD einen Preis, und zwar in der Form, dass Sie Ihre richtigen und notwendigen Umverteilungsforderungen aus dem Wahlkampf aufgegeben haben. Die Reichensteuer kommt nicht. Stattdessen werden Beitragszahler angezapft, und Sie plündern die Rentenkasse.

Die nächste Mogelpackung ist die Rente ab 63. Wir als Linke begrüßen alle Schritte, das angestrebte Renten-

eintrittsalter von 67 Jahren zurückzunehmen.

Es ist gut, dass langjährig Versicherte künftig ab einem Alter von 63 Jahren ohne Abschläge in Rente gehen können. Zur Ehrlichkeit gehört doch aber auch dazu, zuzugeben, dass die Altersgrenze schrittweise auf 65 Jahre angehoben wird und dass diese Möglichkeit nur einer Minderheit in Deutschland offensteht. Denn viele erreichen die erforderlichen 45 Beitragsjahre nicht.

Zwei Drittel aller Neurentner werden keinen Zugang zu solch einer vorzeitigen Rente haben. Bei den Frauen sieht das sogar noch wesentlich schlechter aus.

Unter dem Strich bleibt zu sagen: Auch in Zukunft werden Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer drastische Abschläge hinnehmen müssen, wenn sie vor ihrem 67. Geburtstag in Rente gehen wollen. Da sagen wir als Linke ganz klar: Weg mit der Rente ab 67! Spätestens mit 65 muss Schluss sein!

Wer nicht mehr kann, muss vorher abgesichert in Rente gehen können. Wer lange eingezahlt hat, muss mit 60 Jahren abschlagsfrei die Rente genießen dürfen. Damit niemand im Alter in Armut leben muss, brauchen wir zudem eine solidarische Mindestrente, die ihren Namen auch verdient.

Mit diesem Koalitionsvertrag wird die Angleichung der Ostrenten wieder aufgeschoben. Im letzten Koalitionsvertrag von CDU, CSU und FDP

wurde uns eine Angleichung wenigstens versprochen. Aber jetzt versprechen Sie nur, die Angleichung bis 2017 zu prüfen. Na toll! Wissen Sie: Der Stahlarbeiter, der über 40 Jahre in Riesa hart gearbeitet hat, hat schon längst die Hoffnung aufgegeben, dass er einmal die Rente eines Stahlarbeiters aus Bochum bekommen wird. Das ist ein Skandal im 24. Jahr der deutschen Einheit.

Deswegen muss ich Ihnen widersprechen, Frau Haßelmann. Die deutsche Einheit haben wir vor 25 Jahren mit der Öffnung der Grenze eingeleitet – das ist richtig –, aber die soziale Einheit haben wir noch lange nicht. Daran müssen wir noch arbeiten.

Ich komme zum Schluss. Liebe Kolleginnen und Kollegen von Union und SPD, Ihr Koalitionsvertrag trägt den Titel „Deutschlands Zukunft gestalten“. Anscheinend verstehen Sie darunter, die Renten weiter zu kürzen und dem Zug in Richtung Altersarmut freie Fahrt zu geben. Bremsen werden Sie ihn nur noch können, wenn alle Menschen in die gesetzliche Rentenversicherung einzahlen: vom Abgeordneten über den Rechtsanwalt bis hin zu den Beamten. So können Sie bei der Rente Deutschlands Zukunft gestalten, aber dazu fehlt Ihnen der Wille, und es fehlen natürlich auch die Gemeinsamkeiten in dieser Großen Koalition.

(Beifall bei der LINKEN)

Karl Schiewerling, CDU/CSU:

## Es geht um soziale Gerechtigkeit



Karl Schiewerling (\*1951)  
Wahlkreis Coesfeld – Steinfurt II

Auch von mir zunächst einen herzlichen Glückwunsch an die neue Bundesarbeitsministerin, Frau Nahles. Ihnen alles Gute, eine glückliche Hand, Gottes Segen für Ihr Wirken!

Gemeinsam mit den neuen Parlamentarischen Staatssekretärinnen, Frau Lösekrug-Möller und Frau Kramme, haben wir den Koalitionsvertrag ausgehandelt. Es war – das ist gar keine Frage – ein schwieriger Weg, den wir miteinander zurücklegen mussten, auch und gerade im Bereich der Rentenpolitik. All das, was wir uns vorgenommen haben, ist im Koalitionsvertrag festgelegt. Er ist die Basis für die nun anlaufenden Gesetzgebungsverfahren.

Bevor ich fortfahre, möchte ich die Gelegenheit nutzen, an dieser Stelle Ihrer Vorgängerin, Frau Bundesministerin von der Leyen, herzlich zu danken für die Arbeit, die sie in den letzten vier Jahren in hervorragender Weise für uns geleistet hat.

Auch den Staatssekretären, den beamteten wie den parlamentarischen, an dieser Stelle einen herzlichen Dank! Sie übernehmen ein gut bestelltes Haus, eine gute Grundlage für die gemeinsame Arbeit. Wir freuen uns darauf.

Meine Damen und Herren, der Koalitionsvertrag ist, wie ich gerade schon sagte, die Grundlage der Gesetzgebungsverfahren. In diesem Koalitionsvertrag sind die Dinge vereinbart worden, die Frau Staatssekretärin Lösekrug-Möller gerade vortragen hat, nämlich die Rente mit 63, die Mütterrente, die Erwerbsminderungsrente, die solidarische Lebensleistungsrente und – nicht zu vergessen – auch die potenzielle Anhebung der Mittel für die Rehabilitation.

Um dieses alles finanzieren zu können, hat die Bundeskanzlerin bei der Vorstellung des Koalitionsvertrages am 27. November vor der Bundespressekonferenz gesagt, dass der Rentenversicherungsbeitrag im kommenden Jahr stabil bleibt und nicht abgesenkt wird. Deswegen kann ich manche Aufregungen nicht verstehen. Übrigens haben einen Tag

später alle Debattenredner im Hohen Haus genau dieses über alle Fraktionsgrenzen hinweg ebenfalls bestätigt.

Daher können all die, die ein Gutachten in Auftrag gegeben haben, um festzustellen, ob dies verfassungsgemäß ist oder nicht, getrost davon ausgehen, dass die Bevölkerung, die Arbeitgeber, die Versicherten wissen, dass der Rentenversicherungsbeitrag auch in 2014 18,9 Prozent betragen wird. Das wird dadurch erreicht, dass heute in erster Lesung das entsprechende Gesetz durch die beiden Koalitionsfraktionen eingebracht wird. Morgen wird es als Ankündigung im Bundesanzeiger veröffentlicht, sodass damit die rechtlichen Grundlagen gelegt sind. Sofern der Ausschuss für Arbeit und Soziales auf weitere Anhörungen besonderer Art verzichtet, werden wir das Gesetz schon im Februar im Bundesrat verabschieden können.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, die Union verwirklicht damit das große Anliegen: Für die Mütter, die ihre Kinder vor 1992 geboren haben, werden die Erziehungszeiten im Rentenrecht besser anerkannt.

Es geht in der Frage soziale Gerechtigkeit – das sage ich mit Blick auf das, was an öffentlicher Debatte im Augenblick läuft – in der Tat darum, den Frauen zu danken, die eine Leistung für dieses Rentensystem

erbracht haben. Diese Frauen haben nämlich Kinder geboren und zu leistungsfähigen Menschen erzogen, die später mit ihrer Hände Arbeit dazu beitragen, dass das solidarische Rentensystem weiter bestehen kann.

Deswegen geht es bei der Frage der Gerechtigkeit nicht nur um die jüngere Generation, die die damit verbundenen Mehrkosten zu tragen hat. Es geht auch darum, jetzt die Lebensleistung von Frauen anzuerkennen – in aller Regel waren es Frauen –, die sie mit der Erziehung ihrer Kinder erbracht haben, ohne dass es Kinderkrippen gab und ohne dass es Rahmenbedingungen gab, die es ermöglichten, Beruf und Familie miteinander zu verbinden. Daher soll die Lücke zwischen drei Rentenpunkten und einem Rentenpunkt wenigstens etwas geschlossen werden.

Lassen Sie mich an dieser Stelle auf den Punkt der Anerkennung von Erziehungszeiten im Rentenrecht und die Frage der Finanzierung zurückkommen, weil dies im Augenblick einer der heftig diskutierten Punkte ist. Die Sicherstellung der Finanzierung ist einer der Gründe, warum wir den Rentenversicherungsbeitrag nicht absenken.

Wir geben pro Jahr circa 245 Milliarden Euro für Rentenleistungen aus. Diese Summe stammt zu einem Drittel von den Beiträgen der Versicherten, zu einem Drittel von den Beiträgen der Arbeitgeber und zu einem Drittel aus dem Bundeszuschuss. Die Rücklage von 31 Milliarden Euro beinhaltet deshalb circa 10 Milliarden Euro Steuermittel. Wir finanzieren die sogenann-

te Mütterrente, die ein Gesamtvolumen von 6,5 Milliarden Euro ausmacht, zunächst einmal aus den Rücklagen der Rentenversicherung. Wir senken den Beitrag nicht ab, um den Beitragszufluss in Höhe von 7,5 Milliarden Euro für das nächste und die folgenden Jahre zu erhalten. Ich glaube, dass dieses Vorgehen angesichts der Steuermittel, die der Rentenversicherung bereits zufließen, zu vertreten ist. Ich bin ganz sicher, dass die Allgemeinheit auf diesem Weg in angemessenem Maße an den Kosten für die sogenannte Mütterrente beteiligt wird.

Ich bleibe dabei: Wir werden über das Rentenpaket intensiv und gut verhandeln und es miteinander auf den Weg bringen, wie wir es im Koalitionsvertrag vereinbart haben. Wir werden dafür sorgen, dass die Rentnerinnen und Rentner angstfrei in die Zukunft schauen können, und wir werden dafür sorgen,

dass das Gesetz so ausgestaltet ist, dass es von den Generationen getragen werden kann. Hier und heute geht es der Unionsfraktion darum – das ist der erste Schritt –, den Leistungsträgerinnen unserer Gesellschaft, also denjenigen, die Kinder erzogen haben und dafür sorgen, dass unser Sozialsystem überhaupt funktionieren kann, mehr Gerechtigkeit zukommen zu lassen. Das ist unser Ziel.

Ich danke Ihnen sehr und wünsche Ihnen auf diesem Weg ein frohes Weihnachtsfest und Gottes Segen für das neue Jahr.

(Beifall bei der CDU/CSU sowie bei Abgeordneten der SPD)

**Wir geben pro Jahr circa 245 Milliarden Euro für Rentenleistungen aus.**

Kerstin Andreae, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN:

## Sie verbrauchen die Mittel für zukünftige Generationen



Kerstin Andreae (\*1968)  
Landesliste Baden-Württemberg

Die Begründung des Gesetzentwurfs ist ein Hohn. Darin steht, zur Gewährleistung von Stabilität und Planungssicherung in der Finanzierung der ge-

setzlichen Rentenversicherung müsse dieses Gesetz jetzt auf den Weg gebracht werden.

Ja, geht's noch? Das ist reiner Etikettenschwindel, und das wissen Sie auch.

Sie wollen doch nur Ihre Wahlversprechen finanzieren. Sie plündern die Rentenkasse, um die Mütterrente und die Rente mit 63 finanzieren zu können. Die Mütterrente kostet – das wurde gerade eben noch einmal gesagt – pro Jahr 6,5 Milliarden Euro. Sie wird bezahlt aus der Rentenkasse, von dem Geld der Beitragszahler. Sie alle hier zahlen nicht in die Rentenkasse ein. Ihre Mütter und teilweise auch Ihre Großmütter kommen in den Genuss der Mütterrente. Bezahlen müssen das Ihre Mitarbeiter, aber nicht Sie. Das ist weder fair noch seriös. Das ist schlicht das Plündern der Rentenkasse.

Die damalige Große Koalition war mutig, als sie die Rente mit 67 auf den Weg gebracht hat. Das war eine durchaus unpopuläre Maßnahme, aber eine richtige. Angesichts der demografischen Entwicklung war diese Entscheidung richtig. Anscheinend sind wir die Einzigen, die diese Entscheidung noch verteidigen. Sie schlagen sich in die Büsche.

Bei der Rente mit 67 ist es aber notwendig, flexible Übergänge zu schaffen, damit die Leute, auch die Buchhändlerin, die Chance haben, ihren Beruf bis 67 auszuüben. Deswegen ist es notwendig, Reha-Leistungen zu finanzieren.

Doch was ist mit den Leuten, die wirklich nicht mehr können?

Für diese Leute brauchen wir eine Erwerbsminderungsrente. Die Grünen sind absolut dafür, die Mittel für die Erwerbsminderungsrente zu er-

höhen. Dabei geht es um Leute, die wirklich krank sind. Es ist nicht in Ordnung, was diesbezüglich in den letzten Jahren gemacht wurde. Es ist nicht in Ordnung, dass das Niveau der Erwerbsminderungsrente gesenkt wurde. Wir brauchen hierfür mehr Mittel. Dafür ist die Rentenkasse da. Die Erwerbsminderungsrenten aufzustocken, wäre die erste und wichtigste rentenpolitische Maßnahme. Es macht aber keinen Sinn, mit der Rente mit 63 alle positiven Effekte der Rente mit 67 kaputtzumachen. Aber genau das machen Sie gerade.

Jetzt zum Verfahren. Herr Schiewerling, Sie haben hier dreist behauptet, dieses Verfahren sei in Ordnung. Sie haben gesagt, dass die Bundeskanzlerin am 27. November 2013 beschlossen hat, dass die Rentenbeiträge bitte so zu bleiben haben, wie sie sind. Das hat aber nicht sie zu beschließen. Das macht das Parlament, und zwar in einem geordneten, geregelten Verfahren.

Und das läuft so: erste Lesung im Plenum, Anhörung der Sachverständigen im Ausschuss und danach zweite und dritte Lesung inklusive Debatte.

Glauben Sie denn ernsthaft, dass Sie so Vertrauensschutz gewährleis-

ten? Sie sagen: Wir haben hier die erste Lesung gemacht und deutlich gemacht, was wir wollen, und danach schreiben wir es in den Bundesanzeiger. – Wenn Sie so vorgehen, dann können Sie sich jede Anhörung, jede Debatte im Ausschuss sparen, weil klar ist, dass es überhaupt keine Änderung mehr gibt. Sie können doch nicht ernsthaft Sachverständige zu einer Anhörung einladen und ihnen sagen: Redet einmal schön darüber, es ist uns nur leider herzlich egal, was ihr dazu sagt. – Das, was Sie hier machen, ist mitnichten ein geordnetes Verfahren. Sie geben – ohne einen parlamentarischen Ablauf – schlicht vor, was Sie wollen. Das müssen Sie doch sehen.

Insgesamt muss ich sagen, dass ich ein bisschen geschockt darüber bin, welche Richtung die Debatte genommen hat. Bei der Mütterrente, die Sie – ich sage es noch einmal –, wenn Sie sie denn wollen, steuerfinanzieren müssen, geht es in den kommenden vier Jahre um 26 Milliarden Euro. In dieser Legislaturperiode nehmen Sie gerade einmal 6 Milliarden Euro für Bildung und Kinderbetreuung in die Hand. Das

ist doch kein ausgewogenes Verhältnis; das ist doch nicht mehr generationengerecht. Das, was Sie hier machen, zeigt eine absolute Schiefelage bei der Prioritätensetzung. Sie vergessen die Generationengerechtigkeit.

Ich sage Ihnen ganz klar: Sie trauen sich nicht, den Weg eines normalen Verfahrens einzuschlagen. Sie trauen sich nicht, eine Anhörung durchzuführen und das Wissen der Sachverständigen zu berücksichtigen; denn die würden Ihnen Ihr Vor-

haben um die Ohren hauen. Sie trauen sich nicht, ehrlich zu sein und die Mütterrente aus Steuern zu finanzieren.

Sie sagen: Die Koalition gestaltet die Zukunft. – Mitichten ist das der Fall. Sie verbrauchen die Zukunft

und die Mittel auch für zukünftige Generationen. Das hat mit Planungssicherheit nichts zu tun. Das hat mit Stabilität nichts zu tun, und mit Generationengerechtigkeit hat es erst recht nichts zu tun. Sie können mit unserem entschlossenen

Widerstand gegen solch ein Verfahren, gegen diese Art von Politik und gegen Ihre Unehrlichkeit rechnen.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Sven Morlok, FDP, Sächsischer Staatsminister für Wirtschaft, Arbeit und Verkehr:

## Ein Schlag ins Gesicht der Leistungsträger der Gesellschaft



Sven Morlok (\*1962)  
Staatsminister

chancen der jungen Generation gefährdet. Schauen Sie sich beispielsweise die Auswirkungen auf eine vierköpfige Familie mit einem monatlichen Bruttoeinkommen von 4 500 Euro an. Eine solche Familie wird mit 165 Euro im Jahr belastet. Eine Fachverkäuferin, Anfang 30, mit einem monatlichen Bruttoeinkommen von 2 500 Euro wird mit 90 Euro im Jahr zusätzlich belastet.

Sehr geehrte Damen und Herren, Sie belasten die Menschen, die jeden Morgen aufstehen, die sich krumm machen, die sich im Beruf engagieren, um ihre Familie zu ernähren. Das, was Sie hier vorhaben, ist ein Schlag ins Gesicht dieser Leistungsträger.

Die OECD bezeichnet die Rentenpläne der Koalition als Jobvernichter. Sie empfiehlt, den Faktor Arbeit zu entlasten. Sie tun genau das Ge-

genteil. Sie machen Arbeit teurer, und zwar um 2,9 Milliarden Euro pro Jahr. Das ist sozusagen ein 2,9-Milliarden-Euro-Rucksack auf dem Buckel der deutschen Unternehmen.

Das beeinträchtigt die internationale Wettbewerbsfähigkeit, und Sie schaden damit dem Wirtschaftsstandort Deutschland.

Ich möchte Sie einmal daran erinnern, wie einige Mitglieder Ihrer Koalition dieses Thema sehen. Vizekanzler Sigmar Gabriel sagte dazu am 7. Dezember der Braunschweiger Zeitung – ich zitiere –:

Die Finanzierung der Mütterrente erfolgt früher oder später aus Steuern, zumindest teilweise. Auf Dauer kann man das so nicht durchhalten, sonst steigen die Beiträge der Rentenversicherung.

So der Vizekanzler.

In einem Memorandum von verschiedenen CDU-Abgeordneten heißt es – ich zitiere –:

Unsere Sorge, dass das vereinbarte Rentenpaket inklusive der abschlagsfreien Rente mit 63 die Erfolge der Rentenpolitik der letzten 15 Jahre gefährden könnte, bleibt.

Und der Kollege von Stetten brachte es auf den Punkt, als er das Vorhaben als „Verbrechen an der nächsten Generation“ bezeichnete.

Sehr geehrte Damen und Herren, Sie haben kein Erkenntnisproblem. Sie haben ein Umsetzungsproblem. Sie wissen, dass es so nicht geht, aber Sie machen es trotzdem. Sie täuschen die Menschen.

Die Sächsische Staatsregierung setzt sich bei vielen aktuellen Fragen dafür ein, dass, wenn in den Kassen zusätzliche Einnahmen verfügbar sind, diese zusätzlichen Einnahmen beziehungsweise Überschüsse in allererster Linie dafür genutzt werden, die entsprechenden Beiträge zu senken und die Bürgerinnen und Bürger zu entlasten. Ministerpräsident Tillich hat, als bekannt wurde, dass wir in der Kasse der Rundfunkanstalten einen erheblichen Überschuss haben, die Initiative ergriffen, um eine Beitragssenkung herbei-

zuführen. Wir haben darüber jüngst, in dieser Woche, eine Debatte im Sächsischen Landtag geführt. In dieser Debatte ist deutlich geworden, dass die übergroße Mehrheit des Parlaments hinter dieser Initiative des sächsischen Ministerpräsidenten steht.

Das, was für die vollen Kassen bei den Rundfunkanstalten gilt, gilt natürlich auch für die vollen Kassen bei der Rentenversicherung. Anstatt sich über zusätzliche Ausgaben Gedanken zu machen, wäre es richtig, die Beiträge denen zurückzugeben, die sie bezahlt haben, nämlich den Beitragszahlern, den Versicherten und den Arbeitgebern.

Die Regierung, sehr geehrte Damen und Herren, ist gerade einmal zwei Tage im Amt, und schon greift sie den Beitragszahlern schamlos in die Tasche.

Es waren knapp 6 Milliarden Euro in zwei Tagen. Ich möchte mir nicht ausmalen, wie es in vier Jahren aussieht. Das macht mir Angst. Wenn die Stimme der wirtschaftlichen Vernunft im Bundestag fehlt, muss sie eben aus den Ländern kommen.

(Beifall der Abg. Brigitte Pothmer [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Katja Mast, SPD:

## Wir wollen Gerechtigkeitslücken in der Rentenversicherung schließen



Katja Mast (\*1971)  
Landesliste Baden-Württemberg

en uns auf die Zusammenarbeit und die Umsetzung der vielen Punkte, die wir uns in der Koalition gemeinsam vorgenommen haben.

Herr Morlok, eigentlich wollte ich gar nichts zu Ihnen sagen, weil ich finde, das sollte die Fraktion machen, auf deren Redezeit Ihre Redezeit angerechnet wird; aber jetzt sage ich trotzdem etwas. Ich halte es für hochzynisch, wenn Sie sagen, Sie würden für die Leistungsträger in dieser Gesellschaft reden, dabei aber die Mütter in dieser Gesellschaft ignorieren.

Wir diskutieren hier und heute über einen Gesetzentwurf, in dem es darum geht, den Beitragssatz zur Rentenversicherung bei 18,9 Prozent zu stabilisieren, statt ihn auf 18,3 Prozent zu senken.

Wir haben uns, was die Rentenversicherung betrifft, viel vorgenommen. Weil die Kollegin Zimmermann gesagt hat, diese Bundesregierung beziehungsweise diese Koalition würde keinen Beitrag

zur Stabilisierung des Rentenniveaus leisten, muss ich ihr an dieser Stelle von ganzem Herzen widersprechen. Sie vergaßen nämlich, in Ihrer Rede darauf hinzuweisen, dass ein flächendeckender gesetzlicher Mindestlohn und eine verbesserte Allgemeinverbindlichkeitserklärung von Tarifverträgen dazu führen werden, dass sich die Einkommenssituation der Bürgerinnen und Bürger in Deutschland verbessern und damit automatisch eine Stabilisierung des Rentenniveaus stattfinden wird. Ich sage Ihnen: Wir sind verdammt stolz, dass wir das hinbekommen haben. Sie wissen, wie lange gestritten wurde, bis wir die Einführung eines flächendeckenden gesetzlichen Mindestlohns – ab 2015 in Ost und West – durchgesetzt haben.

Ich rede über Rentenpolitik, und zur Rentenpolitik gehört die Bekämpfung der Erwerbsarmut.

Zu unseren Vorhaben. Meine Kollegen haben schon angesprochen,

dass wir die Anrechnung der Kindererziehungszeiten für vor 1992 geborene Kinder gemeinsam verbessern wollen. Damit wollen wir insbesondere die Anerkennung verbessern.

Es gibt in der Koalition einen kleinen Dissens in der Frage, wie wir das finanzieren. Wir sind gemeinsam schon so weit gekommen, dass wir das langfristig über Steuern finanzieren wollen. Wir sind jetzt an dem Punkt, dass wir sagen: Dazu brauchen wir auch Mittel aus der Rentenversicherung. Aber nach den aktuellen Wortmeldungen von Horst Seehofer und Ursula von der Leyen, die der Rentenversicherung ab 2018 Steuermittel im Umfang von 2 Milliarden Euro zukommen lassen will, bin ich zuversichtlich, dass wir in der Koalition auch diesen Konflikt gemeinsam lösen werden.

Lassen Sie mich zu einem weiteren Punkt kommen, was unsere gemeinsamen Vorhaben angeht. Ich persönlich finde, dass das wichtigste Vorhaben in der Rentenpolitik ist, dass wir bei der Erwerbsminderungsrente deutliche Fortschritte in Angriff nehmen. Heute ist es so, dass Menschen, die in Erwerbsminderungsrente gehen, das höchste Risiko von Altersarmut haben. Die Erwerbsminderungsrenten sind von 2000 bis 2012 deut-

lich gesunken – ich nenne nur die Zahl für Männer –: um 15 Prozent, im Westen von im Schnitt 780 Euro auf 647 Euro. Das liegt deutlich unter der Grundsicherung im Alter. Das heißt, die Erwerbsminderungsrente hat nicht mehr die Funktion, vor Altersarmut zu schützen. Deshalb nehmen wir uns in dieser Koalition vor, der Altersarmut an dieser Stelle durch verschiedene Maßnahmen entschieden entgegenzutreten. Das ist – vorhin wurde es schon gesagt – für uns Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten und für unsere Ministerin in der Rentenpolitik ein Kernanliegen.

Wir haben uns vorgenommen, die solidarische Lebensleistungsrente einzuführen sowie eine abschlagsfreie Rente ab 63 nach 45 Arbeitsjahren. Die Ost-West-Angleichung setzen wir Schritt für Schritt um.

Das alles sind für uns Punkte, wo wir sagen: Dafür lohnt es sich, vier Jahre gemeinsam Politik zu machen. Dafür lohnt es sich auch, die Beitragssätze in der Rentenversicherung zu stabilisieren. Wir haben viel vor, und wir wollen die Gerechtigkeitslücken auch in der Rentenversicherung schließen.

(Beifall bei der SPD sowie bei Abgeordneten der CDU/CSU)

Auch ich will der neuen Bundesarbeitsministerin Andrea Nahles und ihrer gesamten Hausspitze, insbesondere unseren beiden Parlamentarischen Staatssekretärinnen Anette Kramme und Gabriele Lösekrug-Möller, im Namen meiner Fraktion recht herzlich zum neuen Amt gratulieren. Wir alle freu-

Paul Lehrieder, CDU/CSU:

## Wir machen Sozialpolitik für die Menschen



Paul Lehrieder (\*1959)  
Wahlkreis Würzburg

Die Rentenkasse ist unter der unionsgeführten Bundesregierung seit Ende 2005 wieder auf Vordermann gebracht worden. Die Rentenfinanzen sind stabilisiert, die Rücklage ist gut gefüllt. Aufgrund der guten Wirtschafts- und Beschäftigungsentwicklung werden die Reserven der Rentenversicherung Ende 2013 rund 31 Milliarden Euro

betragen. Das entspricht 1,75 Monatsausgaben und ist somit der höchste Stand seit 20 Jahren. Frau Andreae, Sie wären froh gewesen, wenn Sie zu Ihrer Regierungszeit Ähnliches erreicht hätten.

Im Rentenversicherungsbericht 2010, also vor drei Jahren, ging die Bundesregierung für 2014 noch von einem Rentenversicherungsbeitrag von 19,3 Prozent aus. Heute geht es darum, den Beitrag im kommenden Jahr entweder auf 18,3 Prozent zu senken oder bei 18,9 Prozent stabil zu halten. Das zeigt: Der deutsche Arbeitsmarkt brummt. Wir haben mehr Erwerbstätige, weniger Arbeitslose, deutlich mehr sozialversicherungspflichtig Beschäftigte und aktuell immerhin über 430 000 offene Stellen. Unsere Arbeitsmarktpolitik wirkt. Deutschland steht international blendend da.

Die Sozialkassen profitieren von diesen Erfolgen. Wir haben uns bei der Rentenkasse zusätzliche Spielräume erwirtschaftet, an denen wir die Menschen teilhaben lassen kön-

nen. Die Rentenkasse ist keine Sparkasse. Wir machen Sozialpolitik für die Menschen. In den letzten beiden Jahren haben wir die Beitragszahler durch Senkung des Rentenbeitrages von 19,9 Prozent auf 18,9 Prozent bereits massiv entlastet. Jetzt sind die Mütter an der Reihe.

Für uns gilt: Mütterrente kommt vor einer weiteren Senkung des Rentenbeitrages, Schaffung von Gerechtigkeit vor weiteren Entlastungen. Das haben wir vor der Wahl versprochen. Nach der Wahl halten wir unsere Versprechen.

Durch den Verzicht auf eine mögliche Senkung des Rentenbeitrages zum 1. Januar 2014 erzielt die Rentenkasse Mehreinnahmen von 7,5 Milliarden Euro pro Jahr, also von 30 Milliarden Euro zusätzlich in dieser Wahlperiode. Die Rentenfinanzen werden damit deutlich gestärkt.

Die Einführung der Mütterrente war für uns in den Koalitionsverhandlungen die vorrangigste rentenpolitische Forderung. Es ist ein großer Erfolg der CSU und unserer

Schwesterpartei, dass wir die Mütterrente in den Koalitionsverhandlungen durchsetzen konnten. Die Mütterrente kommt zum 1. Juli 2014; so steht es ausdrücklich im Koalitionsvertrag. Wir verbessern auf diese Weise die rentenrechtliche Situation von Müttern, die Kinder vor 1992 geboren haben, mit einem zusätzlichen Entgeltspunkt.

Zur Frage, warum wir das nicht steuerfinanziert machen, sondern über das Rentensystem: Die Geburt von Kindern vor 1992 ist die wesentliche Grundlage dafür, dass unser heutiges Rentenversicherungssystem funktioniert. Frau Andreae, das ist also eine *Conditio sine qua non*, eine Bedingung, ohne die das System nicht funktionieren würde.

Deshalb ist es durchaus vertretbar und begründbar, die Mütterrente zum großen Teil aus dem System zu finanzieren.

In den Rücklagen von über 30 Milliarden Euro sind immerhin etwa 10 Milliarden Euro steuerfinanzierte Mittel enthalten, die jetzt für diesen Zweck, also für mehr Gerechtigkeit für Mütter, eingesetzt werden. Das halte ich für den richtigen Weg. Ich halte auch die Finan-

zierung für korrekt und für sauber durchgerechnet, meine Damen und Herren.

Mit der Mütterrente schaffen wir eine klare Anerkennung der Erziehungsleistung. Der generative Beitrag ist für den Fortbestand des Generationenvertrages von zentraler Bedeutung. Deshalb wollen wir die Generationenkomponente in der

**Mit der Mütterrente schaffen wir eine klare Anerkennung der Erziehungsleistung.**

gesetzlichen Rentenversicherung stärken. Ohne die Mütter von damals gäbe es nicht die Beitragszahler von heute und morgen. Herr Kurth, Sie müssen die Menschen, die berufstätig sind, nur einmal fragen, ob

sie lieber 6 oder 7 Euro mehr pro Monat im Geldbeutel haben wollen oder ob sie ihrer Mutter 28 Euro mehr Rente pro Monat gönnen. Das ist die Gretchenfrage, die Sie in der Bevölkerung stellen müssen, statt die Generationen gegeneinander auszuspielen.

Hier müssen wir für Gerechtigkeit sorgen. Das schaffen wir mit unserer neuen Bundesarbeits- und -sozialministerin Andrea Nahles; an die neuen Namen muss ich mich erst noch gewöhnen.

(Beifall bei der CDU/CSU und der SPD)

Peter Weiß, CDU/CSU:

## Es geht um Planungssicherheit für Unternehmen und Bürger



Peter Weiß (\*1956)  
Wahlkreis Emmendingen – Lahr

Man kann natürlich über Gesetzestechnik und verfahren diskutieren. Dazu ist festzustellen: Normalerweise wird der Beitragssatz zur gesetzlichen Rentenversicherung durch eine Rechtsverordnung der Bundesregierung festgelegt. In diesem Fall ist die Opposition überhaupt nicht beteiligt. Wir haben uns entschlossen, den Beitragssatz durch ein Gesetz festzulegen. Dadurch ist die Opposition am Verfahren beteiligt.

Ich sehe deswegen überhaupt keinen Grund, warum sich die Opposition beschweren sollte. Sie ist dabei, wenn wir den Beitrag festlegen, und kann mitdiskutieren.

Ich finde es eine gute Entscheidung von uns Parlamentarierinnen und Parlamentariern, dass der Rentenversicherungsbeitrag durch das Parlament festgelegt wird. Wir und nicht die Bundesregierung legen den Rentenversicherungsbeitrag diesmal fest.

Das ist auch nicht ungewöhnlich. Auch in den vergangenen Jahren und Jahrzehnten ist der Rentenversicherungsbeitrag mehrmals durch das Parlament und nicht durch die Regierung festgelegt worden – übrigens auch zu Zeiten, in denen die Grünen an Bundesregierungen mitbeteiligt waren.

Um was geht es uns eigentlich?

Wir wollen den Rentenversicherungsbeitrag stabil bei 18,9 Prozent belassen. Das ist der niedrigste Rentenversicherungsbeitrag seit 15 Jahren. Wir haben die Unternehmen und die Arbeitnehmerinnen und Ar-

beitnehmer beim Rentenversicherungsbeitrag jetzt über Jahre hinweg entlastet, und wir wollen dafür sorgen, dass diese Entlastung dauerhaft bestehen bleibt. Darum geht es.

Es wird niemandem etwas weggenommen, vielmehr wollen wir die Entlastung erhalten.

Was wäre denn die Folge, wenn man den Beitrag senken würde? Eine jetzige Beitragssenkung würde in wenigen Jahren automatisch zu einer deutlichen Beitragserhöhung

führen. Das heißt, das, was man in dem einen Jahr gegeben hat, muss man in den nächsten Jahren wieder einkassieren.

Den Beitrag bei 18,9 Prozent zu belassen, bedeutet, dass dieser Beitrag voraussichtlich über seinen sehr langen Zeitraum stabil bleibt. Für die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer, aber auch für die Unternehmen ist die Stabilität des Beitragssatzes und damit Planungssicherheit das Wichtigste. Diese Planungssicherheit wollen wir per Gesetz schaffen.

**Es wird niemandem etwas weggenommen, vielmehr wollen wir die Entlastung erhalten.**

Meine sehr geehrten Damen und Herren, die neue Große Koalition hat in der Tat eine Reihe von rentenpolitischen Maßnahmen ins Auge gefasst. Für uns als Union ist es besonders wichtig, dass

wir die Erziehungsleistungen in der Rentenversicherung besser anerkennen – auch für vor 1992 geborene Kinder – und dass wir in den Rentenversicherung Leistungsgerechtigkeit für all diejenigen schaffen, die ein Leben lang gearbeitet, wenig verdient und geringe Rentenansprüche haben und sich darauf verlassen können sollen, dass ihre Rente, wenn sie sie beantragen, so aufgestockt wird, dass man davon auch leben kann und keine zusätzliche staatliche Unterstützung beantragen muss.

Ich will hinzufügen: Genauso wichtig, vielleicht noch wichtiger ist, dass wir die Erwerbsminderungsansprüche besser berechnen. Demjenigen, der gerne länger arbeiten würde, aber aufgrund von Krankheit oder eines Unfalls vorzeitig aus dem Erwerbsleben ausscheiden muss, sagen wir: Aus deinen Ansprüchen in der Rentenversicherung ergibt sich eine Leistung, die so hoch ist, dass du nicht um staatliche Unterstützung anstehen musst.

Wir werden in den kommenden Monaten und Jahren die Gelegenheit haben, die Gesetzentwürfe dazu

im Detail zu diskutieren. Aber ich finde, es gehört auch zur Wahrhaftigkeit gegenüber den Bürgerinnen und Bürgern, dass wir klar und deutlich sagen: Dazu benötigen wir finanzielle

**Eine jetzige Beitragssenkung würde später zu einer Beitragserhöhung führen.**

Mittel. Es wäre unklug, die jetzigen finanziellen Mittel kurzfristig zu verringern und nachher durch große Beitragserhöhungen wieder Mittel hereinzuholen. Deshalb geht es bei diesem Gesetzentwurf um

Stabilität und damit Planungssicherheit: für die Unternehmen und für die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer. Es wird niemandem etwas weggenommen. Wer das behauptet, behauptet etwas Falsches.

Es geht darum, dass wir als Parlament unser Recht wahrnehmen, diese Frage per Gesetz zu regeln. Ich freue mich auf die Beratungen zu diesem Gesetzentwurf. Ich bin überzeugt, dass wir die richtige Entscheidung treffen.

Weil wir den letzten Sitzungstag vor Weihnachten haben, möchte ich uns allen ein frohes und gesegnetes Weihnachtsfest wünschen.

(Beifall bei der CDU/CSU sowie bei Abgeordneten der SPD)

Dies ist eine gekürzte Version der Debatte.  
Es gab keine weiteren Redner.